

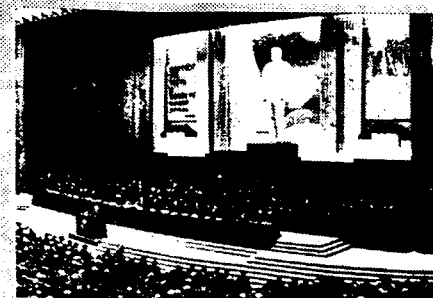
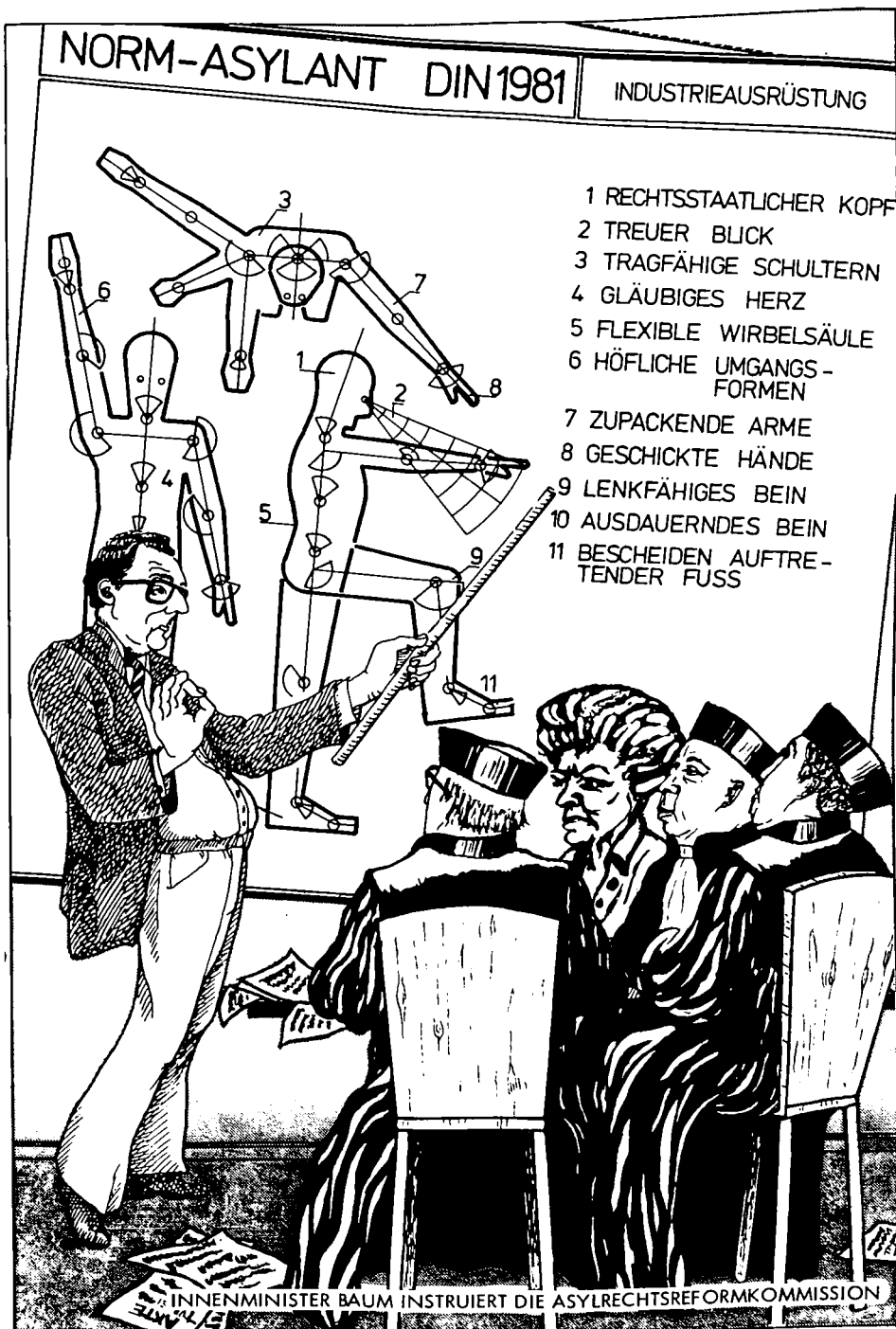
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte

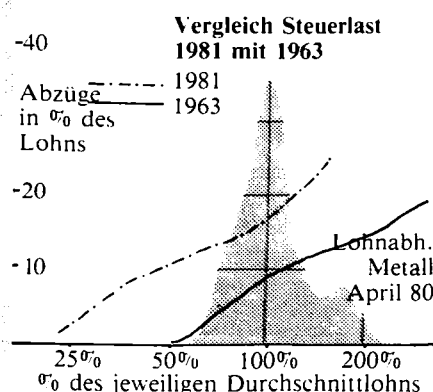


2. Februar 1981
Jg. 2 Nr. 3

Preis:
2 DM



Sowjetunion, 11. Fünfjahrplan: Steigerung der Ausbeutungsrate soll sowjetische Wirtschaft kriegsfähig machen Seite 3



SPD – Krise des Reformismus: Der Versuch, den Kapitalismus mit bürgerlichen Mitteln zu überwinden, ist gescheitert Seite 13



Großbritannien: Risse im „konservativen Lager“, Kapitalisten mit Thatcher unzufrieden Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntägig im Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2 DM

Inhalt

Sowjetunion: 11. Fünfjahrplan: Steigerung der Ausbeutungsrate soll sowjetische Wirtschaft kriegsfähig machen Seite 3

Erschließung der sibirischen Bodenschätze für den Export Seite 4

Austauschverhältnisse in Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Bundeshaushalt 81: CDU/CSU-Fraktion prägt eigenen Begriff für „Solidarität“ Seite 7

Lohnbewegung Metall: Vorsicht erzeugt Frechheit Seite 7

Belgien: Große Demonstration gegen Lohnsenkung Seite 8

BRD-Türkei: Dritte Türkei, „hilfe“ in Vorbereitung — BRD-Erpressungspolitik hat Tradition Seite 8

Polen: Keine Erleichterung der Schuldenlast in Sicht Seite 10

Senatskrise: Die Reaktion verschärft den Druck Seite 10

Zimbabwe: Fortschritt beim Aufbau der Volksmacht — geplatzte Interventionshoffnungen Seite 11

US-Konservative: „Satan greift letzte Burg des Glaubens an“ Seite 12

SPD: Krise des Reformismus: Der Versuch, den Kapitalismus mit bürgerlichen Mitteln zu überwinden, ist gescheitert Seite 13

Auslandsanlagen und -beteiligungen westdeutscher Elektrokonzerne 1979 Seite 13

Anbindung der Lohnsteuertarife an die Entwicklung des Durchschnittslohn Seite 14

Renten: Versicherungsansprüche so gut wie beseitigt Seite 15

Ein Problem im Kampf gegen den Akkord Seite 16

Lohn- und (teilweise) Steuerindexierung in Belgien Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Betriebsratswahlen: CGB: Konzept gegen die Einheitsgewerkschaft Seite 19

Metall: Kampf um Abschaffung der Lohngruppe II Seite 19

HBV: Kampf um Absicherung des 13. Monatsgehaltes ... Seite 20

1981 Jahr der Behinderten: Auch ohne Krieg immer mehr Behinderte, Materialien zu Arten und Ursachen Seite 20

Schüler: Gegen Wehrkunde und BAFöG-Einfrierung ... Seite 21

Umgliederung des Territorialheeres: Zusätzlich 984 Panzer und 384 Feldhaubitzen als „Reserven für die Vorneverteidigung“ Seite 22

Kostendämpfung: Statt mehr Stellen, Krankenschwester verurteilt Seite 23

Göttingen: Stadt laviert — Räumung verschoben Seite 23

Fiat: Produktivitätssteigerung und Verkaufsoffensive ... Seite 23

Hessen: Kommunalwahlen: Bürgerliche Parteien einig ... Seite 24

Baden-Württemberg: Recht auf politisches Asyl faktisch beseitigt — Sondergesetze für imperialistische Einmischung Seite 25

„Scheinasylanten“ Seite 25

Dokumente zur Beseitigung des Asylrechts Seite 26

Stichwort Asylrecht Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Tschad: Imperialistisches Trommelfeuer gegen afrikanische Einheit Seite 29

Algierer Abkommen: Politischer Erfolg, finanziell zwiespältig Seite 29

Mittelamerika: USA offiziell auf Interventionskurs Seite 30

Afrika: „Zu hohe“ Rüstungsausgaben? Seite 30

VR China: Reformen in der Landwirtschaft Seite 31

Samen/Norwegen: Kampf gegen Wasserkraftwerk in Finnmark Seite 31

Großbritannien: Risse im „konservativen Lager“, Kapitalisten mit Thatcher unzufrieden Seite 32

Spaltung in der Labour-Partei Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Aristocats: Miefige Geschichte, aber gekonnte Zeichentrickfilmtechnik Seite 34

Noch ein Käfig voller Narren Seite 34

„Lösegeld für Marx“, ein politischer Krimi Seite 34

Zum Volkstheater von Dario Fo Seite 35

Rüstungsexport: Regierung plant Steigerung der Kriegsfähigkeit der BRD Seite 35

Tanzkultur: Die Reaktion zittert vor dem Haß oder ergötzt sich an der Ohnmacht Seite 36

Zukunft: Voraussagen von US-Behörden über die Entwicklung der Erde Seite 37

Theoretiker der Dritten Welt: Nyerere: Auf die eigenen Kräfte stützen Seite 37

Ausgleichende Lohnpolitik führt zu höheren Durchschnittslöhnen und Durchschnittsgehältern Seite 38



Auf „Gärten“ der Kolchosbauern entfielen 1978 29% der Fleisch- und Milch-, 61% der Kartoffelproduktion der SU.

Sowjetunion

11. Fünfjahrplan: Steigerung der Ausbeutungsrate soll sowjetische Wirtschaft kriegsfähig machen

Am 23.2. tritt der 26. Parteitag der KPdSU zusammen. Wie üblich sollen auf dem Parteitag die Richtlinien für den zu Jahresbeginn angelaufenen neuen Fünfjahrplan beschlossen werden. Einen Entwurf dazu – „Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR“ betitelt – hat das ZK am 2. Dezember veröffentlicht. Der neue Plan soll erreichen, womit die sozialimperialistische Führung eigentlich schon auf diesem Parteitag hätte aufwarten wollen: wirtschaftliche Kriegsfähigkeit, und damit zugleich Fähigkeit zum Wirtschaftskrieg. Autarkie bei der Versorgung mit Lebensmitteln und kriegswichtigen Maschinen und Rohstoffen sowie ein ausreichendes Transportwesen wären dazu Voraussetzung.

Die wichtigsten Ziele des Fünfjahrplans 76/80, die bereits niedriger angesetzt waren als die Ergebnisse 71/75, sind nur zu rund 90% erreicht worden. Für die jährliche Steigerung der Industrieproduktion (71/75: 7,4%) setzte der Fünfjahrplan 6,3% an, erreicht wurden nur 4,5%. Tatsächliche Steigerung: 3,6%. Auch die Produktionszahlen strategischer Produkte wie Stahl (1980 148 Mio. t, geplant 168,5 Mio.) und Getreide (Fünfjahresdurchschnitt 205 statt 220 Mio. t) liegen erheblich unter den Plänen. Obwohl die Hebung der Produktivkraft in der Landwirtschaft ausdrücklich eines der Hauptziele des Planes war und dazu 1980 u.a. 143 Mio. t Kunstdünger produziert werden sollten, wurden nur 104 Mio. t hergestellt, von denen 82 Mio. t an die sowjetische Landwirtschaft gingen.

1976 hatten die Sozialimperialisten die Parole „Effektivität“ zur Verschärfung der Arbeitshetze und Steigerung der Mehrwertrate ausgegeben.

Beides ist am Widerstand der Arbeiter und Bauern, die die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt ausnutzen konnten, weitgehend gescheitert. Die Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Bauern sind jährlich um 3,2% gestiegen, das sind 97,6% des „Planziels“. Dagegen blieb die „Arbeitsproduktivität“ von allen Globaldaten am weitesten hinter der Planvorgabe zurück. Was von den Nominallohnsteigerungen angesichts des von den „Engpässen“ ausgehenden Inflationsdrucks (z.B. „freie Märkte“ für Agrarprodukte) real übrigbleibt, ist schwer zahlenmäßig zu beurteilen.

Planungschef Baibakov im Oktober zu den Krisenerscheinungen: „Unsere Erfolge bei der wirtschaftlichen und

kulturellen Entwicklung (könnten) weitaus größer sein, wenn alle Ministerien ... Vereinigungen und Betriebe die ... Forderungen der Wirtschaftspolitik der Partei strikt und stetig erfüllen und Mängel in ihrer Arbeit schneller und entschlossener beseitigen würden. Es handelt sich um die Nichterfüllung der Planaufgaben zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, die in einigen Zweigen viel zu langsam erhöht wird, um die nicht genügend effektive Nutzung der Grundfonds der Betriebe, der Rohstoffe, Brennstoffe und des Materials, um die schleppende Inbetriebnahme neuer Produktionskapazitäten, die zu langsame Erneuerung des Sortiments und die ungenügende Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse“.

Ergebnisse des 10. Fünfjahrplans 1976—80 (jährliche Veränderungen in %)

	1976	1977	1978	1979	1980	Jahresdurchschn. ist	Plan
Nationaleinkommen	5,0	3,5	4,0	2,0	3,8	3,7	4,7
Industrie							
Bruttoproduktion ..	4,8	5,7	4,8	3,4	3,6	4,5	6,3
Produktionsmittel	5,5	5,9	5,0	3,5	3,6	4,7	6,6
Konsumgüter	3,0	5,2	4,0	3,3	3,4	3,8	5,7
Arbeitsproduktivität	3,3	4,0	3,6	2,4	2,6	3,2	5,4
Landwirtschaft							
Bruttoproduktion ..	6,5	3,0	4,0	4,0	- 3,0	8,6 ¹	16,0 ¹
Arbeitsproduktivität	9,0	4,3	5,0	4,0	- 1,0	2,7	.
Verkehr							
Güterumschlag	4,0	3,7	5,3	1,0	3,0	3,4	5,7
Arbeitsproduktivität	1,3	0,3	1,6	- 2,7	0,2	0,1	3,7
Einzelhandelsumsatz	4,6	4,5	3,9	4,2	5,3	4,5	5,1
staatl. Investit.	5,0	4,0	6,0	0,7	2,0	3,5	2,7
Durchschnittslohn ..	4,0	1,9	3,8	2,2	3,2	3,0	3,1
Eink. d. Kolchosb. .	6,0	7,5	4,3	4,0	2,0	4,8	4,7
Realeink./Kopf ² ...	3,7	3,5	3,0	3,0	3,5	3,3	3,8

¹ Durchschnitt 76/80 gegenüber 71/75. ² einschließlich „gesellschaftlicher Konsumtionfonds“ (Einzugungen der Sozialversicherung, Gesundheits- und Bildungswesen usw.).

Die sowjetische Außenhandelsstatistik zeigt, daß die Sozialimperialisten gegenwärtig auf den Weltmärkten kaum mit den USA und den EG-Ländern konkurrieren und einen längeren Krieg wirtschaftlich schwer durchhalten können. Die Struktur des Außenhandels ähnelt gegenüber der Dritten Welt dem Handel der westlichen Imperialisten, diesen selbst gegenüber aber tritt die Sowjetunion im wesentlichen als Rohstoffexporteur und Maschineneinfuhrer auf. 1979 übertrafen die Maschineneinfuhren (14,4 Mrd. Rubel, 1

zeuge (Irak, China), in geringerem Maß auch Lkws und Traktoren. Daß die Sowjetunion viele moderne Maschinen nicht liefern kann, zwingt die RGW-Länder zum Kauf bei den westlichen Imperialisten, was ein stetes Moment der Zersetzung des Warschauer Paktes darstellt. Um die Viehfütterung zu sichern, mußte 1979 – nach der Rekorderte von 1978 – für 2,25 Mrd. Rubel Getreide eingeführt werden, hauptsächlich aus den USA. Senkung des Viehbestands würde auf die Fleischversorgung drücken, was mit

tung. Das Wachstum ist mit jährlich 3,4 bis 3,7% noch leicht unter den Ergebnissen der letzten fünf Jahre angesetzt. Der Anteil der Arbeiterklasse an ihrem Produkt soll energisch gedrückt werden: „Ein schnelleres Wachstum der Arbeitsproduktivität gegenüber dem Wachstum der Arbeitsentlohnung ... ist zu gewährleisten.“ Die Löhne sollen jährlich um 2,5 bis 3% steigen, die Gewinne um 5,4%, in den Sowchoosen (staatl. Agrarbetriebe) sogar um 11,2%. Selbst auf diese niedrigste Nominallohnsteigerung seit 1960 sollen die Arbeiter nur mit allerlei Zulagen kommen: „stärkere Abhängigkeit des Arbeitseinkommens von den Endergebnissen der Arbeit ... Verstärkung seiner stimulierenden Rolle bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität“ – also Verfeinerung des Akkordsystems. „In einzelnen Wirtschaftszweigen ist die zusätzliche Entlohnung für Nachtarbeit weiter zu erhöhen.“ An anderer Stelle wird „Erhöhung der Schichtkoeffizienten“ angekündigt.

Die höchsten Produktionssteigerungen sollen im Maschinenbau, von dem nach westlichen Angaben etwa ein Drittel Rüstungsindustrie ist, erzielt werden (40%, Durchschnitt der Industrie 26–28%). Im Maschinenexport (was nur mit Dumping-Preisen möglich sein wird) soll die sowjetische Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit beweisen: „Die Struktur der Exporte ist zu verbessern, vor allem durch Steigerung der Produktion und Lieferung von Erzeugnissen des Maschinenbaus.“ Vor allem bei für die Rüstungsproduktion wichtigen Wirtschaftszweigen, z.B. Buntmetallerzeugung, ist ausdrücklich ein „Vorlauf“ vorgesehen, also Erhöhung der Kapazitäten über den unmittelbaren Bedarf hinaus.



Beratung über die „Hauptrichtungen“ des ZK in einem sowjetischen Betrieb.

Rubel = 2,95 DM) die Ausfuhr fast um das Doppelte. Auch gegenüber den europäischen RGW-Ländern (außer Rumänien) decken die Maschinenexporte nur ein Drittel bis die Hälfte der Einfuhr. Außerhalb des RGW sind sowjetische Maschinen praktisch nur in Entwicklungsländern absetzbar, vor allem Elektroausrüstungen (Bangladesch, Irak, Iran, Brasilien) und Flug-

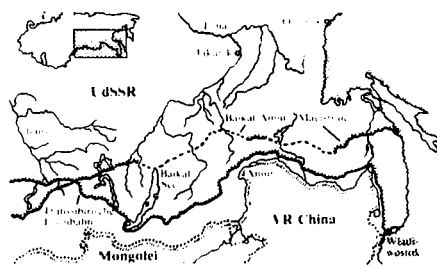
moderner industrieller Produktion kaum vereinbar ist. Ohnehin liegt der Fleischverbrauch mit 1977 57 kg/Kopf (1960: 40 kg) noch weit unter dem Standard der USA und Westeuropas (BRD: 84,9 kg).

Überwinden wollen die Sozialimperialisten die Krise vor allem durch eine drastische Verschärfung der Ausbeu-

Erschließung der sibirischen Bodenschätze für den Export

Die Baikal-Amur-Magistrale, eine einspurige, vom Baikalsee zum Amur und von dort nach Sowjetskaja Gavanj ans Meer führende Eisenbahnlinie, wurde in den dreißiger Jahren begonnen in Verwirklichung des Plans, in der ganzen UdSSR Verkehrsverbindungen zum Nutzen aller Nationalitäten zu schaffen. Der ökonomische Nutzen war diesem Zweck untergeordnet. Der Bau wurde unter Stalin auf Teilstrecken angefangen unter Einsatz von Zwangsarbeitern. Durch den Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion unterbrochen, blieb der Bau nach dem Tode Stalins erneut liegen.

1974 wurde er wieder aufgenommen, war ein vorrangiges Objekt des zehnten Fünfjahrplans und soll 1983



beendet werden. Das nächste Ziel war, einen Transportweg für das westsibirische Rohöl zum Pazifik für den Export nach Japan zu schaffen. Die Bahn wurde statt einer auch erwogenen Pipeline gebaut, die wegen des Frostbodens fast genauso viel gekostet, aber nicht die vielfältigen Möglichkeiten einer Eisenbahn geboten hätte. Der Öltransport sollte 70 bis 75% des Fracht-

verkehrs ausmachen, der Holztransport weitere 10 bis 18%. Insgesamt wird die Transsibirische Eisenbahn entlastet. In Aussicht genommen ist die Erschließung der Kohle im jakutischen Gebiet. Die Magistrale soll die großen Kupfervorräte bei Udokan und das hochwertige Asbest der Burjatischen Autonomen Sowjetrepublik zugänglich machen. In diesen Gebieten werden die Bauabschnitte allerdings zuletzt beendet (auf der Karte gestrichelt). Planungen sind im Gang zum Abbau der Lagerstätten verschiedener Erze um den Baikalsee.

Auf keinen Fall machte diese Planung sich vorrangig Gedanken um die in diesem Gebiet traditionell von der Rentierzucht lebenden, zu sieben Nomadenvölkern gehörenden 25 000 Menschen, die um ihre Weidegebiete fürchteten. Russen wurden dort angesiedelt, die beim Bau der Bahn, in den Produktions- und Versorgungsbetrieben den

In der Landwirtschaft sollen die „Spezialisierung“ und die Bildung von „agroindustriellen Komplexen“ (z.B. Gemüseproduktion einschließlich Konservenfabrik) weiter vorangetrieben und damit die Kolchosen in ihrer Entscheidungsfreiheit noch weiter beschränkt werden. Aber die Sozialimperialisten sehen sich auch zu Zugeständnissen an die Bauern gezwungen: Die Einkommen sollen erneut schneller als die der Arbeiter und Angestellte steigen; die privaten Nebenwirtschaften der Kolchosmitglieder sollen mit Krediten und Aufkaufverträgen unterstützt und ihnen soll Kolchosland für die Weide zur Verfügung gestellt werden. Auf diese „Gärten“, kaum 0,8% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, entfallen fast ein Drittel der Produktion von Fleisch, Milch, Eiern und Gemüse.

Viehbestand in Mio. Kopf (jeweils 1. Januar)

	1976	1980	1981
<i>insgesamt:</i>			
Hornvieh.....	111,0	115,1	115,5
– Kühe.....	41,0	43,3	43,4
Schweine.....	57,9	73,9	73,5
Schafe, Ziegen ...	147,1	149,4	147,0
<i>davon private</i>			
„Hilfswirtschaft“			
Hornvieh.....	23,4	23,1	22,9
– Kühe.....	13,7	13,2	13,2
Schweine.....	12,2	14,8	14,3
Schafe, Ziegen ...	29,4	29,8	29,2

Die meisten Ziele des neuen Plans waren bereits im alten enthalten. Ihre Verwirklichung ist bisher an den Klassenwidersprüchen der sowjetischen Gesellschaft gescheitert. Das kann leicht wieder geschehen.

Hauptanteil an Facharbeitern stellen. Das Schulwesen wurde zwar entwickelt, aber die etwa 50% der jüngeren Leute, die eine bessere Beschäftigung wünschen, haben kaum andere Wahl, als zum Eisenbahnbau zu gehen, wo ihnen Anstellung und Wohnung garantiert und Aufstiegsmöglichkeiten versprochen werden, oder als Hilfsarbeiter in die neuen Betriebe, wo Erze, Holz und Pelztier verarbeitet werden. Die Führung der KPdSU nannte dies im Februar 1980 die „konsequente Realisierung der Leninschen Nationalitätenpolitik“. Sie will den von ihr betriebenen „Internationalisierungsprozeß“ damit abschließen, daß die älteren Einwohner, die an ihrem traditionellen Leben festhalten, unter Kontrolle gebracht werden. Es sei „angebracht, die Rentierhirten in Brigaden zusammenzufassen und in Schichten arbeiten zu lassen“.

Austauschverhältnisse in Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

Um die Austauschverhältnisse der RGW-Länder untereinander verbindlich zu regeln, wurde 1958 in Bukarest eine Vereinbarung getroffen, mit der die wirtschaftlichen Beziehungen an die Verhältnisse auf dem Weltmarkt angebunden wurden.

Vereinbart wurde, daß als Grundlage für die Preise der durchschnittliche Weltmarktpreis derjenigen fünf Jahre dienen sollte, die dem laufenden Fünfjahresplan vorhergingen. Erreicht wurde damit, daß die Preise für eine ganze Planperiode gleich blieben. Festgelegt wurde, daß 1965 alle beteiligten Länder zu Fünfjahresplänen übergangen. Bis dahin liefen die Siebenjahrespläne der UdSSR und der DDR sowie die Fünfjahrespläne der übrigen Länder aus. In den folgenden Jahren blieben die Weltmarktpreise ziemlich stabil, so daß die Regelung sich bewährte und die Planbarkeit von wirtschaftlichen Maßnahmen sich verbesserte. Sowie jedoch eine Verschiebung der leicht steigenden Preise für Fertigwaren gegenüber den gleichbleibenden Preisen für Rohstoffe, insbesondere Erdöl, eintrat, verschlechterte sich die Lage für die UdSSR. Da sie die übrigen Länder hauptsächlich mit Rohstoffen belieferte, von ihnen aber Fertigwaren erhielt, entstand für sie ein Verlust.

1973 erhöhten die OPEC-Länder die Preise für Rohöl um das Vierfache und in der Folge weiter. Diese Entwicklung hätte sich in der Zeit des folgenden Fünfjahresplans zugunsten der UdSSR auswirken müssen. Sie versuchte jedoch, vorfristig und beschleunigt Vorteile daraus zu ziehen. Sie konnte durchsetzen, daß die Regelung der starren Zeiträume von fünf Jahren zur Berechnung der Preise in gleitende Fünfjahresdurchschnitte verwandelt wurde. Bereits für 1965, das letzte Jahr des Plans, wurde die Übergangsregelung eingeführt, daß die vorangegangenen drei Jahre und nicht die Jahre 1965 bis 1969 als Grundlage genommen wurden, so daß sich die Erhöhung der Ölpreise auf dem Weltmarkt sprunghaft in den Austauschverhältnissen niederschlug. In den Jahren 1972 bis 1974 stiegen die Preise für Rohöl durchschnittlich um das Zweieinhalbfache, die Preise der Fertigwaren dagegen nur um 43%. In den folgenden Jahren wurde die Handelsbilanz aller übrigen RGW-Länder gegenüber der UdSSR negativ, und zwar umso kräftiger, je vollständiger die

Importe der UdSSR aus einem Land aus Fertigwaren und ihre Exporte aus Rohstoffen bestanden.

Die UdSSR erwirtschaftete so 1975 einen Überschuß von 555 Mio. Rubel, den sie bis zum dritten Quartal 1978 auf 4,142 Mrd. steigerte. Die UdSSR hat die Vorteile, die sich ihr durch die Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe boten, weitgehend ausgenutzt. Man kann nicht erkennen, daß sie sich ihrerseits bemühen würde, die Deckung des steigenden Rohstoffbedarfs der RGW-Länder, die in dieser Beziehung von ihr abhängen, vor allem in den kommenden Jahren zu sichern. Sie hat Lieferverträge mit zahlreichen anderen Ländern abgeschlossen. Größter Abnehmer von Öl war in den vergangenen Jahren die BRD, die ihre Einfuhr von 1978 auf 1979 um 31,5% auf 2,72 Mio. t steigerte. Weitere große Abnehmer sind Finnland, Frankreich, die Niederlande und Italien. Die RGW-Länder müssen fürchten, daß trotz großer Investitionen die Fördermenge in der UdSSR nicht ausreichend gesteigert wird.

Eins der Hauptprobleme bei der Beurteilung der Austauschverhältnisse bildet die Bestimmung des für die Verrechnung verwendeten Weltmarktpreises für Fertigwaren. Man muß annehmen, daß sie den RGW-Ländern durch die UdSSR diktiert werden. Sie kann sich das leisten wegen der starken wirtschaftlichen Abhängigkeit der RGW-Länder, die sämtlich mit mehr als 50% ihres gesamten Außenhandels an die UdSSR gebunden sind. Die zweiseitigen Beziehungen entwickeln sich zunehmend wie die zwischen einem kapitalistischen Land und Ländern der Dritten Welt. Die UdSSR bringt hier wie dort Waren aus ihrer industriellen Produktion wie Maschinen, Ausrüstungen, Fahrzeuge unter, mit denen sie auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig wäre.

Dasselbe Problem liegt der Bewertung der Leistungen bei den sogenannten Gemeinschaftsprojekten zugrunde, für die die RGW-Länder Investitionsmittel, Material, auch Arbeitskraft aufwenden. Die Kosten für die in den letzten Jahren errichtete Orenburger Pipeline wurden je zur Hälfte von der UdSSR und den sechs anderen Ländern getragen. Sie verschlangen 3% des Volkseinkommens dieser Länder, aber erheblich weniger desjenigen der UdSSR.

Mehr Kreditgeld, weiter hohe Zinsen

Ab 1.2. senkt die Bundesbank die Mindestreservesätze für In- und Auslandskredite der BRD-Banken um 7% und vergrößert dadurch das für Kreditgeschäfte verfügbare Geldvolumen um 3,7 Mrd. DM. Die Mindestreserve ist die Sicherheit, die die Banken bei Kreditvergabe bei der Bundesbank deponieren müssen. Weiteres Kapital in Höhe von 3 Mrd. DM wird flüssig durch die Erhöhung des Rediskontkontingents, der Summe, bis zu der die Banken Wechsel bei der Bundesbank in Zahlung geben können. Diese Maßnahmen wurden vom Zentralbankrat beschlossen, in dem neben der Bundesbank die BRD-Großbanken vertreten sind. — Trotz geringfügiger Ausweitung des ausleihbaren Geldkapitals der Banken sollen die Zinssätze nicht fallen. Bundesbankpräsident Pöhl erklärte, angesichts der hohen Dollarzinsen (20%) müßten die DM-Zinsen hoch bleiben. Die BRD-Finanzbourgeois wollen den Außenwert der DM hoch halten; das verbilligt den Kapitalexport und die Warenimporte und ermöglicht, das Leistungsbilanzdefizit der BRD mit Kapital zu finanzieren, das sonst — bei niedrigen DM-Zinsen — Anlage in anderen Währungen suchen würde.

Neue Ost- geschäfte

Wer wen? Die SU bietet die Verdopplung der Gaslieferungen an die BRD auf 12 Mrd. m³ — 30% des BRD-Verbrauchs. BRD-Banken raufen im Gegenzug um höchstmögliche Zinsen für den Kredit, mit dem die SU die Röhren für die notwendige neue, 5000 km lange Gasleitung kauft — im „Westen“. Bei diesem doppelten Geschäft fürchtet man keine mögliche Erpressung mehr.

BRD will Indien-Geschäft ausweiten

Bayer-Chef Grünewald faßte in seiner Rede auf der 24. Jahresversammlung der deutsch-indischen Handelskammer knapp die Erwartungen der BRD zusammen: „möglichst unbehinderten Zugang zu den Gütern, Kapitalmärkten und Dienstleistungen“ Indiens. Zwar belief sich der Handel BRD-Indien 1980 auf 2,5

Mrd. DM und lag die BRD noch 77/78, hinter den USA und vor Iran und GB, an 2. Stelle der Indien-Exporteure. Bei einem Kapitalexport von „nur“ 180 Mio. DM (GB: 1,4 Mrd. DM) fürchtet die BRD jedoch, bei den im Zuge der Industrialisierung Indiens zu erwartenden Geschäften von der Konkurrenz ausgebootet zu werden. „Mut zu Indien“ lautet deshalb die Parole. Indiens Industrieminister wies die Forderung Grünewald allerdings zurück.

Brokdorf: Bürgerliche zerstritten

In der Vorbereitung des Hamburger Landesparteitages der SPD am 2./3.2. haben sich vier von sieben Kreisverbänden mit insgesamt 203 Stimmen Mehrheit gegen den Weiterbau des Kernkraftwerks Brokdorf ausgesprochen. Ebenso mit knapper Mehrheit die Schleswig-Holsteiner FDP. Am 2.2. finden in Hamburg verschiedene Demonstrationen statt. Die Bürgerinitiativen haben schon am 4.1. beschlossen, bei Baubeginn am Bauplatz eine große Demonstration durchzuführen.

Wachsende Cadmium- Verseuchung

Bereits 100000 Menschen sind in der BRD infolge wachsender Cadmium-Verseuchung erkrankt, berichtet das Umweltbundesamt. Cadmium ist ein leichtzuverarbeitendes Schwermetall, das z.B. als Rostschutz verwendet wird. Sein Verbrauch ist von 328 t 1965 auf inzwischen 2400 t angestiegen. Davon stoßen die Kapitalisten alljährlich rund 90 t in die Luft ab, 160 t schwemmen sie mit den Abwässern in die Flüsse, 65 t gelangen in Phosphat-Düngemitteln auf die Felder. Cadmium sammelt sich im Klärschlamm der Kläranlagen, der landwirtschaftlich genutzt wird. — Die Flüsseverseuchung ist den Kapitalisten gegen Gebühr gestattet, doch wollen sie selbst die Gebühr jetzt gestrichen wissen. 0,02 Mikrogramm pro m³ gelten als absolute Obergrenze. Aber weder gibt es gesetzliche Regelungen, noch hat das Umweltbundesamt jetzt genaue Meßwerte veröffentlicht. Im Ruhrgebiet enthält 1 m³ Luft, wie in dem Buch „Seveso ist überall“ enthüllt wird, bereits zwischen 0,01 und 0,03 Mikrogramm



Ein Stück „europäische Zusammenarbeit“: Mit gültigen Papieren aus süd- und osteuropäischen Ländern reisen gut 100 Zigeuner in die Niederlande ein, die Polizei treibt sie über die Grenze in die BRD, die westdeutsche Grenzpolizei treibt sie zurück, man schiebt sie nach Belgien ab, die belgische Grenzpolizei schiebt sie zurück, am 16.1. werden sie schließlich verhaftet und seither in „Bewahranstalten“ in Middelburg und Zwolle eingesperrt gehalten, wo sie warten. Worauf? Über ihre Anwälte, die sie nach Tagen erst sehen konnten, haben die Zigeuner Antrag auf Asyl und Anerkennung als sozial-ökonomische Flüchtlinge gestellt. Sie haben z.T. Familie in den Niederlanden. Das Justizministerium will sie wiederum abschieben lassen. Zahlreiche Organisationen fordern, auch in Demonstrationen, sofortige Freilassung und Aufenthaltsgenehmigung.

Cadmium. Auch die Nahrungsmittelverseuchung ist weit fortgeschritten. Häufiger Verzehr von Rinder- und Schweineleber ist schon gesundheitsgefährdend, und der Cadmium-Gehalt der Kartoffel hat die Gefahrenschwelle erreicht. — Der menschliche Organismus baut das giftige Cadmium nicht ab, sondern sammelt es in der Niere. In der Gegend der japanischen Stadt Fuchu forderte die sog. Itai-itai-Krankheit, hervorgerufen durch chronische Verseuchung mit Cadmium, in den 60er Jahren zahlreiche Todesopfer. Im fortgeschrittenen Stadium schrumpft das Skelett um bis zu 30 cm, bis die Kranken schließlich qualvoll durch Nierenversagen sterben.

Kostenabwälzung für Zahnersatz

Die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen sieht den Erfolg der Kostendämpfungsmaßnahmen durch die hohen Ausgaben für Zahnersatz gefährdet, zur Zeit 8% der Ausgaben der Krankenkassen. Bisher wurden 80% der Kosten erstattet. Jetzt soll der Anteil auf 70 oder sogar 60% gesenkt werden. Vertreter der Krankenkassen geben zu bedenken, daß so die Kosten nicht wirklich gesenkt werden, sondern nur auf die Patienten umgewälzt. Fragt sich nur, wie viele, die Zahnersatz nötig hätten, ihn sich nicht mehr leisten können, zumal durch schlechtere Ernährung früher welcher gebraucht wird.

Islamische Gipfel- konferenz in Taif

Auf der ersten Gipfelkonferenz seit 1974 werden u.a. der Kampf für die Befreiung Palästinas, die sowjetische Aggression gegen Afghanistan, gegenseitige Unterstützung beim wirtschaftlichen Aufbau und der Krieg am Golf behandelt. Arafat (PLO) wurde zum Vizevorsitzenden gewählt.

Schweiz: Kämpfe gegen Isolationshaft

Eine Vorreiterrolle nimmt die Schweiz in der Ausdehnung der Isolationshaft auf alle Häftlinge ein. Aus Protest gegen die verschärften Haftbedingungen (Einbau elektronischer Überwachungsanlagen, Besuchszellen mit Trennscheiben, Isolierzellen mit 24-stündiger Fernüberwachung und Hochsicherheitstrakten) quitierte der Züricher Psychiater Binswanger seinen Dienst als gefängnisärztlicher Berater. Nach seinen Angaben sind mehr als 90% aller Untersuchungs- und Sicherheitshäftlinge und viele Strafgefangene solchen Foltermethoden unterworfen. Eine wirksame Verteidigung existiert nicht: Während der Strafuntersuchung ist der Verteidiger zu Verhören nicht zugelassen. Ein Streik im Gefängnis Regensdorf gegen die Isolationshaft wurde von der Züricher Jugendbewegung unterstützt. Die Züricher Psychiater erwägen, ebenfalls nicht länger in den Hochsicherheitstrakten zu arbeiten.

CDU/CSU-Fraktion prägt eigenen Begriff für „Solidarität“

Die Staatsverschuldung war im Bundestagswahlkampf bereits ein Kritikpunkt der CDU/CSU an der Bundesregierung. Viele werden sich noch an die Fernsehdiskussion kurz vor den Wahlen erinnern. Strauß konnte sich mit seinen Argumenten nicht durchsetzen. Da die SPD/FDP mit der erneuten Staatsverschuldung von 27,4 Mrd. DM netto keine guten Bedingungen für die Haushaltsdebatte hatte, ging die CDU/CSU in den Angriff. Sie schickte diesmal Finanzexperten voran. Strauß und Kohl traten erst später in die Debatte ein. Die CDU/CSU schlug zu Beginn der Debatte den demagogischen

erhöhung sagt die CDU nein. Die Anhebung der Mineralölsteuer um sieben Pfennige (mit Mehrwertsteuer acht Pfennig) steht im klaren Gegensatz zu den Ankündigungen der Bundesregierung vor der Wahl, die Mineralölsteuer nur um drei Pfennig zu erhöhen. Der Staat leistet Vorschub für eine weitere Preistreiberei.“

Zusammenfassend stellt der Abgeordnete Häfele fest, daß die Maßnahmen der SPD, hier vor allem die Streichung der Sparprämien, den „kleinen Mann“ treffen. Bezüglich der Tarifpolitik des Öffentlichen Dienstherrn fand der CDU-Abgeordnete Haase aus Kas-



Dialog zwischen Lambsdorff und Kohl während der Haushaltsdebatte

Weg ein und ließ es an Enthüllungen nicht fehlen: „Der Bund geht mit 61,4 Mrd. Mark brutto an den Kreditmarkt. 34 Mrd. Mark benötigt er zur Schuldentilgung. 16,9 Mrd. Mark muß er aufwenden für Zinsen und Kreditbeschaffungskosten. Von den 61,5 Mrd. Mark bleiben also für finanzwirksame Ausgaben nur 10,5 Mrd. Mark.“

Nach dieser Feststellung fährt der Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion Häfele fort und vergleicht die zusätzlichen Steuerabgaben für 1981 von 11,7 Mrd. DM mit der Steuerentlastung von 9,3 Mrd. DM Ende letzten Jahres und stellt fest: „... Wobei es sich ja nicht um eine Steuersenkung, sondern um einen verspäteten Teilabbau von heimlichen Steuererhöhungen handelt.“

Dann wäscht Häfele sich selber rein, indem er die SPD daran erinnert, daß sie die CDU-Abgeordneten als „soziale Demonteure“ bezeichnet hat. – Was würde denn jetzt aber die SPD machen? – „Zu dem Weg der Abgaben-

sel einen passenden Angriffspunkt auf die SPD: „Eine weitere fatale Auswirkung Ihrer Politik des Über-die-Verhältnisse-Lebens muß in den Wechselwirkungen zwischen Tarifpolitik und staatlich subventioniertem Wirtschaftswachstum gesehen werden. Meine Damen und Herren, man kann schwerlich von den Tarifpartnern Maßhalten erwarten, wenn der Staat sich außerstande sieht, mit gutem Beispiel voranzugehen. Sie haben wahrlich ein miserables Beispiel gegeben.“

Da die Steuereinnahmen der Gemeinden in diesem Jahr um 2 Mrd. DM geringer sind (minus 0,4% zu 1980), sieht die CDU/CSU auch hier eine Angriffsfläche: „... die öffentliche Verschuldung stieg (in unserem Land) um 230%, aber die des Bundes um 1500%. Wer wollte da noch bestreiten, daß man unter Ihrer Verantwortung, Herr Matthöfer, in Deutschland nach Kräften über die Verhältnisse gelebt hat!“

Auf dem Höhepunkt ihrer demagogischen Reden werden die CDU-Redner dann wieder strategisch, und ihre politischen Absichten werden deutlich: „Nach einem Jahrzehnt der Verkettung der Unternehmer“ ist die SPD-FDP in Haushaltschwierigkeiten. Die CDU fordert den „Entwurf einer anderen Politik“ und sagt: „Solidarität ist, dem anderen nicht zur Last zu fallen.“ Die CDU/CSU feuert die Bundesregierung an, ohne es deutlich zu betonen, die Ausplünderung der Volksmassen zu vergrößern. Die bürgerliche Presse kommentiert dann auch: „Einigung nur über Zwang zum Sparen“. Die CDU/CSU macht dann am Rande auch einige Vorschläge, z.B. „Keine Erhöhung der Gagen für die Insassen von Strafanstalten“, wie sich der Abgeordnete Haase auszudrücken pflegte. Und das Leistungsbilanzdefizit beweist der CDU/CSU, daß „endlich“ das Kernenergieprogramm durchgesetzt werden muß.

Lohnbewegung Metall Vorsicht erzeugt Frechheit

Zu Jahresanfang noch glaubten viele nicht, daß die von Schmidt geführte Regierung die Senkung des Konsums der Arbeiterhaushalte unter ihre politischen Ziele aufgenommen hat, und meinten, man würde diesem Manne unrecht tun, wenn man seine Äußerungen über die Herausforderungen an den deutschen Verbraucher, getan in der Neujahrsansprache, derart auffassen würde. Inzwischen ist die Lage klar. Faktisch, weil die laufende Inflationsrate für Januar bereits mit rund 6% festgestellt ist, und wer würde gegenwärtig nicht einen Abschluß der IG Metall mit 6% für eher „hoch“ empfinden? So weit hat die bürgerliche Propaganda bereits die öffentliche Meinung eingerissen, nach der in der BRD die Inflationsrate für die absolute Untergrenze bei Lohnverhandlungen gegolten hatte.

Die bürgerliche Propaganda geht aber noch weiter. Sie ist nicht gewillt, die Konsumsenkung der Arbeiterhaushalte aus der schlechten Lage der Wirtschaft überhaupt etwa zu begründen. So niedrig werden die Profite nicht ausfallen, daß dies möglich wäre. Der unausstehliche Lambsdorff wird vom „Handelsblatt“ zitiert: „Das Minus-Wachstum in diesem Jahr bedeutet laut Lambsdorff kein Ende des Wachstums überhaupt, sondern eine Wachstumspause. Aber: ‚Die Zeiten leichten Lebens sind einstweilen vorbei.‘ Wegen der zu erwartenden Steigerung des Volkseinkommens um rund 3 Prozent und des mutmaßlichen Preisanstiegs

von 4,5 Prozent sei keine Wohlstandsmehrung mehr möglich, es sei denn zu Lasten anderer Gruppen.“

Interessant, daß Lambsdorff das Arbeitnehmerinkommen (brutto) als

	1980	1981
Bruttosozial-		
prod., real	+ 2,0	0,0 bis -1,0
Preissteigerung		
(Verbrauch)	+ 5,4	4,5
Erwerbstätige	+ 0,6	-1,0 bis -1,5
Produktivität	+ 1,4	+0,5 bis +1,0
Priv. Verbr.	+ 7,1	+5,0 bis +6,0
Staatsverbr.	+ 9,0	+4,0 bis +5,0
Anlageinvest.	+12,0	+2,0 bis +4,0
Unternehmensein-		
kommen (brutto) ..	+ 3,3	+2,0 bis +3,0
Arbeitnehmerein-		
kommen (brutto) ..	+ 7,7	+3,0 bis +4,0

Vorläufige Ergebnisse des Stat. Bundesamtes

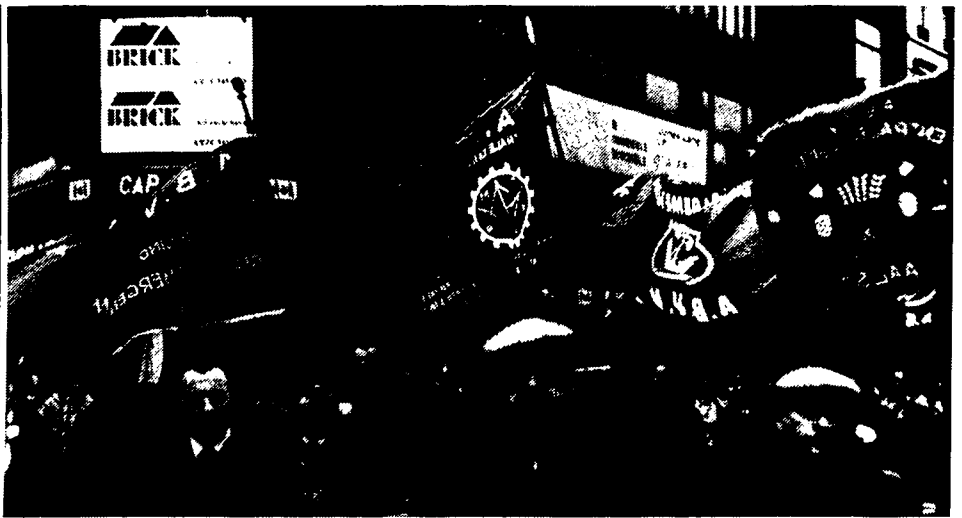
„Volkseinkommen“ bezeichnet haben soll. Noch interessanter aber, daß Lambsdorff vor der „Wohlstandsmehrung zu Lasten anderer Gruppen“ zu warnen Anlaß sieht. Lambsdorff proklamiert die Losung, die konsumierbaren Lohneinkommen gleichzeitig mit einer Steigerung der Profite zu senken. Diese Zielvorgabe ist in ihrer brutal offenen Unverschämtheit neu und deutet darauf hin, daß die IG Metall nicht gut beraten war, als sie derart rücksichtsvolle Forderungen aufstellte. Gerade die sehr schwach ausgeprägte Forderung für die überproportionale Anhebung der untersten Lohn- und Gehaltsklassen hat eine Flanke aufgerissen. Dort ist die Arbeit am härtesten, das weiß jeder, und die Kapitalisten wissen es auch. Verlangt man nicht eine Bewertung, so wird man erleben, wie Jahre der rabiaten Steigerung der Arbeitsintensität als „die Zeiten leichten Lebens“ in die öffentliche Meinung eingegraben werden.

Belgien

Große Demonstration gegen Lohnsenkung

„Alle nach Brüssel!“ Zehntausende folgten am 24.1. dem Aufruf des Gewerkschaftsbundes ABVV zur nationalen Demonstration. Gut hätten es Hunderttausend und mehr sein können, aber der Christliche Gewerkschaftsverband war aus der Gemeinsamen Gewerkschaftsfront ausgeschert, und das, wo die Einheit der Gewerkschaftsbewegung dringlicher denn je ist.

Mit allen Vollmachten des Parlaments ausgestattet hatte die Regierung Martens zum 1.1.81 das sog. „Mini-Gesetz“ vorläufig in Kraft gesetzt; die endgültige Entscheidung über das Gesetz fällt bis zum 15.2. Bleibt es dabei, werden die belgischen Lohnabhängi-



gen um rund 50 Mrd. bfr (ca. 3,1 Mrd. DM) beraubt sein. Hauptpunkt ist die Blockierung aller Löhne über 35000 bfr (ca. 2180 DM) brutto auf zwei Jahre, faktisch die Außerkraftsetzung des Tarifrechts und der Tarifverträge, auch bereits abgeschlossener. Zum 1.1. hätten z.B. die Kapitalisten in der Petrochemie eine Lohnerhöhung von 6,40 bfr (40 Pf.) zahlen müssen; das „Mini-Gesetz“ befreite sie davon. Verbieten wird ebenfalls die Verkürzung der Arbeitszeit. Weiter ergreift die Regierung neue Maßnahmen zur Mobili-

sierung des Arbeitslosenheeres, das inzwischen auf amtlich 384700 (9,3%) angeschwollen ist. U.a. wird den Arbeitslosen, die nicht Haushaltsvorstand sind (90000 Frauen und 20000 Männer) das Arbeitslosengeld um bis zu 5000 bfr (312 DM) monatlich gekürzt, indem es nicht mehr nach dem früheren Lohn berechnet, sondern pauschal festgesetzt wird.

Falls die Regierung damit durchkommt, hat sie bereits für Februar-/März die Änderung des Staatshaushaltes und neue Raubzüge angekündigt.

BRD—Türkei

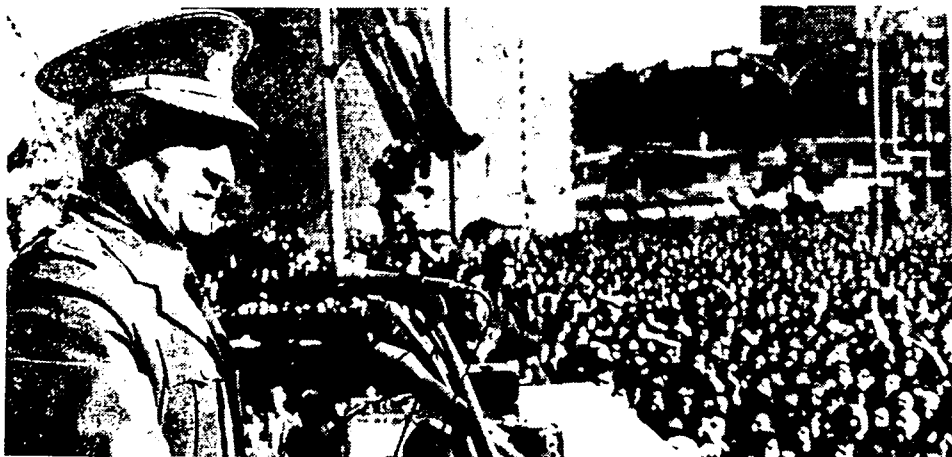
Dritte Türkei, „hilfe“ in Vorbereitung — BRD-Erpressungspolitik hat Tradition

Seine tiefe Besorgnis über die Verletzung der Menschenrechte in der Türkei soll Hans-Dietrich Genscher geäußert haben, als er am 16.1. den Wirtschaftsexperten der türkischen Militärjunta Özal in Bonn empfing. Der kam gerade von einem Bittgang bei 16 Großbanken (darunter Deutsche und Dresdner Bank) in London, die er — vorerst vergebens — um eine Lockerung der Auflagen der Kredite über 3,4 Mrd. \$ anging. Der Bundesregierung — mit Leisler Kiep 1979 und Matthöfer 1980 schon Koordinator des ersten und zweiten Türkei, „hilfe“-Programms der westlichen Imperialisten — trug er die Federführung für ein weiteres 2 Mrd. \$-Kreditprogramm für die Türkei an, über das die westlichen Imperialisten im März entscheiden wollen. Die Bundesregierung hat schon Zustimmung signalisiert — u.a. im Interesse der „traditionellen Beziehungen zwischen der BRD und der Türkei“.

Tradition hat die Erpressungspolitik des BRD-Imperialismus. Als wichtigster Handelspartner, als Hauptgläubiger neben den USA und als zweitgrößter Investor hat der BRD-Imperialismus in den letzten 30 Jahren entscheidend dazu beigetragen, das Land in

nahezu vollständige imperialistische Abhängigkeit zu bringen. Mit dem Militärputsch vom September 1980 haben sich die BRD und die USA das Regime geschaffen, das für die Erfüllung der dem Land diktierten Kreditaufgaben — weite Öffnung des Landes für Waren- und Kapitalexport, Konsumeinschränkungen, Streichung aller auf wirtschaftliche Unabhängigkeit gerichteten Investitionen — durch Unterdrückung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, Vernichtung von Klein- und Mittelbetrieben und Bauernlegen garantiert.

Von 1952 datiert das erste Handelsabkommen der BRD mit der Türkei. Die EG-Assoziation 1963 festigt die Vormachtstellung der westeuropäischen Imperialisten und besonders der BRD im Handel mit der Türkei. 1979 gingen fast 50% der türkischen Ausfuhren in die EG, 22% allein in die BRD; 36% der türkischen Einfuhren kamen aus der EG, aus der BRD 12,4%. Landwirtschaftliche Produkte machen heute noch etwa 60% der Ausfuhren aus; der Anteil der Industrieprodukte am Export stagniert und ist in den letzten zehn Jahren zeitweilig sogar zurückgegangen — Folge der



Etwa 100000 politische Gefangene gehen auf das Konto der Militärjunta.

Öffnung des türkischen Marktes für die imperialistischen Monopole und der Erdrosselung der nationalen Industrie durch hohe Zinsen.

1962 ließen sich die BRD-Imperialisten vertraglich den Schutz ihrer Investitionen in der Türkei garantieren. Heute sind sie mit 15% (USA 18%) zweitgrößter ausländischer Investor. Anfang 1980 hob die damalige Demirel-Regierung nahezu alle Beschränkungen auf, die die türkische Wirtschaft vor ausländischen Investitionen schützen sollte. Entsprechende Auflagen bei der Türkei, „hilfe“ und zeitweiliger Kapitalabzug durch imperialistische Investoren sorgten für den nötigen Druck.

Seit 1969 hat die Bundesregierung Jahr für Jahr mit der Türkei Kapital- oder Finanzhilfeabkommen abgeschlossen. Ungefähr zu diesem Zeitpunkt hatte die Zerrüttung der türkischen Wirtschaft durch den Imperialismus und die Ausplünderung durch den ungleichen Tausch soweit gewirkt, daß die Außenhandelsbilanz jährlich mit einem größeren Fehlbetrag abschloß. 1979 betrug das Defizit 2,8 Mrd. \$, 1980 4,2 Mrd. \$, und für 1981 ist ein Fehlbetrag von 5,5 Mrd. \$ bei einem Außenhandelsvolumen von 12,5 Mrd. \$ geplant. Die Schuldenlast – 1980 18 Mrd. \$ – ist so hoch, daß die Türkei

im letzten Jahr 60% ihrer Exporterlöse für den Schuldendienst wegzahlen mußte und die Zinskosten 90% ihrer Zahlungen an die imperialistischen Großbanken ausmachten – bei Zinsen von 16–17%. Schon 1977 hatten die westlichen Imperialisten die Türkei in die Zahlungsunfähigkeit getrieben. Auf über 1 Mrd. DM bezifferten damals allein westdeutsche Kapitalisten ihre ausstehenden Forderungen und trieben die Bundesregierung zu entschiedenen Maßnahmen an. Das war der Startschuß für die Türkei, „hilfe“ der westlichen Imperialisten im großen Maßstab – zynisch als Programm zur Beseitigung des „Chaos“ und zur Wiederherstellung der „Ordnung“ gefeiert, nachdem die imperialistische Einmischung die inneren Verhältnisse in der Türkei völlig zerrüttet hatte.

Für die USA wie für die weltpolitischen Interessen des BRD-Imperialismus ist die Kontrolle über die Türkei unverzichtbar: „Das Dringendste ist zur Zeit die Sofort-Hilfe für die Türkei ... Die Bundesregierung ist bereits dabei, das voranzutreiben ... Die Türkei ist im Südosten der Allianz und gegenüber dem Mittleren Osten die entscheidende Bastion, das wichtigste Kräftefeld.“ (BRD-NATO-Botschafter Pauls auf der Int. Wehrkunde-Tagung 1980, in: Europ. Wehrkunde 4/80).



Mit Veranstaltungen und Demonstrationen in der BRD protestierten türkische Patrioten gegen die von den westlichen Imperialisten installierte Militärjunta. 117 Türken sind in Bonn im Hungerstreik.

Polen

Keine Erleichterung der Schuldenlast in Sicht

Am 16. Januar haben sich die Gläubiger und Kreditgeber der VR Polen zum ersten Mal getroffen, um auszumachen, wie sich verwirklichen ließe, was die FAZ am selben Tag anlässlich des Besuches von Walesa beim Papst als Stoßgebet losließ: „Die Polen, die dort ... um die Würde des arbeitenden Menschen kämpfen, gehören nicht Moskau, nicht Byzanz, sondern sie gehören zu Europa.“

Der polnische Finanzminister Krzak äußerte deutlich seine Mißbilligung dieser Veranstaltung. Er sagte, die Koordinierungsgespräche seien nicht auf Antrag Polens zustandegekom-



Woher sollen die Mittel zur Entwicklung der Landwirtschaft kommen?

men. Er zeigte sich auch nicht mehr einverstanden mit der Möglichkeit eines Moratoriums, also eines Zahlungsaufschubs. Was die polnische Regierung wünscht, sind weitere Kredite und Umschuldung.

Noch vor einigen Monaten glaubte der Leiter der polnischen Staatsbank, Polen könne eine Verbesserung seiner Handelsbilanz spätestens 1982 erreichen. Diese Aussichten sind verschwunden. Vielmehr muß Polen damit rechnen, daß seine Verschuldung bei den kapitalistischen Ländern weiter zunimmt. 1981 werden schätzungsweise 0,7 bis 0,8 Mrd. \$ Schulden zu den schon bestehenden dazukommen. Polen hat zur Zeit allein zwischen 2 und 2,5 Mrd. \$ Zinsschulden.

Polen will in den kommenden Jahren seine Exporte steigern. Für 1980 war geplant, für 8,5 Mrd. \$ zu exportieren, erreicht wurden wahrscheinlich nur 8. Im Jahre 1981 sollen Waren im Werte von 8,2 Mrd., 1982 von 9,5 und 1983 von 11 Mrd. \$ exportiert werden. Anscheinend rechnet die polnische Regierung damit, daß sie mit weiteren Krediten die wirtschaftliche Lage so-

weit stützen kann, daß eine entsprechende Steigerung der Produktion möglich ist.

In den anhaltenden Auseinandersetzungen um die Fünftagewoche ist die Einheit der Arbeiterbewegung nicht gewachsen. Die Regierung hat angeboten, zwei bezahlte freie Samstage einzuführen oder vier bei Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Die Gewerkschaft Solidarität fährt fort, zu Warnstreiks aufzurufen, die teilweise befolgt werden.

Schwerwiegend ist, daß sie den Forderungskatalog bei diesen Aktionen ausdehnt. Für Dienstag, den 3. Februar, sind erneut einstündige Warnstreiks angekündigt worden mit einem Bündel von Forderungen, u.a. nach Erhöhung der Löhne und Gehälter, freien Samstagen, Reformierung des Zensurgesetzes und nach Anerkennung der Abteilung „Land“ der Gewerkschaft Solidarität. Daß die Studenten auch Aktionen durchgeführt haben mit der Forderung, die Kurse in Marxismus-Leninismus, die zu Beginn des Studiums obligatorisch sind, sollten abgeschafft werden, macht die Lage, in der sich nicht mehr alle an die möglichst einvernehmliche Durchführung der 21 Punkte von Gdansk halten, noch komplizierter.

Mittlerweile kann die katholische Kirche auftreten als Kraft der Vernunft und Ordnung, die aufruft, an die Arbeit zu gehen. Es könne schwerer sein, für das Vaterland zu leben und zu arbeiten als für das Vaterland zu sterben, formulierte Kardinal Wyszyński diesen Standpunkt.

Senatskrise Die Reaktion verschärft den Druck

Westberlin. Als Dietrich Stobbe 1977 den mitsamt Senat gestürzten Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz ablöste, versprach er, daß preußische Tugenden wieder Einzug halten sollten, daß im Öffentlichen Dienst „das Dienende wieder vor das Fordern gestellt werde“ und daß die Berliner unter seiner Führung „jener Fels“ sein würden, „durch den die deutsche Frage offengehalten wird“.

Zu derartiger Felsbildung ist es nicht gekommen. Im Gegenteil, am 15.1. stürzte auch er.

Außerlicher Anlaß dafür war die an die Öffentlichkeit gelangte Garski-Affäre. 115 Mio. DM aus Steuergeldern wandern in die Kassen der Berliner Bank als fällige Senatsbürgschaft für das geplante Garski-Unternehmen „Bautechnik KG“. Grundlage dafür bildet das 1964 beschlossene Landesbürgschaftsgesetz, das vorsieht, daß



Westberlin, 20.12.80, 10000 demonstrieren gegen die Wohnungsbaupolitik

der Senat gegenüber den Banken für Kredite, die diesen nicht ausreichend abgesichert erscheinen, zu in der Regel 90% bürgt.

Daß Kapitalisten und Banken für die „Fähigkeit“, Profit zu machen, Steuergelder in Milliardenhöhe einstreichen, ist nichts Besonderes im Kapitalismus. Daß sie Pleiten die steuerzahlenden Lohnabhängigen zahlen lassen, auch nicht.

Was die bürgerliche Öffentlichkeit an dem sogenannten Garski-Skandal stört, ist die Tatsache, daß eine Regierung unfähig ist, Geschäfte dieser Art diskret über die Bühne gehen oder auch sterben zu lassen. Stattdessen droht das ganze Ausmaß der Subventionen und Geldverschiebungen ans Licht der Öffentlichkeit gespielt zu werden. Horst Effe, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Westberlin, hat dementsprechend einen Tag nach Wahl des neuen Senats in der Presse dazu aufgerufen, sich jetzt schleunigst abzuregen und wieder ans Geschäft zu gehen.

Die Ursachen für die Krise der sozialliberalen Koalition liegen jedoch tiefer und sind nichts für Westberlin Besonderes. Das imperialistische Finanzkapital hat angesichts der heraufziehenden ökonomischen Krise und der sich zuspitzenden internationalen Widersprüche ein Programm der verschärften Reaktion diktiert, an dessen Umsetzung sich Bundesregierungen und Länderregierungen begeben haben.

Was das Finanzkapital gegenwärtig gegen die sozialliberalen Regierungskoalitionen aufbringt, das Aufschwappen einer Welle der Reaktion durch die bürgerliche Presse macht das deutlich – sind die Widersprüche vor allem in der SPD, die in den entgegen-

Umso massiver ist jetzt der Druck auf den Senat, die Pläne des Finanzkapitals beschleunigt durchzusetzen. Verlangt wird, daß die Relationen bei der Verteilung der Steuervergünstigungen verändert werden. Bei einer Steigerung der Subventionen von 1968 4,5 Mrd. DM auf 1978 13,3 Mrd. DM ging der Anteil, der der Industrie zufließt, im selben Zeitraum von 80% auf 64% zurück. Eine Änderung ist mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer und schrittweisen Senkung der Gewerbesteuer eingeleitet, die in den Jahren 1981–83 Steuerausfälle von 2 Mrd. DM einbringen. Insgesamt belaufen sich die Steuermindereinnahmen, die durch das Berlinförderungsgesetz entstehen, auf jährlich 5 Mrd. DM!

gesetzten Interessen ihres Regierungs- und Gewerkschaftsflügels aufeinanderprallen, die Durchsetzung des Programms der Reaktion verzögern und gefährden und für die Klassenkämpfe zusätzlich ideologischen und politischen Spielraum schaffen. Gegen die Streiks in den Kindertagesstätten oder die Instandbesetzungen und Demonstrationen gegen die Wohnungsbaupolitik in den letzten Monaten war der Senat nicht in der Lage, hart durchzugreifen, wie die Reaktion es verlangte.

Die ÖTV hat jetzt veröffentlicht, daß außerdem das Loch im Westberliner Haushalt von 391 Mio. DM allein durch die von Seiten der Kapitalisten aufgelaufenen Steuerschulden, die über 500 Mio. DM betragen, leicht gestopft werden könnte. Stattdessen soll es durch drastische Personal- und Sachkürzungen sowie Tarif- und Gebührenerhöhungen beseitigt werden.

Das Interesse an besonders guten Bedingungen für die Profitmaximierung aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse und zusätzlichen Steuervorteilen

sowie auch der Grund für den schnellen Verschleiß der Regierungsmannschaften in Westberlin, der größten Industriestadt zwischen Moskau und Paris, liegt im besonderen Interesse der westdeutschen Imperialisten am Ausbau dieses Brückenkopfes „zur Offenhaltung der deutschen Frage“. Der Anspruch auf alles ehemals deutsche Territorium ist im GG verankert, im Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1954 bekräftigt und zu Beginn jeder Abgeordnetenhaussitzung mit „Mahnworten“ unterstrichen: „... und bekunden unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und daß Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wieder vereinigt werden muß.“

Dem neuen Senat unter Vogel werden größere Chancen, das Programm

der Reaktion durchzusetzen und trotzdem die Arbeiterbewegung weiter an die SPD zu binden, eingeräumt, so daß schon bei seiner Wahl im Abgeordnetenhaus Stimmen der CDU auf ihn entfielen.

Die demagogische Taktik, in einem parlamentarischen Wechselbad von Volksbegehren, Volksentscheid und Neuwahlen die Interessen der Arbeiterklasse zu ertränken und die Reaktion zu stärken, kann jetzt nur wirksam bekämpft werden, wenn die Gewerkschaften ihre Forderungen gegenüber einem neuen Senat erheben und mit aller Deutlichkeit vertreten. Nur dann kann auch ein evt. Einzug der Alternativen Liste ins Parlament von Nutzen sein, die die Stimme der Arbeiterbewegung nicht ist.

Zimbabwe

Fortschritt beim Aufbau der Volksmacht — geplatzte Interventionshoffnungen

Am 10. Januar gab Robert Mugabe, Premierminister von Zimbabwe und Führer der ZANU, die zusammen mit der anderen Befreiungsorganisation ZAPU die Koalitionsregierung in Zimbabwe stellt, eine Regierungsumbildung bekannt. Danach scheidet ZANU-Generalsekretär Edgar Tekere, bislang Arbeitsminister, aus der Regierung aus. Joshua Nkomo, ZAPU-Chef und als Innenminister bislang für die Polizei und ihre paramilitärischen Einheiten zuständig, übernimmt künftig das Ressort Öffentlicher Dienst. Mugabe begründete das damit, daß die noch vorwiegend von Offizieren des alten Siedlerregimes geleitete Polizei sich nicht genug den neuen politischen Verhältnissen angepaßt habe. Nach anfänglichen Drohungen, die Koalition zu verlassen, hat die ZAPU-Führung

den Ressortänderungen zugestimmt, unter der Bedingung, daß die ZAPU die Vizeminister im Innen- und Verteidigungsressort stellt.

Damit haben sich offenbar erneut die Hoffnungen der Imperialisten, ein Bruch der Einheitsfront von ZANU und ZAPU mit nachfolgenden Unruhen werde ihnen Putsch- und Interventionmöglichkeiten geben, zerschlagen. Pläne dafür gab und gibt es. Unverhohlen hatten die britischen Imperialisten bei den Wahlen im Frühjahr 1980 eine Intervention angedroht; der überwältigende ZANU-Wahlsieg, die 57 Parlamentsabgeordnete stellt (ZAPU 20, Muzorewa 3, die Siedlerpartei von Ian Smith 20), machte ihnen einen Strich durch die Rechnung. Wenig später stellte der frühere Chef der Kolonialistenarmee und – im Rahmen des

Londoner Abkommens – neue Oberkommandierende der Nationalarmee von Zimbabwe, Walls, sein Amt zur Verfügung, sprach von Wahlfälschung und richtete Aufrufe an die weißen Siedler; die Mugabe-Regierung verwies ihn des Landes. Als es im November zwischen Guerillas der Befreiungsarmeen ZANLA (ZANU) und ZIPRA (ZAPU), die in einem Lager in Bulawayo auf ihre Eingliederung in die Nationalarmee warteten, zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit 58 Toten und hunderten Verletzten kam, witterten die Imperialisten Bürgerkrieg. Aber die Führungen von ZANU und ZAPU riefen zur Einheit auf und konnten den Konflikt beilegen.

Die Einmischungspläne der Imperialisten und ihrer Ableger in Südafrika beruhen darauf, daß die Machtfrage in Zimbabwe noch nicht vollständig entschieden ist. Nach Jahren erfolgreichen Befreiungskampfes schloß die Patriotic Front aus ZANU und ZAPU 1979 mit Großbritannien als Kolonialmacht das Londoner Abkommen ab, ohne durch die militärische Befreiung des ganzen Landes und der Städte die Machtfrage entschieden zu haben. Sie konnte diesen Weg, der den Volksmassen und dem Land große Opfer ersparte, beschreiten, weil die Befreiungsarmeen zu einer unbesiegbaren Kraft geworden waren, die Volksmassen sie unterstützten und die Einheitsfront in den Jahren des Kampfes gefestigt war. Das Wahlergebnis und die Regierungsbildung bestätigten diesen Kurs. Die Patriotic Front mußte jedoch Garantien für die zusammen geraubten Ländereien der weißen Siedler und das Eigentum der imperialistischen Bergwerkskonzerne usw. abgeben und die Staatsmaschine des Kolonialstaates übernehmen.

Die Koalitionsregierung, in der die ZANU die Führung hat, verfolgt den Kurs, schrittweise die Volksmacht zu festigen, die Reste des Siedlerregimes zu isolieren und so jeder Einmischung unter dem Vorwand des Vertragsbruchs vorzubeugen. Inzwischen sind 13000 ZANLA- und ZIPRA-Guerillas in die Nationalarmee integriert. Bis zum Frühjahr 1981 sollen auch die meisten der 36000 Guerillakämpfer, die noch in Lagern untergebracht sind, in die Nationalarmee aufgenommen werden, während einige Tausend demobilisiert werden. Die Auswechslung des Offizierskaders, in dem noch weiße Siedler dominieren, geht voran. In die Führung der Polizei rücken Guerillas, die in den letzten Jahren von der jugoslawischen Polizei ausgebildet worden sind; allerdings besteht der Kern der Polizeitruppe immer noch aus den verhassten Siedlerpolizisten, „Tränengasliebhabern“, wie Mugabe sie charakterisierte. Die in den letzten Monaten durchgeführten Kommunal- und Di-



Mit dem Prozeß gegen ZANU-Generalsekretär Edgar Tekere wollten die Imperialisten die ZANU spalten und Unruhen unter den Volksmassen auslösen. – Der weiße Gerichtshof im Tekere-Prozeß.

striktwahlen (Ausnahme das Gebiet um Bulawayo, wo die Wahlen wegen der Zusammenstöße abgesetzt wurden) haben Organe der Volksmacht im ganzen Land etabliert; aus den Wahlen ging die ZANU als Sieger hervor. Daß in den neun Monaten seit der Unabhängigkeit trotz äußerer Einmischung, gewaltiger Schwierigkeiten beim Wiederaufbau und 1,2 Mio. Flüchtlingen und Obdachlosen (Gesamtbevölkerung: 7,2 Mio.) nur 90 Menschen in politischen Auseinandersetzungen ums Leben gekommen sind, zeugt davon, daß die politische Einheit der Volksmassen erhalten werden konnte.

Die Zusammenarbeit (Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mozambique, Swasiland, Tansania, Sambia) hat die Unabhängigkeit Zimbabwes gestärkt. Anfang des Jahres hat Zimbabwe einen Sicherheitspakt mit Mozambique geschlossen.

Die kolonialen Produktionsverhältnisse in Zimbabwe sind bislang weitgehend unangetastet. In der Landwirtschaft, Haupteinkommensquelle für mehr als 70% der Bevölkerung, erzielen 3500 weiße Farmer durch die Ausbeutung von 350000 schwarzen Lohnarbeitern 80% des Produktionswertes. 700000 schwarze Bauernfamilien in den Reservaten dagegen leben von kärglicher Subsistenzwirtschaft. Ein Regierungsprogramm, das die Verbesserung der Produktionsbedingungen in diesen Gebieten und die Schaffung von agroindustriellen Zentren zur Aufnahme der überschüssigen Arbeitskräfte vorsieht, wird von den westlichen Im-



Britische Ausbilder trainieren ZANU-LA-Kämpfer für die Nationalarmee

perialisten sabotiert; bislang haben sie erst 35% der auf der Londoner Konferenz dafür zugesagten 1 Mrd. \$ gezahlt (BRD ganze 17 Mio. \$). Dadurch entstehen Widersprüche unter den Volksmassen und auch in der ZANU, weil vielen die sozialen Umwälzungen, für die sie im Befreiungskrieg gekämpft haben, zu langsam vorangehen. Aber ohne Konsolidierung der Volksmacht und Liquidierung des kolonialen Staatsapparates kann das Volk von

Zimbabwe die Landreform und die Enteignung des imperialistischen Kapitals kaum erfolgreich durchführen.

In einer Rede im Herbst 1980 vor Bankiers und Industriellen erklärte Mugabe, daß die ZANU eine „sozialistische egalitäre Gesellschaft“ anstrebt. Er garantierte gleichzeitig die Rolle der Privatunternehmen, sofern sie die Ziele und Prioritäten des Staates akzeptierten, und verlangte eine „substantielle Beteiligung“ Zimbabwes an den im Lande operierenden Unternehmen. Nach einer ersten Erhöhung im Juli 1980 hat die Regierung zum 1.1.1981 die Minimallöhne erneut um ca. 35% erhöht – im Bergbau z.B. auf 93 \$ monatlich. Seit der Unabhängigkeit ist die Zahl der Grundschüler von 0,8 auf 1,3 Mio. gestiegen. Eine Kampagne soll das Analphabetentum unter den Erwachsenen (zwischen 45 und 65% geschätzt) beseitigen.

US-Konservative „Satan greift letzte Burg des Glaubens an“

Seinen persönlichen Draht zu Gott hatte der Laienprediger Jimmy Carter. Aber trotz seiner oft demonstrierten Frömmerei blieb ihm die Unterstützung durch die konservativ-religiösen Organisationen wie „Moralische Mehrheit“ (4 Mio. Mitglieder) versagt, weil er u.a. nicht eindeutig für Abtreibungsverbot und die Subventionierung des Besuchs von Kirchenschulen eintrat. Mit ihrem Feldzug für die moralische Erneuerung Amerikas, einem Aufguss aus kleinbürgerlich-reaktionären Moralvorstellungen und christlich verbrämtem Chauvinismus – „Amerika – letzte Burg des Glaubens“ – haben diese Organisationen wesentlichen Anteil an Reagans Wahlsieg.

Vor zwei Jahren gründete der Baptistenprediger Falwell mit rechtskonservativen Republikanern die „Moralische Mehrheit“. Zur selben Zeit entstand die „Christliche Stimme“, ebenfalls von Großunternehmen wie Mobil Oil gefördert. Falwells Fernsehpredigten werden von 373 Stationen übertragen und erreichen wöchentlich 18 Mio. Zuschauer. Die Botschaft: Die Bibel ist Zeile für Zeile Gottes Wort; ohne „Wiedergeburt“ als Christ, der Gott persönlich erlebt hat, kannst DU Amerikas moralischen Verfall und seinen politischen Untergang nicht stoppen; Gott belohnt seine treuen Gläubigen mit materiellem Reichtum. Ein Konzernchef, der sich wie Carter, Reagan und Anderson zu den „Wiedergeborenen“ zählt: „Ich glaube an einen persönlichen Gott, der Amerika geschaffen hat und Männer wie mich zu Kapitänen des größten

Wirtschaftssystems der Welt und seiner riesigen Reichtümer gemacht hat.“

Biblich begründet wird neben dem „freien Unternehmertum“ das Abtreibungsverbot, die Entrechtung von Frauen und Farbigen, das Verbot der Sexualerziehung, von Drogen und Pornographie, die Stärkung der Verteidigung und die Ablehnung von SALT II, die Einführung des Schulgebets, die Unterstützung von Israel und Taiwan.

In den 50er und 60er Jahren war Billy Graham durch die Lande getingelt und hatte den Korea- und Vietnamkrieg und die innenpolitische Repression unter McCarthy biblisch beweihräuchert: „Die größte und effektivste Waffe gegen den Kommunismus ist heute ein wiedergeborener Christ,“ und im Paradies gebe es „weder Gewerkschaftsbeiträge noch Gewerkschaftsführer, weder Schlangen noch Krankheiten.“

Wie Billy Graham, so richten sich auch die Prediger der neuen Erweckungsbewegung vornehmlich an „middle America“, Facharbeiter oder Angestellte mit mittleren Einkommen, Häuschen in den Vororten oder den Landstädten des mittleren Westens. Unter ihnen hat Reagan große Stimmengewinne erzielt. Steuererhöhungen, fortschreitende Zerstörung der Familien und staatliche Reglementierung und Einmischung im Namen der Gleichberechtigung von Frauen und Farbigen – Maßnahmen, mit denen sich die liberalen Multimillionäre wie Kennedy und McGovern hervorgetan hatten – haben das passende Klima für die Formierung einer reaktionären Strömung geschaffen. Die politische Schwäche der Gewerkschaftsbewegung



Aktion der „Moralischen Mehrheit“

und das Fehlen einer Arbeiterpartei begünstigen die ideologische Vorherrschaft von Konservatismus und Liberalismus und lassen den religiösen Obskurantismus blühen; der Kirchenbesuch ist höher als in den meisten anderen Ländern und hat steigende Tendenz. Schließlich prägt die Tatsache, Bürger einer Supermacht zu sein und davon auch materiell zu profitieren, gerade das Bewußtsein dieser Schichten und nährt den Chauvinismus.

Krise des Reformismus: Der Versuch, den Kapitalismus mit bürgerlichen Mitteln zu überwinden, ist gescheitert

Die Ablösung der Regierungskoalition aus SPD und FDP, sei es durch Koalitionswechsel der FDP, sei es zur Not auch durch vorgezogene Neuwahlen, stellt sich inzwischen als geschäftig betriebenes Unternehmen dar, dessen Aktien auf dem Meinungsmarkte steigen. An den Futtertrögen der politischen Macht habe sich die Koalition, vor allem aber die SPD, satt, matt und faul gefressen. Sie sei korrupt und produziere Skandaldüfte wie eine verstopfte Kanalisation. Die wärmende Fürsorge, mit der bei gewöhnlichem Geschäftsgang die bürgerliche Publizistik zudeckt, was gefährlich aufschlußreich werden könnte, ist umgeschlagen. Jetzt macht das Rennen nicht mehr, wer seinen Lesern oder Hörern den Dreck der bürgerlichen Politik wie Honig ums Maul zu schmieren versteht. Jetzt wird recherchiert, aufgespürt, akundschaftet, enthüllt, zum Platzen gebracht. Woher diese wunderschöne Winterblüte parlamentarischer Tugend? Denn Skandal gäb's die ganze Zeit schon reichlich. Wer wird sich wundern, wenn in Westberlin eine Senatsbürgerschaft auf halbseidene Geschäfte fällig wird? Waren diese Bürgschaften nicht eingeführt, um genau auch solchen halbseidenen Geschäftemachern Geschäfte zu ermöglichen? Und ist nicht sonnenklar, daß einiges Derartiges bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage zum Platzen kommen muß? Und wäre denn Apels Tornadokummer wirklich was Neues? Wann je hätte eine Rüstungsbeschaffung zu den beschlossenen Kosten abgewickelt werden können?

Nicht etwa weil die SPD/FDP-Koalition mehr Skandale produziert als vorher, schafft die westdeutsche Monopolbourgeoisie eine öffentliche Meinung für Ablösung dieser Regierung. Diese Skandale, so typisch sie auch für das kapitalistische Wirtschafts- und politische Leben sind, sind nicht der Grund, sondern bloß der demokratisch aufgeputzte Traktor, die CDU/CSU ans Ruder zu bringen und die SPD in die Opposition zu stoßen. Denn die SPD an der Regierung hört zunehmend auf, die politische Willensbildung in der Arbeiterbewegung zu binden, und die ungesunde Sitte, an die Regierung Arbeiterforderungen zu stellen, statt die Arbeiter mit Regierungsanforderungen zu konfrontieren, macht sich bis in die Vorstände der DGB-Gewerkschaften hinein breit.

Das theoretische Konzept, mit dem sich die Sozialdemokratie in den sechs-

ziger Jahren ausrüstete, um Zug um Zug in den Genuß der Regierungsgewalt sich zu setzen, ist zusammengebrochen, die darauf gebaute Propaganda macht einen stockfleckig veralteten Eindruck, und die politischen Versprechen erscheinen lügenhaft. Wie hatte dies Konzept ausgesehen?

1960 entschloß sich die SPD, eine Vision des Arbeiterparadieses auf Erden auszumalen. Im „Appell von Hannover“ heißt es:

„Mit der Tüchtigkeit unseres Volkes und der Kraft unserer Volkswirtschaft können wir eine Hoffnung von heute zur Wirklichkeit von Morgen machen:

Die Verdopplung des Lebensstandards noch in dieser Generation!“

Das Verdopplungsversprechen wurde qualifiziert:

„Deutschland muß eine Regierung haben, ...

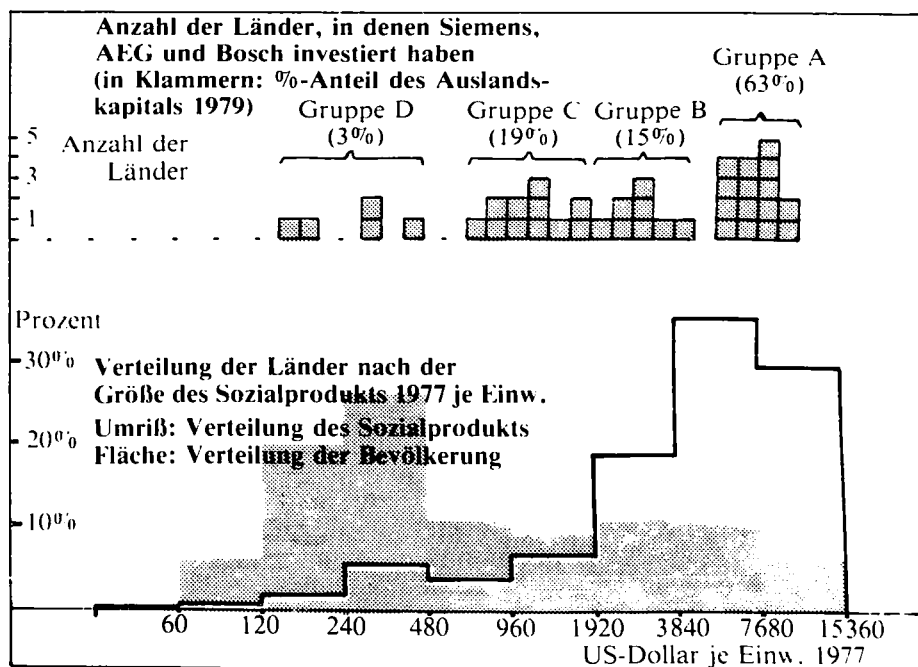
die mit der Eigentumsbildung für alle ernst macht: Das eigene Heim, der eigene Wagen, die deutsche Volksaktie sind berechtigter Anspruch und ehrlich verdient;

die umsichtig über die Gesundheit unseres Volkes wacht;

die für einen zur wirklichen Erholung ausreichenden Urlaub sorgt;

die die wirtschaftlichen und sittli-

Auslandsanlagen und -beteiligungen westdeutscher Elektrokonzerne 1979



Im oberen Teil des Bildes ist die Zahl der Länder markiert, in denen die drei großen westdeutschen Elektrokonzerne nach Angaben ihrer Geschäftsberichte 1979 durch Tochtergesellschaften oder Beteiligungen produzieren ließen. Zusammensetzung der Gruppen nach Ländern:

Gruppe A: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Australien, Japan, USA, Kanada

Gruppe B: England, Irland, Italien, Spanien, Venezuela, Griechenland, Iran, Hongkong

Gruppe C: Südafrika, Türkei, Mexiko, Portugal, Argentinien, Brasilien,

Kolumbien, Malaysia, Südkorea, Taiwan, Chile
Gruppe D: Pakistan, Ägypten, Indien, Philippinen, Indonesien

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie steigerte ihre Kapitalanlagen im Ausland von 3,2 Mrd. DM 1960 auf 58,2 Mrd. DM 1978. Die Investitionstaktik z.B. der Elektrokonzerne zeigt, wie ein Großteil der Auslandsinvestitionen der Aufgabe der Schaffung von Brückenköpfen auf absatzfähigen Märkten gewidmet wird, und gleichzeitig, wie relativ niedrige Investitionen ausreichen können, um die Volkswirtschaften ganzer Länder unter Kontrolle zu bringen.

Anbindung der Lohnsteuertarife an die Entwicklung des Durchschnittslohns!

Für die in Opposition befindliche und auf Regierungsbeteiligung drängende SPD verlangte der Parteitag in Köln 1962:

„Die geforderte Steuerreform soll ... die Steuerlast der kleinen und mittleren Einkommen durch weitgehende Ausschaltung der Progression und höhere Freibeträge mindern, dagegen für die hohen Spitzeneinkommen eine angemessene stärkere Besteuerung einführen ...“

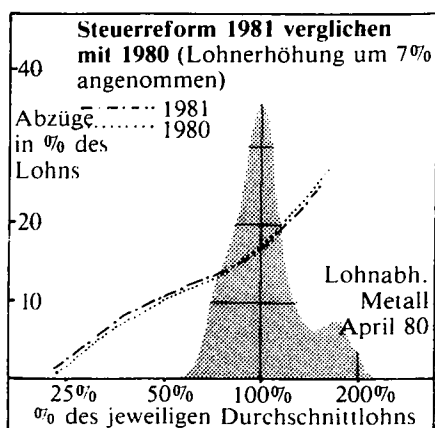
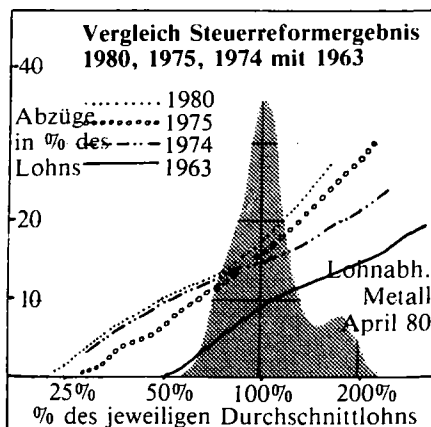
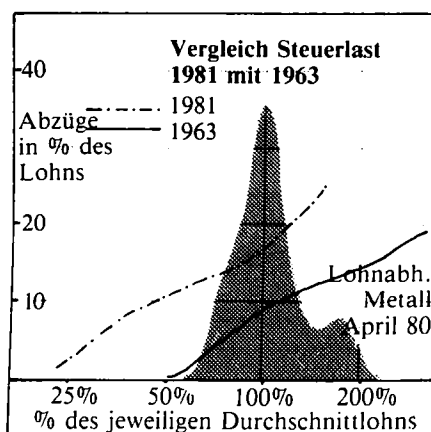
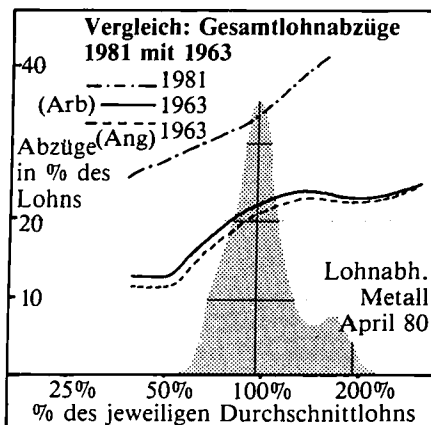
Dem SPD-Parteitag 1966 in Dortmund blieb immerhin noch eine Vorstellung über die fortwährend stärkere Lohnbesteuerung:

„Ermöglicht das im Vergleich zum Volkseinkommen überproportionale Anwachsen der Steuereinnahmen eine Steuersenkung, so sollten insbesondere die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen steuerlich entlastet werden ...“

Zur Regierungsbildung erklärte der SPD-Parteivorstand sodann:

„Grundsätzlich sind steuerliche Änderungen stets daraufhin zu prüfen, ob sie in die konjunkturelle Landschaft passen ...“

Damit war dem weiteren Anwachsen der Lohnbesteuerung stattgegeben – „überproportional“, weil jede Anstrengung der Gewerkschaften, der zunehmenden Geldentwertung durch Lohnerhöhung zu begegnen und die Erfordernisse der Reproduktion einigermaßen abzudecken, zwangsläufig bei unverändertem Steuersystem zu einem progressiven Anwachsen der Lohnbesteuerung führt. Ende 1971 mußte das ein außerordentlicher SPD-Parteitag eingestehen. In seiner Entscheidung wird u.a. die Anhebung einer Reihe von Freibeträgen und die Ausdehnung der proportionalen Besteuerung verlangt. – Die Spekulation auf den Lohnsteuergewinn durch jede Gegenmaßnahme der Gewerkschaften gegen die Geldentwertung hat seitdem keineswegs aufgehört. Wie in den beiden unteren Bildern sichtbar, wird mit den seit 1975 betriebenen „Steu-erentlastungen“ vor allen Dingen die niedriger verdienende Hälfte der Lohnabhängigen zunehmend härter belastet. – Dieser fortwährenden Spekulation auf die Geldentwertung muß durch die Anbindung der Steuertarife an den Durchschnittslohn ein Riegel vorgeschoben werden.



chen Aufgaben der Familie gewährleistet;

die jedem nach getaner Arbeit einen von materieller Sorge freien Lebensabend sichert ...“

Die Parole „Eigentum für alle durch soziale Eigentums politik“ erläutert die „Arbeitsunterlage zum Beschluß über gerechte Vermögensbildung“ desselben Parteitages:

„Wer wirklich ‚Eigentum für alle‘ will, muß zunächst die Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle Vermögen bilden können. Daher gehören zu einer sozialen Einkommenspolitik insbesondere:

a) eine Lohn- und Gehaltspolitik, die bewußt die Einkommenslage der Lohn- und Gehaltsempfänger steigert, sodaß alle Arbeitnehmer in die Lage versetzt werden, zu sparen und damit Vermögen zu bilden;

b) eine Mittelschichtenpolitik, die die Einkommenslage der leistungsfähigen mittleren und kleinen Unternehmen so verbessert, daß auch sie ihre Vermögen in angemessenem Umfang vergrößern können;

c) eine Steuerpolitik, die das Ziel einer stärkeren Steigerung der niedrigen Einkommen planmäßig unterstützt; dazu gehören neben Maßnahmen auf dem Gebiete der Einkommens-, Körperschafts-, Gewerbe- und Vermögenssteuer auch die Verringerung der Verbrauchssteuern und der Zölle ...“

Heute sitzt nur ein schmaler Ausschnitt der Arbeiterbevölkerung im „eigenen Heim“, und davon ein nochmals schmalerer kann dies Heim sein „eigen“ nennen, die meisten sitzen im Schuldgefängnis für die Banken. Soeben hat die SPD/FDP-Regierung auch noch die Sparförderung beseitigt, so daß auch das reduzierte Ziel, der Wohnungsnot zu enttrinnen durch Flucht in die Schuld knechtschaft der Banken, im mangelnden Eigenkapital verschwimmt. Der „eigene Wagen“ scheint für viele Wirklichkeit geworden, indessen ist auch er nicht selten bei der Bank verbrieft und wirkt finanziell immer mehr als Maschine zur Umwandlung von Arbeiterlohn in Mineralölsteuer. Das Geld, mit dem sich dieser oder jener Volksaktien kaufen konnte, war zweifellos ehrlich verdient, die Verluste, die durch die Kursabstürze dann zustandekamen, sind eine andere, etlichen noch gut erinnerliche Tatsache. Mangelnde Umsicht kann dem zuständigen Minister Ehrenberg niemand vorwerfen, bloß ist diese auf die „Erhaltung der Gesundheit des deutschen Volkes“ gerichtet? Die Sicherung der wirtschaftlichen und sittlichen Aufgaben der Familie – was soll man dazu sagen, dies klingt wie ein abgestandener Witz. Der Lebensabend wird zunehmend weniger von materieller Sorge befreit, sondern von materiellen Mitteln. Nimmt man die Sparfähig-

keit als Gradmesser des Lebensstandards (so wie die SPD dies tat), so stehen die Arbeiterhaushalte heute mit etwas über 200 Mrd. DM, das sind rund 31% der jährlichen Lohn- und Gehaltssumme, in Kreide, 1960 erst mit etwa 14 Mrd. DM, das sind 11,3% gewesen. Von den 99 Tsd. „mittleren und kleinen Betrieben“ des Jahres 1962 bestanden 1977 nur noch 47,4 Tsd. Die Belastung der Einkommensklassen von 50% bis 100% des Durchschnittslohns hat 1963 für die Steuerklasse IV, 2 Kinder, zwischen 0 und 8,5% betragen, 1980 beträgt sie 10 bis 16%. Die Umsatzsteuersumme, die 1962 rund 12,0% der jährlichen Lohn- und Gehaltssumme betragen hat, beträgt 1979 bereits 14,4%.

Von den Versprechungen der frühen sechziger Jahre zu den inzwischen eingetretenen Entwicklungen klappt, selbst wenn man nur wenige Punkte herausgreift, ein Abgrund. Die Sozialdemokratie konnte nicht nur nicht erreichen, was sie versprochen hatte, sondern die Entwicklung war in den meisten Punkten exakt gegenteilig.

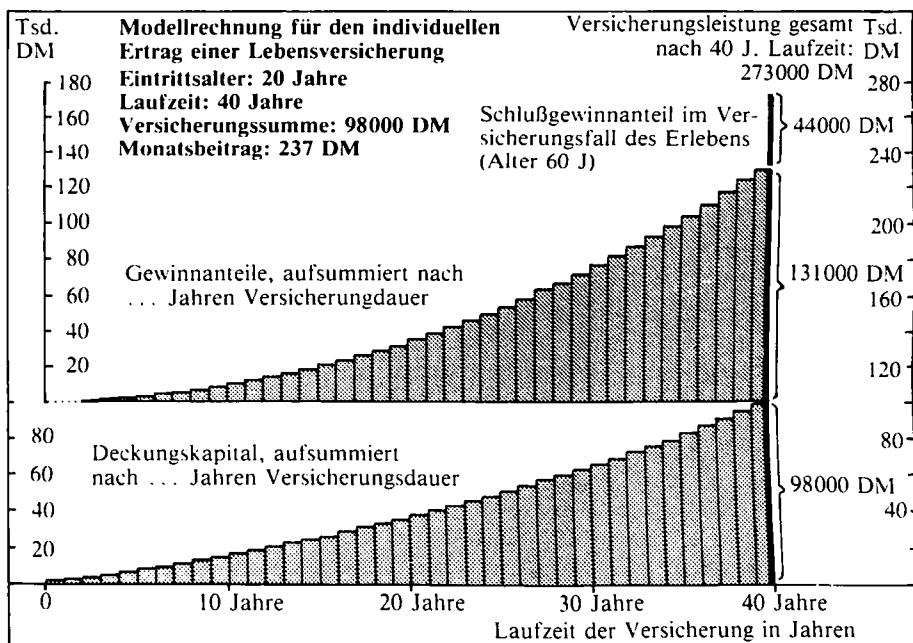
Das politische Konzept dieser Jahre, woher bezog es den Anschein der Vernunft, der dann Stück um Stück abblätterte? 1960 war die Arbeitslosigkeit so gut wie verschwunden. Die verfügbaren Arbeitskräfte waren mobilisiert. Dennoch reichte das Arbeitskräfteheer nicht aus, um die Bedürfnisse der Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt zu decken. Massenhaft wurden die Frauen der Arbeiterbevölkerung in die Produktion, in die Lohnarbeit gerissen. Das Einkommen der Familien stieg steil an, sowohl zog der Individuallohn an, wie durch den Arbeitslohn der Frauen Geld ins Haus kam. Allerdings verteuerten sich die Lebenshaltungskosten der Arbeiterbevölkerung gewaltig. Die verlorene Zeit mußte durch eine ziemlich aufwendige Haushaltsausrüstung immerhin teilweise wieder heringeholt werden. Später sollte sich herausstellen, daß für eine ganze Reihe von Unerlässlichkeiten der Reproduktion der Arbeiterbevölkerung die wegen der Arbeit der Frauen in diesem Maßstab fehlende Zeit durch die Haushaltsinvestitionen gar nicht ersetzt werden konnte. Jedoch befanden sich Sachwerte in Händen der Arbeiterbevölkerung, die in diesem Umfang und mit dieser Qualität vorher bloß in industrieller Anwendung zu sehen waren. Der krasse Augenschein der Besitzlosigkeit des Lohnarbeiters verschwand. Er erschien als Mann, der durchaus nicht mehr von der Hand in den Mund lebt, sondern ein umfangreiches Sachvermögen zu verwalten hat. Das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, wonach der Lohn nur ganz kurz über die Reproduktionskosten der Arbeitskraft steigen kann und zumeist darunter liegt, schien außer Kraft. Durch ei-

Renten: Versicherungsansprüche so gut wie beseitigt

„Wir schaffen die Volksversicherung“ – das war eines der Hauptversprechen der SPD, noch keine 15 Jahre zurück. Bei wuchtigen Beitragssätzen und rapide absinkender Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung können sich private Lebensversicherungen und Banken inzwischen die Werbung sparen: „Wir decken Ihre Versorgungslücke“. – Und in der Tat: Ein Arbeiter mit durchschnittlichem Verdienst zahlte in der gesetzlichen Rentenversicherung im letzten Jahr monatlich 223 DM, sein Kapitalist genauso viel, zusammen 446 DM monatlich. Nach 45 Versicherungsjahren: 15384 DM würde seine Rente im Jahr ausmachen. Aber dies Geld gibt es nicht, sondern es soll durch künftige Beiträge in die Kassen gelangen – soweit

„die Belastbarkeit der Versicherten“ dies zuläßt. Die Rentner mögen also sich mit ihren Ansprüchen an die Versicherten, die Beitragszahler, halten

Anders würde die Sache ausgehen, wenn der Kapitalist gezwungen wäre, nach den Bestimmungen des privaten Versicherungsrechts für den Arbeiter eine Lebensversicherung abzuschließen. Das würde (s. Beispielrechnung unten) über 40 Jahre immerhin ein Kapital ergeben, das die obigen Rentenansprüche selbst ohne Verzinsung mehr als 15 Jahre deckt und auch noch ein paar Jahre Witwenrente. Der Unterschied zur gegenwärtigen gesetzlichen Rentenversicherung: Das Geld wäre da, und bei Selbstverwaltung dieser Versicherung nicht auch erst nach 40 Jahren.



Erläuterungen zu der Modellrechnung: Tarife und Umfang der Gewinnausschüttung wurden in Anlehnung an Angebote der „Volksfürsorge“ angenommen. Dabei ist unterstellt, daß die Größenordnungen der Gewinnausschüttung 1980 über 40 Jahre hinweg durchschnittlich gegeben wären.

Versicherungssumme: Sie wird im Versicherungsvertrag festgestellt und beträgt im Beispiel oben 98000 DM.

Prämie: Je Tsd. der Versicherungssumme wird ein ebenfalls im Versicherungsvertrag festgelegter Beitrag durch den Versicherten aufgebracht. Im Beispiel: 29 DM × 98 ergibt 2842 DM jährlich oder 237 DM im Monat. Summe der Prämie über 40 Jahre: 114 Tsd. DM.

Deckungskapital: Das der Prämie für die bestimmte Versicherung entnommene und zu ihrer Deckung angelegte und samt Zinseszins aufsummierte Geld. In der Regel wird die Entnahme aus der Prämie für das Deckungskapital etwa in der Höhe bestimmt, daß sie nach Ablauf der Versicherung einschließlich Verzinsung (3% jährlich) den Betrag der Versicherungssumme erreicht. Im obigen Beispiel sind dafür 13,30 DM von 29 DM jährlich je Tsd. der Versicherungssumme erforderlich. Der Rest der Prämie steht für „Risikokapital“ (z.B. Todesfälle), Geschäftskosten und Versicherungsgewinne.

ne Kombination von wirtschaftlichem und politischem Kampf, so möchte es scheinen, konnte die Enteignung der Kapitalisten auf kaltem Weg angegangen werden; durch Aufkauf aus erspartem Lohn. Das Trugbild vom Arbeitslohn, höher als die Reproduktionskosten der Arbeitskraft, erwies sich als relativ hartnäckig. Wie auch nicht, wenn ein Arbeiterhaushalt eine technische Ausrüstung im Gegenwert von z.B. in heutigen Preisen 50000 DM braucht, und wenn diese Ausrüstung im Ablauf von 7 Jahren ersetzt werden muß, so findet sich der Arbeiterhaushalt auf der abschüssigen Bahn der Verelendung, der nicht im Laufe dieser Zeit das Nötige ansparen kann und also Geldmittel hat, die weit über den Monatslohn hinausgehen. Eine Familie kann heute 10000 DM Ersparnis haben und dennoch elend dran sein (bloß wird sie's vielleicht erst morgen merken). Die Lohnersparnisse, nach Ansicht sozialdemokratischer Strategen geeignet, um den Kapitalisten wenigstens bei den Aktiengesellschaften die Mehrheit zu entreißen und die parlamentarische Demokratie zu ergänzen durch eine Wirtschaftsdemokratie, doppelteitig sicher durch Mitbestimmung und Aktienmehrheiten auf der Hauptversammlung, waren dem Anschein nach da, in Wahrheit aber festgelegte Etatmittel, unersetzlich notwendig.

Das Konzept dieser sechziger Jahre – und dies war das Konzept, welches

die SPD letzten Endes an die Regierung brachte – versuchte, eine parlamentarische Mehrheit zu bilden, indem die SPD sich auf die Schutzinteressen der selbstarbeitenden Kleineigentümer einschwor und die Lohnabhängigen für diese Interessen zu kämpfen aufrief. Die Interessen der Arbeiterbewegung waren in diesem Konzept bloß soweit aufgehoben, als A und O bei dem Ganzen steigende Löhne waren.

1966/1967 brach die Konjunktur zum ersten Mal nach dem Krieg ein. Die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalistenwirtschaft kamen zur Geltung. Jedoch schien es vielen, daß die Theorie der Sozialdemokratie, wonach auch bei Bestehen kapitalistischer Eigentumsverhältnisse den Krisen durch staatliche Eingriffe zu steuern wäre, durch den konkreten Verlauf dieser Krise eher bestätigt würde als kritisiert. Das erste Aufschwimmen der völligen Falschheit dieser Überlegungen stärkte praktisch die Position der Sozialdemokraten, die in der großen Koalition mit Karl Schiller den Retter der Konjunktur stellen durften. Nun schien klar, daß die Regierungsgewalt ganz in die Finger der Sozialdemokratie in Koalition mit einer in der Opposition geläuterten FDP müßte. Und dann würde Ernst gemacht, mit dem Umsatz der Versprechungen in soziale und politische Wirklichkeit nämlich. 1969 gewann Willy Brandt die Wahlen. 1974 geriet die Kapitalistenwirtschaft abermals in die Krise. Keines der reformi-

stischen Heilkräuter wollte anschlagen. Das Gerede von den Sünden der Vergangenheit, die ausgebügelt werden müßten, damit dann, ja dann aber wirklich usw., wurde so langweilig, daß Helmut Schmidt als neuer Leithammel angestellt werden mußte.

Der Zernierungsprozeß des von Brandt und Wehner ausgekochten strategischen Konzeptes traf die Arbeiterbewegung schmerzlich, aber vor allem in Bezug auf Illusionen. Weil aber diese Strategie, so reich sie an unsinniger Ausmalung künftig bester Zustände gewesen war, in fast allen klassischen Forderungen der Arbeiterbewegung nach Schutzrechten eine weiße Landkarte offenließ, ergab sich für die kämpfende Arbeiterbewegung die Möglichkeit, derartige Forderungen neuerlich zu erheben. Genötigt durch die sozialen und politischen Ergebnisse des letzten Jahrzehntes entwickelte sich in allen Gewerkschaften eine Strömung, die der verdrehten Losung „Eigentum für alle“ sich nicht mehr verpflichtet fühlt und die Sozialdemokratische Partei mit Forderungen nach Arbeiterschuttsrechten und politischen Rechten konfrontiert.

Die Sozialdemokratie befindet sich – zum ersten Mal, seitdem sie an der Regierung ist – politischem und ideologischem Druck seitens der Arbeiterbewegung ausgesetzt. Die Masse von Forderungen, die aus der Richtung „Eigentum für alle“ überblieben waren, konnte die SPD an der Regierung mit dem Hinweis übergehen, daß hier-

Eine der Schwierigkeiten im Kampf gegen den Akkord

Man neigt dazu, die Stunde Akkordarbeit mit der Stunde Zeitlohnarbeit gleichzusetzen. Aber das ist für die BRD und Westberlin falsch. Der – gar nicht untypische – Einzelfall, der in beiden Tabellen berechnet ist, zeigt, daß man die Monatsarbeit von z.B. 168 Stunden im Akkord mit rund 225 Stunden im Zeitlohn gleichzusetzen hat, denn so erfolgt die Gleichsetzung auch über den Bruttolohn. Die Gleichsetzung, die über denselben erzielten Bruttolohn für dieselbe Art von Arbeit erfolgt, bedeutet nicht, daß diese beiden Arten

zu arbeiten aufs gleiche hinauskämen, sondern nur, daß die Wiederherstellungskosten für die verschlissene Arbeitskraft in diesem Fall für 168 Stunden bei diesem Akkordtempo und für 225 Stunden bei Zeitlöhner-Normaltempo über die tariflichen und betrieblichen Bestimmungen für gleich angesetzt sind. Der Siegeszug des Akkordsystems und anderer akkordähnlicher Lohnsysteme, den wir in der BRD und Westberlin feststellen müssen (übrigens untypisch zur Lage in anderen Ländern), trat durch Ausnutzung gerade der Unterschiede ein, die zwischen

der extensiven und der intensiven Arbeitsleistung bestehen. Der Akkordarbeiter in unserem Beispiel ist nach seiner Tagesarbeit von 8 Stunden erschöpft, aber die restlichen 16 Stunden des Tages gehören ihm. Er kann über diese verfügen, freilich bestimmt durch die Notwendigkeiten der Reproduktion und den Grad seiner Erschöpfung. Dennoch erscheinen drei im Erschöpfungszustand auf dem Sofa verbrachte Erholungsstunden immer angenehmer als der Gedanke, diese 3 Stunden auch noch in der Fabrik verbringen zu müssen; dies auch dann, wenn nach diesen 3 Stunden ein Erholungszustand zu spüren ist, der dem Zustand eines Zeitlöhners nach 3 Überstunden genau gleichkäme. Denn man hatte Ruhe in

Lohngruppe 6 im Summarischen Lohnsystem (vergleichbar mit Arbeitswertgruppe 5)

Tariflicher Stundenlohn	8,88 DM
Betrieblicher Aufschlag	+ 1,29 DM
16% Leistungszulage	+ 1,63 DM
Betrieblicher Stundenlohn	= 11,80 DM
168 Std. Normalzeit monatl.	1 982,00 DM
42 Std. Überzeit (25% Zuschl.)	+ 620,00 DM
15 Std. Überzeit (50% Zuschl.)	+ 269,00 DM
225 Std. gesamt ergeben monatl.	2 871,00 DM

Arbeitswertgruppe 5 im Analytischen Lohnsystem (an der Drehbank z.B. drei bis vier Arbeitsgänge)

Tariflicher Akkordrichtsatz	8,88 DM
Betrieblicher Aufschlag	+ 1,29 DM
Vergütete Erholzeit (tarifl.)	+ 0,93 DM
Betrieblicher Akkordrichtsatz	= 11,10 DM
Betrieblicher Minutenfaktor	= 18,50 DM
Bei 21 Arbeitstagen mit zusammen 168 Stunden wurden im August 80 1517 Akkordminuten erreicht (154%):	
1517 Akkordminuten × 0,1850 Pf./Min. = 2 871 DM/Monat	

für die Wirtschaftskraft nun einmal nicht ausreiche. Maßnahmen gegen die Interessen der Arbeiterklasse, an denen es im letzten Jahrzehnt ja nicht gefehlt hat, konnte das Regierungslager deswegen mit achselzuckender Brutalität durchziehen. Jetzt wäre das SPD-Regierungslager gezwungen, der Arbeiterbewegung, die offen Forderungen zum Schutz vor kapitalistischer Profitgier erhebt, offen ins Gesicht zu schlagen mit dem Verweis, dies sei's nun mal, was die Kapitalistenklasse wolle. Da der Konflikt zwischen der regierenden SPD und der kämpfenden Arbeiterbewegung ein immer breiteres Spektrum politischer Gegenstände ergreift, von der Außen-, Rüstungs- und Bündnispolitik bis hin zu den einfachsten Arbeiterschutzberechtigungen, kann die westdeutsche Monopolbourgeoisie mit größeren Schwierigkeiten rechnen. Denn entweder gibt die Regierung den Forderungen aus der Arbeiterbewegung wenigstens punktuell nach – und wo ist der Punkt, an dem sie nachgeben könnte, ohne die Interessen der Monopolbourgeoisie empfindlich zu treffen – oder die Fähigkeit der SPD, die Arbeiterbewegung politisch mit dem kapitalistischen System zu versöhnen, wird abnehmen. – Kampagnen, die auf Ablösung der SPD aus der Regierung zielen, werden weiterhin modern bleiben, das ist gewiß. Und sei es nur, um die Arbeiterbewegung in ein Korsett politischer Mäßigung zwecks Erhalt der SPD als Regierungspartei zu nötigen.

diesen drei Stunden (oder auch mit äußerstem Energieaufwand noch was erledigt), während jener diese selben drei Stunden unter der Fuchtel des Kapitalisten zubrachte und für diesen tätig war. Tückisch bei diesem Vergleich ist folgendes: Dem menschlichen Körper sind durch Abzwingen überintensiver Leistung immer erheblich größere Schäden zuzufügen als durch extensive Ausdehnung. Um ein plumpes Beispiel zu nennen: Man überhebt sich leichter an einer überschweren Last, als man unter der Zeitdauer zusammenbricht, wenn man in kleineren Portionen hebt. Die „Freiheit“ in der Zeit ist also mit großen Schäden erkauft. – Forderungen gegen den Akkord und gegen akkordähnliche Lohnsysteme sind z.B. in den Gewerkschaftstagsdokumenten der IG Metall mit der Lupe nicht zu finden. Und die Lage ist auch wirklich verzwickelt, denn die tarifvertraglichen Regelungen sind so, daß eine Veränderung der Relation zwischen Zeit- und Akkordlohn kaum zu erreichen ist, ohne daß sie wie eine Benachteiligung der ohnehin gequälten Akkordarbeiter aussieht.

Lohn- und (teilweise) Steuerindexierung in Belgien

Es fällt auf: Trotz seit Jahren wesentlich höherer Arbeitslosigkeit in Belgien vermag der westdeutsche Arbeitsmarkt die belgischen Arbeitskräfte nicht anzusaugen. Nicht einmal 10000 belgische Lohnabhängige arbeiten in der BRD, dies bei inzwischen fast 400000 Arbeitslosen.

Dabei ist es der belgischen Finanzbourgeoisie vor allem seit 1975 ungefallen gelungen, den ehemals höheren Lohnstandard unter den westdeutschen zu drücken. Mit der *Lohnindexierung* hatten die Gewerkschaften versucht, dem Betrug durch die Inflation beizukommen. Auf die Dauer erweist sich ein solcher Versuch als Bumerang. In vielen imperialistischen Ländern gibt es Systeme der Lohnindexierung, und sie sind alle verschieden. Gemeinsam ist ihnen, daß der bürgerliche Staat zum Schiedsrichter im Kampf um den Lohn und der Tarifvertrag faktisch unterhöhlt wird.

In Belgien erhöhen sich die Löhne um 2%, wenn die Preise eines staatlich festgelegten Warenkorbes um 2% steigen. Seit Mitte der 70er Jahre nun liegt die Lohnsteigerungsrate nur knapp über der Preissteigerungsrate, und insbesondere zwischen 1975 und 1978 ist es der Arbeiterklasse nur in Ausnahmen gelungen, tarifliche Lohnerhöhungen über den Lohnindex hinaus zu erkämpfen, trotz einer sprunghaften Entwicklung der Intensität und wachsender Reproduktionsbedürfnisse. Diese sind zwangsläufig unbefriedigt geblieben; im Gegenteil ist der Konsum von z.B. Nahrungsmitteln und Kleidung sogar *gesunken*. Gerade in Zeiten einer Krise und unter dem Druck einer großen industriellen Reservearmee muß die Lohnindexierung den Tarifkampf hemmen. 1980 z.B. forderten die Gewerkschaften Lohnerhöhungen zwischen 3 und 4 bfr (18–25 Pf.). Für eine solche Forderung, die bei Lohnindexierung alles in allem nicht einfach niedrig ist, läßt sich ein Streik jedoch kaum organisieren, wenn 5 oder 6% „garantiert“ sind.

Dennoch sind die Lohnsenkungen nicht so durchgeschlagen, wie dies zu erwarten wäre. Die Gewerkschaften haben ihre Forderung nach Indexierung der (für Lohnabhängige wie Kapitalisten geltenden) Einkommenssteuer zu geringem Teil durchsetzen können. Aber eben nur zum Teil. Immerhin werden jährlich die sog. „Steuerscheiben“ neu festgelegt und

die „Scheiben“ für die untersten Einkommen an die Einkommensentwicklung angepaßt. Wie weit, hängt wesentlich von der Schlagkraft der Gewerkschaftsbewegung ab.

In den Auseinandersetzungen 1977 für die Steuern 1976 z.B. hatte der Gewerkschaftsbund ABVV/FGTB die vollständige Steuerindexierung bis zu dem versteuerbaren Einkommen von 300000 bfr gefordert, was ungefähr dem Durchschnittslohn entsprach, und die vollständige Indexierung bis 250000 bfr und eine teilweise und abnehmende Indexierung bis 500000 bfr erreicht. Betroffen waren davon 45 bzw. 35% der Lohnabhängigen und 32 bzw. 48% der „Selbständigen“. Dennoch sind es im wesentlichen nur die unteren Lohngruppen, die nicht automatisch mit jeder Preiserhöhung in die Falle der Steuerprogression geraten. Für rund 30% der Lohnabhängigen in diesem Bereich ist die Steuerlast – z.T. wesentlich – niedriger als für die entsprechenden Lohngruppen in der BRD; für die Facharbeiterlöhne ist sie jedoch höher. Hier wirkt die Progression umso stärker. Das erklärte Ziel der Gewerkschaft ist die automatische Steuerindexierung auf *Löhne* und niedrige Einkommen bei verstärkter Progression für die hohen Einkommen.

Die Niederlage im Kampf um den Lohn kann jedenfalls leicht einen falschen Eindruck von der tatsächlichen Kampfstärke der belgischen Arbeiterbewegung erwecken. An verschiedenen Fronten hat sie Schranken ziehen, Arbeiterrechte erkämpfen und behaupten können, die die westdeutschen Kapitalisten gegenüber der Arbeiterklasse bisher entweder verhindern oder einreißen konnten. Die 38- und teilweise die 37-Stundenwoche sind für den größten Teil der Lohnabhängigen tarifvertraglich durchgesetzt. Besonders bitter kommt es die Kapitalisten an, daß sie nicht durch unbegrenzten Zugriff auf die Arbeitslosen die Konkurrenz unter den Arbeitern so schüren können, wie sie das wollen. Das Arbeitslosengeld muß für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt werden und ohne alle erpresserischen Bedingungen. Diese und andere Schranken versucht die Finanzbourgeoisie zur Zeit gewaltsam niederzureißen (s. S. 8). Gelingt ihr das, wird dies auch die Arbeiterklasse in der BRD zu spüren kriegen, und zwar über den Arbeitsmarkt.

Streik der britischen Seeleute

Rund 200 Hochsee-, Küsten- und Fährschiffe lagen in der letzten Woche fest, und ihre Zahl vergrößert sich täglich: Seit dem 12.1. befinden sich die britischen Seeleute für ihre Forderungen nach 19% Lohn-erhöhung im Streik. Die Reeder – sie bieten 12% – fürchten ähnliche Verluste wie durch den großen Seeleute-streik 1966. Auf Flugblättern und in Funksprüchen drohen sie, „Billigflaggenschiffe“ zu chartern und die britischen Seeleute durch solche aus Ländern der Dritten Welt zu ersetzen. 14 Schiffe seien schon verkauft. Die Gewerkschaft weitet ihre Aktionen unbeeinträchtigt aus.

Italien: Streikwelle im Transportwesen

Die Besatzungen der italienischen Fähren und Schlepper streikten Anfang Januar, u.a. um Festeinstellung auf den Fähren durchzusetzen. Bisher wird ein Großteil jeweils zu Saisonschluß entlassen. Vom 19. bis 25.1. legten die Piloten der staatlichen Fluggesellschaften den Luftverkehr mit einem einwöchigen Streik weit-

Landau/Isar. 3000 Menschen beteiligten sich am 17. Januar am Sternmarsch gegen die Schließung des Grundig-Werks am Ort, darunter 500 Grundig-Beschäftigte aus anderen Werken. Schleinkofer, Bezirksleiter der IG Metall, forderte die Hinausschiebung der Werksstillegung bis zum Jahresende, zwecks Zeitgewinn. Die Verlautbarung des Wirtschaftsministers vom Tag zuvor: „Mit Glück gelingt ein angehend nahtloser Übergang (zu neuen Arbeitsplätzen), mit Pech dauert es etwas länger“, hat die Beschäftigten nicht vom Kampf abgehalten.

gehend lahm. Die Piloten, die erheblich niedrigere Gehälter als in anderen westeuropäischen Ländern kriegen, fordern u.a. Gehaltserhöhungen um ca. 1,3 Mio. Lire (2765 DM) im Monat. Zu dem Streik hatte nach fünf Monaten ergebnisloser Verhandlungen der Pilotenverband aufgerufen, die Gewerkschaften beteiligten sich nicht. Die Besatzungen der italienischen Hochseeflotte werden bis zum 16.2. insgesamt 72 Stunden streiken. U.a. kämpfen sie damit gegen den Plan der Reeder, durch einen „Ausgleichsfonds“ um feste Arbeitsverträge herumzukommen.



Tarifnachrichten

1. Metall:

Die Kapitalisten bieten im Tarifbezirk Südbaden am 1. Verhandlungstag, dem 15.1., 2,5%. Die IGM erklärt, daß ein neuer Verhandlungstermin erst dann wahrgenommen wird, wenn die Kapitalisten mit einem „beachtlich höheren Angebot kommen“.

Gegen Äußerungen von Stihl, Vorsitzender des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württembergs, die Facharbeiter seien gegen eine stärkere Berücksichtigung der unteren Lohngruppen, schlägt die IGM Stuttgart den Mitgliedern in einem Flugblatt vor, mit Unterschriftenlisten, Briefen und Postkarten Stihl klarzumachen, daß die 107 DM von allen IGM-Mitgliedern unterstützt werden.

2. Stahl:

Eine Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 7% hat die Tarifkommission der IG Metall für die rund 210000 Beschäftigten der NRW Stahlindustrie in Mülheim gefordert. Zuvor soll durch eine anrechenbare Vorweganhebung der tarifliche Ecklohn der Stahlindustrie auf den Ecklohn der NRW Metallindustrie, d.h. von 9,12 DM auf 9,35 DM, angehoben werden. Die Tarifkommission hat mit 78 gegen 32 Stimmen für diese Forderung gestimmt. In der Ecklohngruppe 1 sind das 19 Pfennig, in der Lohngruppe 9 28 Pfennig.

3. Öffentliche Dienste:

Der ÖTV-Hauptvorstand schlägt eine Lohnforderung von 7% vor. Am 26./27.2. soll über die Tarifforderung entschieden werden. Als erster Verhandlungstag ist der 6.3. ins Auge gefaßt.

4. Druckindustrie:

Lohnerhöhungen von 9%, mindestens aber 87 Pfennig die Stunde haben Betriebsräte und Vertrauensleute der großen Zeitungsverlage und Druckhäuser aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland gefordert. Der Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saar ist damit der erste, der gegenüber der Tarifkommission der Gewerkschaft eine Empfehlung abgegeben hat. Die Tarifkommission tagt zum ersten Mal am 25.2.

Für die rund 113000 Beschäftigten der Papier-, Papp- und Kunststoffverarbeitenden Industrie fordert die IG Druck 8%. Der Tarifvertrag läuft Ende Januar aus.

5. Textil/Bekleidung:

Die Gewerkschaft Textil-/Bekleidung fordert für die Beschäftigten in Textilreinigungsbetrieben: für die kaufmännischen Angestellten eine Vorweganhebung um 4,6%. Für drei Sonderlohngruppen eine Vorweganhebung um je 50 Pfennig. Tarifierhebung insgesamt um 7,2%. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um einheitlich 40 DM. Erhöhung der Jahressonderzahlung. Der geltende Lohnstarif läuft am 28. Februar aus.

6. Chemie:

Am 25. Februar findet in Gelsenkirchen die zentrale Zusammenkunft aller Tarifkommissionen der IG Chemie statt. Die Lohn- und Gehaltstarife laufen in den drei wichtigsten Chemiebezirken Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz Ende März ab.

7. Handel:

Die Lohn- und Gehaltstarife für den Groß- und Einzelhandel laufen am 31.3. für den Bezirk Nordmark aus.



Wie auf dem Foto sah es zwischen dem 19. und 25.1. auf weiten Teilen des französischen Eisenbahnnetzes aus. Der Streik eines großen Teils der 14000 Lokführer führte zu 50%iger Reduzierung des Zugverkehrs im gesamten Netz, im Westen und Südwesten des Landes lag die Streikbeteiligung bei über 80%. Die Eisenbahnergewerkschaften der beiden Dachverbände CGT und CFDT sowie die autonome Lokführergewerkschaft hatten zur Arbeitsniederlegung aufgerufen, um die Rücknahme des Erlasses über die Reduzierung des Lokpersonals von zwei Personen auf eine Person zu erreichen. Zweitens forderten sie, daß den Führern der Güterzüge aufgrund der 25%igen Verringerung der Fahrten keine Lohnnachteile wegen Verringerung der gefahrenen Kilometerzahl entstehen. Schon in den letzten Monaten hatten massive Rationalisierungsmaßnahmen zur Durchlöcherung der bisher gewährten zwei zusammenhängenden Ruhetage geführt.

Betriebsratswahlen

CGB: Konzept gegen Einheitsgewerkschaft

Bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen wird der Christliche Metallarbeiterverband (CMV) in einigen Großbetrieben der Metallindustrie Bayerns mit eigenen Listen kandidieren, so z.B. bei Fichtel & Sachs in Schweinfurt und bei der MAN AG im Werk München. Bei Fichtel & Sachs stellt der CMV zusammen mit der DAG bisher 25% der Betriebsräte. Bei MAN sind acht von 33 Betriebsräten beim CMV, einschließlich eines Betriebsrates, der auf einer christlichen Ausländerliste kandidiert hatte. Die übrigen Betriebsräte gehören der IG Metall an. Das Stimmresultat bei den Betriebsratswahlen 1978 im Werk München war bei den Arbeitern 1 102 für den CMV und 3 465 für die IGM; bei den Angestellten 552 für den CGB und 1 131 für die IGM. Von den rund 10 000 Beschäftigten der MAN AG, Werk München, sind etwa 35% Mitglieder der IG Metall, die Mitgliederzahl des CMV ist nicht bekannt.

Gegründet wurde der Christliche Gewerkschaftsbund 1955. Anläufe dazu, gewisse Teile der Arbeiter und Angestellten aus der Arbeiterbewegung herauszuberechnen, gab es allerdings schon früher. So erklärte 1947 der damalige CSU-Vorsitzende Josef Müller auf der Gründungskonferenz der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft (CSA) als Arbeitsgemeinschaft der CSU: „Wir haben heute die Einheitsgewerkschaft, und das Problem der Einheitsgewerkschaft beschäftigt viele unserer Freunde. Wir können noch nicht feststellen, daß die Einheitsgewerkschaft schon ein gelungener Versuch wäre. Deswegen wollen wir nicht damit jetzt etwa eine eigene Gewerkschaft bilden, eine solche vielleicht – ich sage es ehrlich heraus, damit es anderswo verstanden wird – schon bilden. (...) Wenn die Einheitsgewerkschaft nicht neutral ist, dann sind wir so kräftig, daß wir selbständig handeln können!“

Allerdings erst nach der Niederlage im Streik der Metallarbeiter Bayerns von 1954, als der sozialdemokratische Innenminister Hoegner als Mitglied der CSU/SPD-Regierung Polizei gegen Tausende von Arbeitern einsetzte, und nachdem die KPD im Zuge der Illegalisierung ihren politischen Einfluß auf die Arbeiterbewegung weitgehend verloren hatte, konnte das Projekt einer Spaltergewerkschaft von der christlich-konservativen Reaktion in die Tat umgesetzt werden.

Zahlenmäßig bedeutende Teile der Beschäftigten konnten die christlichen Gewerkschaftsverbände nie organisieren. 1966 trat sogar der größte Teil des CMV mitsamt Vorsitzendem zur IG Metall über.

Mit dem programmatischen Grundsatz „Soziale Partnerschaft statt Klassenkampf“ war es allerdings auch nie das Ziel der christlichen Gewerkschaft, sich als Einheitsgewerkschaft an die Stelle des DGB zu setzen. Forderungen wie „Investivlohn“, „schwerpunktmäßige Förderung der Familie“, „gegen Leistungsfeindlichkeit“ zielen auf die Schaffung politischer Gegensätze in der Arbeiterbewegung und Zutreiben von Teilen in die Arme der Reaktion.

Der „Bayernkurier“ (24.1.81) verlangt Erleichterung für die Aufstellung von Spalterlisten. So soll für das Einreichen eines Wahlvorschlages nicht mehr erforderlich sein, Unterschriften von 10%, bzw. höchstens 100 Wahlberechtigten vorzulegen.

Metall

Kampf um Abschaffung der Lohngruppe II

Seit dem 15.12.80 verhandelt die IG Metall erneut über die Abschaffung der Lohngruppe (LG) II in Schleswig-Holstein. Bereits seit 1975 ist der Lohnrahmentarifvertrag gekündigt. Ziel der Verhandlungen ist: 1.) Die LG II wird ersatzlos gestrichen. 2.) Die Tätigkeitsgruppe 3 erhält folgenden Text: „Einfache Arbeiten, die nach einer systematischen Unterweisung bis zu 6 Wochen ausgeführt werden können.“ Dies entspricht der jetzigen Definition



der LG II allerdings ohne den Hinweis auf „leichte körperliche Arbeit“.

Damit wäre der niedrigste Satz nicht mehr 80,5% vom Ecklohn, sondern 85% (in DM/h 7,94 statt 7,53). Betroffenen wären davon 8,76% der 32 312 von der IG Metall erfaßten Beschäftigten in der Metallindustrie. Besondere Massierung gibt es vor allem bei den großen elektrotechnischen Betrieben wie Storno, Danfoss, HDW, Hagenuk, ELAC, DETEWE sowie Hell.

Zum Auftakt der Aktion „Die LG II muß weg!“ führte die IG Metall bereits im Herbst eine Fragebogenaktion durch, die die Tätigkeit in LG II erfassen sollte. Die Auswertung ergab, daß es sich durchweg nicht um leichte Arbeit handelt, weil oft stumpfsinnig, oder aber die Tätigkeiten nicht einfach sind, da ein hohes Maß an Geschicklichkeit erforderlich ist, zumal dann, wenn mit Akkord gekoppelt (Hell-Kapitalisten: Wir freuen uns über den hohen Anteil an weiblichen Mitarbeitern wegen ihrer besonderen Fingerfertigkeit). Im Vorfeld und parallel zu den Verhandlungen wurde – nicht ohne Erfolg – auf betrieblicher Ebene bei Danfoss, Storno, Hagenuk, DETEWE, HDW, Drägerwerk u.a. über Höhergruppierungen verhandelt. Bei Schmalbach-Lubeca wurden alle Frauen in LG II höher gestuft, nachdem 50 der 90 Arbeiterinnen Rechtsschutzanträge gestellt hatten.

Bei Hagenuk wurde am 15.12. von den Frauen in LG II gestreikt und ein gemeinsamer Gang vom Arbeitsplatz zum Betriebsrat organisiert. In Flensburg wurden bei einer Unterschriftenaktion im ersten Anlauf über 2 000 Unterschriften gesammelt.

Zur Zusammenfassung der Aktionen führte die IG Metall am 15.1. eine Veranstaltung durch, zu der über 1 500 Teilnehmer kamen. Aus den Berichten der Betriebsräte wurde deutlich: Ohne Kampf geht es nicht. Die Kapitalisten wollen an der LG II festhalten. Sie sei historisch gewachsen und von der Lohnstruktur her notwendig. Empörung erntete die Behauptung des Vor-

sitzenden des schleswig-holsteinischen Arbeitgeberverbandes, daß es sich bei dieser Arbeit nur um einen „Nebenjob“ handle. Dazu war eine Auflistung vom Lohn und den Ausgaben einer Mutter mit zwei schulpflichtigen Kindern in LG II aufgestellt:

Lohn einschließlich aller Zulagen u. Abzüge	1925 DM
gesetzl. Abgaben	553 DM
Miete	500 DM
Zeitung, Radio	78 DM
Bus	39 DM
Schulsachen	20 DM
IGM-Beitrag	15 DM

Danach blieben noch 271 DM pro Person zum Leben. Auf dieser Veranstaltung wies der Bezirksleiter der IGM Hamburg, Otto v. Steeg, das Lohnangebot der Kapitalisten von 2,5% als „Unverschämtheit“ zurück und erklärte, an dem Mindestbetrag von 125 DM festzuhalten. Zur Unterstützung der Verhandlungskommission forderte er die Beschäftigten zur „Unruhe in den Betrieben“ auf. Am 22.1. sind die Verhandlungen von der Verhandlungskommission der IGM als gescheitert erklärt worden. Bei Bestätigung macht dieser Schritt Arbeitskampfmaßnahmen legal.

HBV

Kampf um Absicherung des 13. Monatsgehaltes

In den größeren Betrieben der Branchen Handel, Banken und Versicherungen sind betriebliche Sonderzahlungen wie das 13. Monatsgehalt üblich. Die Notwendigkeit solcher Zahlungen liegt für die Arbeiter und Angestellten darin begründet, daß sie jährlich oder halbjährlich anfallende Rechnungen mit diesen Beträgen begleichen müssen (z.B. Kfz-Versicherung, Heizolrechnung u.ä.) oder größere Anschaffungen machen müssen. Deshalb halten sie an den Sonderzahlungen hartnäckig fest.

Die tarifliche Absicherung des 13. Monatsgehaltes konnte von der Gewerkschaft HBV bei den Banken, den Versicherungen und der Wohnungswirtschaft durchgesetzt werden. Im Handel hängt die betriebliche Sonderzahlung im wesentlichen von der Größe und Stärke der Belegschaft ab. Während die Beschäftigten der Warenhauskonzerne bislang durchweg mit einem 13. Monatsgehalt rechnen konnten, wurden Beschäftigte eines Einzelhandels-Filialisten (300 Beschäftigte) z.B. mit 200 DM Weihnachtsgeld abgespeist. Im Jahr 1980 gelang im Einzelhandel die tarifliche Absicherung von 15% des tariflichen Monats-

entgelts, die bis zum Jahr 1984 auf 40% erhöht wird.

Bei der Karstadt AG wurde 1980 1/2 des Jahresgehalts 1979 (ohne Einmalbezüge) als „Jahresabschlußvergütung“ gezahlt. Die Jahresabschlußvergütung wird jährlich von der Konzernleitung festgesetzt, vorbehaltlich der Zustimmung der Hauptversammlung. Sie wird mit dem Junigehalt ausgezahlt und gilt als Vorschuß. Bei Ablehnung der Aktionäre auf der Hauptversammlung Anfang Juli mußte das Geld zurückgezahlt werden.

Die Kapitalisten versuchen bei jeder Gelegenheit, die tariflich nicht abgesicherten Bestandteile des Lohns abzubauen. In drei Filialen der Landesbank Schleswig-Holstein ist das 14. Monats-

gehalt, das bisher übertariflich gezahlt worden war, auf 80% des Gehalts gekürzt worden.

Die Karstadt-Konzernleitung nutzt das Jubiläumsjahr 1981, wo eine Jubiläumsgratifikation gezahlt wird, um die Jahresabschlußvergütung um die Hälfte zu kürzen. Die Gratifikation beträgt 1/24 des Jahresbruttoverdienstes zuzüglich einem Grundbetrag zwischen 50 und 1350 DM je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit. Sie ist bis 1200 DM steuerfrei, deshalb haben die Beschäftigten netto mehr in der Tasche als im Vorjahr mit ungekürzter Abschlußvergütung. Die Betriebsräte haben sich zusichern lassen, daß die Kürzung der Abschlußvergütung nur für 1981 gilt.

1981: Jahr der Behinderten

Auch ohne Krieg immer mehr Behinderte, Materialien zu Arten und Ursachen

1981 ist das Jahr der Behinderten. Das ZDF ließ eine Woche lang jeden Abend „Behindertenschicksale“ über den Bildschirm flimmern. „Einander verstehen – miteinander leben“, „Barrieren abbauen“ – insgesamt sehr viel Zwischenmenschliches war zu sehen. Ganz sicher folgen in nächster Zeit klebrig teilnahmevolle Ansprachen von Landesvätern und ähnlichem mit wässrigem Blick und zittriger Stimme. Wir haben demgegenüber einige Materialien zusammengestellt, die einigen Aufschluß über die Ursachen von Behinderungen geben.

1962 lebten in der BRD und Westberlin 3,7 Mio. Behinderte, 6,6% der Wohnbevölkerung. 1966 waren es 4,1

Mio. (6,9%) und 1976 4,3 Mio. (7,2%). Auch ohne Krieg stößt der BRD-Imperialismus nicht nur die gleiche, sondern sogar eine steigende Anzahl Behinderter aus. Jahr für Jahr ist ein Zugang an Renten wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit um ca. 260000 zu verzeichnen. Wurden 1962 und 1966 vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der Mikrozensus-Erhebung noch aufgeschlüsselt nach den Ursachen der Behinderungen gefragt, so verschante man sich '76 zweckvoll verhüllend hinter den groben Kategorien „Unfall, Krieg und Sonstiges“. Aber auch an der Auflistung der geistig und körperlich Behinderten nach Behinderungsarten und ihrer Entwicklung und aus der Tabelle 2 lassen sich einige Rückschlüs-

1. Behinderte nach ausgewählten Arten der Behinderung (in 1000 und %)

	1962		1966		1976	
Sehbehinderung	154	5,4%	254	6,3%	199	6,0%
Hörbehinderung	57	2,0%	113	2,8%	127	3,9%
Verlust/Verkrüppelung der Gliedmaßen	1095	38,4%	1343	33,1%	1025	31,1%
Rücken, Wirbelsäule	122	4,3%	244	6,0%	321	9,7%
Nerven- und Geisteskrankheiten	226	7,9%	533	13,1%	431	13,1%
Atmung, Verdauung	323	11,3%	411	10,1%
Herz- und Kreislauf	163	5,7%	506	12,5%
chron. Krankheiten/Fehlbildung innere Org.	872	26,4%

2. Behinderte, deren berufliche Rehabilitation 19.. abschließend bearbeitet wurde, nach ausgewählten Ursachen der Behinderung

	Angeboren	Bundeswehr	Kriegsbeschäd.	Arbeitsunfall	Berufskrankh.	Verkehr	insges.
1972	7408	624	2624	6277	1354	2109	82080
1974	10218	642	2884	6670	1723	3553	100256
1976	13557	610	2203	6462	1741	4002	112059
1977	16442	626	1474	5904	1559	4081	114221



Den Behinderten der niedersächsischen Werkstätten für Behinderte soll das Einkommen zwischen 25 und 45% gestrichen werden; Begründung: Eigenbeteiligung an der Rehabilitation. Der Durchschnitts„verdienst“ liegt bei 170 DM. Das Bild zeigt Behinderte in der Göttinger WfB.

se vornehmen, die nicht unbedingt abenteuerlich sein müssen.

Der relativ konstant hohe Anteil von Verlusten und Verkrüppelungen der Gliedmaßen ergibt sich aus einem stetigen Austausch der Kriegsverletzten mit Verkehrs- und Betriebsunfällen. So fielen von 2022 abschließend bearbeiteten beruflichen Rehabilitationen 1978, die durch Amputationen nötig wurden, 611 auf Arbeitsunfälle, 333 auf Verkehrsunfälle, 253 auf Kriegsverletzungen, 341 auf andere Unfälle. In ähnlicher Weise ist der Anstieg an Wirbelsäulen- und Rückenbehinderungen zu deuten – ein Ausdruck wachsender einseitiger Belastung in der Produktion. Ebenso die Zunahme von inneren Verschleißerkrankungen (Atmung, Herz-Kreislauf, chronische Krankheiten). Auch hier haben die Statistiker im Laufe der Jahre zweckvoll von einer detaillierten Unterteilung Abstand genommen. Der explosive Anstieg angeborener Behinderungen (Tab. 2) wird nicht unwesentlich Ausdruck unterhöhlten Mutterschutzes im Zuge der Einsaugung weiblicher Arbeitskraft in die Produktion sein. Dies sieht man auch indirekt an der Verteilung der Behinderungen auf Männer und Frauen, wenngleich das Statistische Bundesamt bemüht ist, den Wandel ausschließlich auf das Aussterben der männlichen Kriegsverletzten zu schieben, was wirklich absurd ist in Anbetracht der steigenden Zahl von Behinderten.

Anteil an den Behinderungen

	Frauen	Männer
1962	24,3%	75,7%
1966	31,7%	68,3%
1976	48,5%	51,5%

Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich ab, daß die Kapitalisten sich zunehmend von der Last, Behinderte in den Produktionsprozeß zu integrieren, be-

freien, sie ausstoßen und auf abgesonderte profitablere Arbeitsmärkte à la Werkstätten für Behinderte (WfB) verfrachten. Der Anteil der Schwerbehinderten an den Arbeitslosen betrug in den letzten Jahren in absoluten Zahlen und nach Prozentanteilen: 1967: 12545 / 2,7%; 1970: 5120 / 3,4%; 1976: 37364 / 3,5% und 1979 (März): 60981 / 6,4%. Nach dem Schwerbehindertengesetz sind private Kapitalisten und der Öffentliche Dienst verpflichtet, bei mehr als 16 Arbeitsplätzen 6% mit Schwerbehinderten zu belegen. Im Oktober '77 betrug die Pflichtplatzbelegung nur 4,5% (4,2% Kapitalisten, 5,1% Öff. Dienst). Dem entspricht die Ausweitung des abgesonderten WfB-Arbeitsmarktes: 1973: 17758 WfB-Plätze; 1976: ca. 30000; hochgerechneter Bedarf für 1980: 120000.

Schüler Gegen Wehrkunde und BAFöG-Einfrierung

Beratungen über eine landesweite Zusammenarbeit haben am 10.1. zwischen der DGB-Jugend Bezirk Nordmark und den Vorständen der Landeschülervertretungen der berufsbildenden Schulen und der Gymnasien in Schleswig-Holstein stattgefunden.

Gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts wurde eine Erklärung verabschiedet, in der es u.a. heißt: „... Wir lehnen die Einführung des Wehrkundeunterrichts entschieden ab ... Wir lehnen es ab, daß in der Schule die Verhältnisse der Bundeswehr, die vielen von uns gut bekannt sind, und die Verteidigungspolitik, die gerade in der letzten Zeit öffentlich der Kritik unterliegt, z.B. öffentliche Vereidigungen, Nachrüstungsbeschluß über die

Stationierung von Mittelstreckenraketen, Finanzierungsprogramm des „Tornado“ usw., uns einseitig in der Schule vermittelt werden sollen. Deshalb fordern wir die Kultusministerkonferenz und besonders auch Apel auf, seine Absicht, Wehrkundeunterricht einzuführen, fallenzulassen.“ Folgende Forderungen wurden festgelegt: Keine Bundeswehrpropaganda durch Jugendoffiziere im Unterricht! Kein Wehrkundeunterricht an den Schulen!

Im Februar führen die LSVen eine Podiumsdiskussion durch, zu der der Bundesverteidigungsminister Apel und der Kultusminister Bendixen eingeladen sind, um zu den Forderungen der Schüler Stellung zu nehmen. Gegenüber der von der Bundesregierung beschlossenen Einfrierung der BAFöG-Sätze führt die GEW unter den Studenten bundesweit und die Landeschülervertretung der Berufsschulen in Schleswig-Holstein eine Unterschriftensammlung durch (in einem Monat unterschrieben über 1100 Schüler). Die Erzieherfachscherler stehen seit Januar 1980 im Kampf gegen die BAFöG-Rückstufung durch das Kultusministerium. Eine Entscheidung steht bevor. Die Forderungen der Unterschriftensammlung und der Aktionseinheit



Kiel: 400 Erzieherfachscherler demonstrieren gegen die BAFöG-Kürzung und für den Erhalt des Fachschulstatus.

sind: Erhöhung des Förderungshöchstsatzes für Schüler auf 565 DM (bzw. 680 DM) und für Studenten auf 750 DM! Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1500 DM! Jährliche Anpassung der BAFöG-Leistungen an die steigenden Lebenshaltungskosten! „Für eine bessere Ausbildung in Schule und Betrieb“ ist das Motto einer landesweiten Demonstration, die am 7.3. in Kiel stattfinden soll mit obigen Schwerpunkten. Forderungen zur Ausbildungssituation, insbesondere zum Unterrichtsausfall, zur Facharbeiterausbildung und zu politischen Schülerrechten sollen ebenfalls Bestandteil sein. Sie werden in einem Aufruf der Landeschülervertretungen zusammengefaßt.

Umgliederung des Territorialheeres

Zusätzlich 984 Panzer und 384 Feldhaubitzen als „Reserven für die Vorneverteidigung“

Nach Mitteilung des Wehrbereichskommandos VI in München wird in den nächsten Monaten mit der Umgliederung des Territorialheeres begonnen. Generalmajor Kessler gab am 16. Januar im Münchner Merkur die Ziele der Umgliederung für Bayern bekannt: Schaffung zusätzlicher Kampfkräfte in der Stärke von über einer Division; Bildung von zwei Heimatschutzbrigaden und ihre Ausrüstung mit Panzern und Artillerie; Aufstellung von drei Heimatschutzregimentern – „Altbayern“, „Schwaben“, „Franken“ – mit schweren Waffen.

Das Territorialheer ist, wie das Feldheer, Bestandteil der Bundeswehr. Während das Feldheer jedoch unter NATO-Oberbefehl steht, verbleibt das

Mörsern und kleinen Flugabwehrkanonen. Außerdem war die Kommandostruktur ortsfest eng an die staatlichen Zivilverwaltungen – Länderregierung, Bezirksregierung und Kreisverwaltung – angegliedert.

„Das Ganze“ – so General a.D. de Maiziere – „ist einem Spinnwebnetz vergleichbar, das über das Territorium der Bundesrepublik ausgebreitet ist. Bleibt man bei diesem Bild, dann gleichen die NATO-Truppen den Spinnen, die sich frei auf diesem Netz bewegen können.“ So die Vorstellung der Generalität.

Die volle Mobilmachung erfolgt sofort nach Beschluß des Bundestages über das Eintreten eines Spannungsfalles. Innerhalb von 3 Tagen soll dann das Territorialheer auf etwa 370 000

(„Kampftruppen“, Jahrg. 76). Das Territorialheer müsse geteilt werden in Sicherungseinheiten und in weniger kleinkariert denkende Verfügungstruppen, die mit entsprechender Bewaffnung zu einem operativen „Partner“ der NATO-Landstreitkräfte werden können.

Nachdem der Warschauer Pakt in den 70er Jahren seine Luftlande-Divisionen von fünf auf zwölf mehr als verdoppelte, die NATO mit der Planung der Mittelstreckenraketen-Stationierung massive Aufstellung feindlicher Panzerverbände durchkreuzte, gingen die westlichen Imperialisten von punktuellen Panzervorstößen des Warschauer Paktes und verstärkter Luftlandetätigkeit im rückwärtigen Gebiet aus. Die NATO würde dann durch massive Panzerabwehr die Vorstöße stoppen und mit Panzerverbänden auf feindliches Gebiet vordringen, um den Nachschub des Feindes zu unterbrechen. Durchgebrochener Feind wäre dann die Angelegenheit der aufzustellenden Verfügungstruppen, damit die NATO-Truppen weiter vorwärts „verteidigen“ können.

Für diese „unmittelbare Kampfunterstützung der NATO-Truppen bei örtlichen Krisensituationen auf dem Gefechtsfeld“ wird das Territorialheer jetzt um- und aufgerüstet. Das Weißbuch 79 schreibt dazu: „Sechs Heimatschutzbrigaden werden in ihrer Gliederung und Ausrüstung den Panzergrenadierbrigaden angeglichen. Auch sie haben vier Kampfataillone und ein Artilleriebataillon. Sie werden mit Kampfpanzern, gepanzerten Mannschaftstransportwagen, Panzerabwehrraketen-Systemen und Artillerie ausgerüstet.“ (Weißbuch 79, S. 152) Dazu kommen sechs weitere Heimatschutzbrigaden als Geräte-Einheiten, die im Kriegsfall mobil gemacht werden. „Zusätzliche Großverbände werden als Reserven für die Vorneverteidigung verfügbar“ faßt das Weißbuch trocken zusammen.

Die Umstrukturierung des Territorialheeres unter westdeutschem Kommando ist ein wichtiger Bestandteil der Vorbereitung des Waffenganges. Mit zusätzlichen 984 Kampfpanzern, 384 schweren Feldhaubitzen und 216 Mannschaftstransportwagen soll die Offensive abgesichert werden. 370 000 schwerbewaffnete Soldaten unter ausschließlich westdeutschem Oberbefehl stärken zudem die militärische Position der BRD-Imperialisten in der NATO erheblich



Territorialheer auch im Krieg unter nationalem Befehl – Oberkommandierender ist der Inspekteur des Heeres.

Parallel zur Umstrukturierung des Feldheeres von 33 auf 36 Brigaden mit erhöhter Feuerkraft wird auch eine Umgliederung des Territorialheeres vorgenommen. Seine bisherige Aufgabe war die Gewährleistung der Operationsfreiheit für die NATO-Streitkräfte auf dem Boden der Bundesrepublik. Mit 24 Jägerbataillonen, Sicherungsbataillonen und -kompanien sollten Objekte und festgelegte Räume gegen Luftlandeoperationen, Banden und Spionagetätigkeit verteidigt werden. Entsprechend bestand ihre Ausrüstung im wesentlichen aus LKWs, leichten

Mann aufgefüllt werden – die gleiche Kriegsstärke wie das Feldheer.

Mitte der 70er Jahre wurde gefordert, daß „im kommenden Jahrzehnt eine bewußte Abkehr vom „Sicherungs-Kompanie-Denken“ erfolgen müsse (H. Walitschek in „Kampftruppen“, Jahrg. 76). „Stattdessen wird das Territorialheer eine bewußte Zuwendung zu dynamischer, die großen Zusammenhänge berücksichtigender, also einheitlicher Operationsführung machen; das kann nur mit Hilfe nationaler Verbände und Großverbände geschehen, die großräumig mit den NATO-Landstreitkräften im Sinne etwa einer koordinierten Landkriegsführung zusammenwirken können“

Kostendämpfung Statt mehr Stellen, Krankenschwester verurteilt

Hamburg. Am 8.1.81 wurde die Krankenschwester Rosemarie N. wegen „Freiheitsberaubung“ und „mehrfacher Körperverletzung“ zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Sie ist jetzt 60 Jahre alt und hat bis vor zwei Jahren in der geschlossenen Abteilung der Alsterdorfer Anstalten eine Station für 29 schwerstbehinderte Frauen geleitet.

Zwischen 1976 und 1979 soll sie neunmal Patientinnen geschlagen, getreten oder am Heizkörper gefesselt haben. Anklage wurde erhoben, nachdem sich ehemalige Pflegehelfer der Station über die Arbeitsbedingungen beschwert hatten. In einem Bericht an die Anstaltsleitung begründeten sie ihre Forderungen, vor allem die nach mehr Personal: Sechs bis acht Pflegekräfte standen für 29 pflegeintensive Patienten zur Verfügung, großenteils Hilfskräfte, die oft wechselten. Schwester Rosemarie selber war z.B. fast täglich von 6.30 Uhr bis 18 Uhr auf Station, weil ohne Überstunden die Arbeit gar nicht zu schaffen war.

Erlitten Patienten Anfälle, wurden sie mit Beruhigungsmitteln vollgestopft und festgebunden, um Verletzungen zu verhindern angesichts des Personalmangels. Nur bei Einstellung von mehr und speziell ausgebildetem Personal und der Beseitigung der räumlichen Unzulänglichkeiten könnte von Pflege oder gar Therapie überhaupt die Rede sein. Auch gegenwärtig bleibt oft nichts anderes übrig, als die Patienten zu fesseln, ist die Psychiatrie zuchthausmäßig organisiert.

Die Forderungen der Pflegehelfer wurden nicht erfüllt. Stattdessen hat der Staatsanwalt Schwester Rosemarie vor Gericht gezerrt und wollte erzwingen, daß die Pflegehelfer als Zeugen gegen sie ins Feld geführt würden, um den Staatsapparat mit seiner Kostendämpfung im Gesundheitswesen aus dem Schußfeld zu ziehen.

Diese Taktik ist nicht aufgegangen. Die Pflegehelfer haben vor Gericht die Zustände in der psychiatrischen Anstalt angegriffen, an denen sich bis heute praktisch nichts geändert hat. Die Presse mußte berichten.

Auch die Hamburger Bürgerschaft mußte sich mit den katastrophalen Zuständen in den Alsterdorfer Anstalten befassen. Die „öffentliche Debatte“ kam den bürgerlichen Politikern äußerst unpassend, weil sie dabei sind, weitere Stelleneinsparungen gerade auch im Gesundheitswesen zu beschließen.

Die SPD ließ Jallas und Schümann einräumen, daß weitere Mißhandlungen nicht auszuschließen seien, die räumliche Enge schüre Aggressionen, das Personal sei großenteils zu wenig qualifiziert. Im übrigen machten sie die Anstaltsleitung verantwortlich, weil sie die „Mitarbeiter mit ihren Problemen allein ließe“. Pastor Schmidt, der Anstaltsleiter, schob es von sich. Er forderte, Fälle zu nennen, damit eine „Überprüfung“ stattfinden könne. Die CDU ließ ihren gesundheitspolitischen Sprecher die SPD anschwärzen, die trotz „jahrelanger Bitten und Anträge keine Abhilfe der Misere geschaffen habe.“

Der Richter versuchte, sein Urteil öffentlich zu rechtfertigen. Es sei „Zufall“, daß Schwester Rosemarie verurteilt worden sei, sie hätte es getroffen, wo im Grunde „wir alle“ schuldig seien. Jeden Krankenhausbeschäftigten soll es treffen können. Es ist eben billiger, eine Krankenschwester zu verurteilen, als die erforderlichen Stellen einzurichten.

Göttingen Stadt laviert — Räumung verschoben

Göttingen. Seit dem 12.12. halten Studenten, Schüler und Lehrlinge zwei leerstehende Gebäude in der Innenstadt instandbesetzt. In Göttingen herrscht großer Mangel an billigem Wohnraum. Für 56000 Haushalte gibt es 51000 Wohnungen; Studenten müssen bis $\frac{1}{3}$ ihres Einkommens für Zimmer ausgeben, 50% der Anfänger des Wintersemesters 80/81 haben bis jetzt noch keine Unterkunft. Andererseits stehen mindestens 20 Objekte mit über 700 Wohnplätzen leer.

Diese brisante soziale Lage ließ Oberstadtdirektor Vieten taktieren: Er rief alle Obdachlosen auf, sich zwecks Wohnraumbeschaffung zu melden (und registrieren zu lassen!) — vier kamen und wurden zum Wohnungsmakler geschickt. Die CDU-Ratsfraktion wollte räumen, aber die leerstehende Augenklinik als Ersatz anbieten. Möcklinghoff, niedersächsischer Innenminister, überlegte öffentlich, daß vor einer Räumung wohl erst „die Sympathisantenszene ausgeräuchert werden müsse“. In der Silvesternacht provozierte die Polizei wüste Krawalle, noch auf der Wache wurden Verhaftete krankenhaushausreif geschlagen. Eine Hetzkampagne der konservativen Lokalzeitung stempelte die Hausbesetzer zu „Schlägertrupps“, die „politischen Terror ohne Sinn ausüben“.

Zum 16.1. beschloß dann ein Krisenstab aus Polizei, Staatsanwalt, Ober-



Dieses Konterfei des liberalen Oberstadtdirektors Vieten zierte ein gemeinsames Plakat der Kunstgruppe der Vereinigung und der Hausbesetzer.

stadtdirektor, Universität und Regierungspräsident die Räumung. Begründung u.a.: „Angesichts der seit Wochen andauernden Aufklärungsaktionen der Hausbesetzer in der Öffentlichkeit erweisen sich die Besetzungen zusätzlich als spektakuläre Dauerangriffe auf die Rechtsordnung, was länger hinzunehmen unerträglich wäre.“ Aufgeklärt hatten die Besetzer über etliche Spekulationsskandale in Göttingen. Z.B. darüber, daß in anderen Städten das „zu sanierende Gelände“ dem interessierten Geldsack bereits in einer Werbebroschüre offeriert wird: „43 Eigentumswohnungen mit interessanten Steuervorteilen ... Immobilien-eigentum aus Steuermitteln. Das ist die Kurzformel für eine sichere Kapitalanlage mit hoher Gewinnerwartung.“

Die Fachschaftsrateversammlung der Uni hat für den Fall einer Räumung, die per einstweiliger Verfügung nochmal um zehn Tage aufgeschoben ist, Streik- und Aktionstage angekündigt. Göttingen gleicht heute schon fast einer belagerten Stadt. Trotzdem — der Polizeichef zweifelt: „Ein permanenter Schutz aller leerstehenden Häuser ist nicht möglich.“

Fiat: Produktivitätssteigerung und Verkaufsoffensive

Trotz Streik und Kurzarbeit in Italien ist die Gesamtproduktion des Fiat-Automobilbereiches 1980 um 73800 Einheiten auf 1550000 gesteigert worden. Die Lizenzproduktion in Spanien (79: 300000), der Türkei (79: 22000), Jugoslawien (79: 161800), Polen (79: 315000) und in der Sowjetunion (80: 750000) beläuft sich 1980 auf weitere 1550000 Autos.

In Italien ist die Produktion 80 um

32000 (-2,4%) gesunken, jedoch bei steigender Produktivität. 1979 produzierte jeder der 141000 Beschäftigten des Automobilbereiches 9,28 PKW's, 1980 mindestens 9,43. Die Zahl der Beschäftigten in Italien sank auf Grund der „Suspendierung“ von 23000 seit dem 6.10.80 um 16,3%. Die Steigerung der Produktivität in Italien fällt noch krasser aus, wenn man berücksichtigt, daß 1980 länger und härter gestreikt wurde als in den Tariftreiks 1979. Außerdem ist der Personalabbau nicht berücksichtigt, der auf Grund eines Einstellungsstoppes 1980 zu einer Verringerung auf 345067 Beschäftigte (alle Bereiche in der ganzen Welt) um 3,6% führte und vor allem den Autosektor in Italien betrifft. Der Produktionsausfall durch den 38-tägigen Streik gegen die Entlassungspolitik 1980 wurde ca. zur Hälfte mit der Steigerung der Produktion in den Werken in Argentinien und Brasilien ausgeglichen. Dort wurde die Produktion um 63,66% auf 272000 PKW's in die Höhe getrieben.

Mit der gesteigerten Produktivität begründet der Konzern seine Verkaufsstrategie in der BRD nach dem Motto: „Statt Preiserhöhungen – Fiat-Offensive in Preis und Leistung“. Eine genaue Untersuchung der Preislisten von September 80 und Januar 81 entlarvt diesen Slogan als relativ plumpen Verkaufstrick.

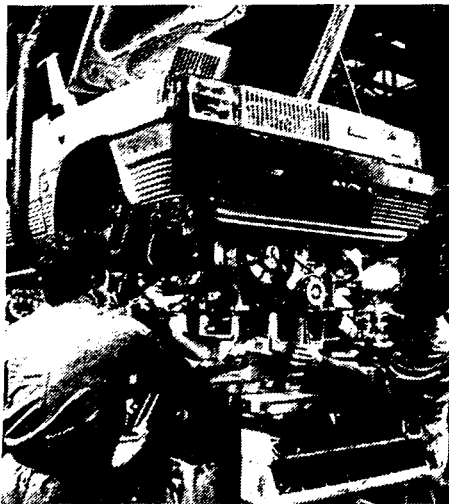
Typ	Änderung bei	
	Preis	Ausstattung
126 'Bambino'	–	–
Panda	–	–
127		+ 1 Posit.
900 C	–	– 8 Posit.
900 L	–	– 2 Posit.
Sport	– 700 DM	– 3 Posit.
Ritmo		+ 4 Posit.
60 CL	– 800 DM	– 9 Posit.
75 CL	– 700 DM	– 9 Posit.
Targa Oro	– 1200 DM	– 11 Posit.
131 Sport	–	+ 1 Posit.
132 „i-e“	–	+ 2 Posit.
		– 8 Posit.

An „erweiterter Serienausstattung“ konnten wir nur eine Benzinuhr beim 127, Kopfstützen beim X1/9, Sportfelgen beim 131, Beleuchtung der Schalter am Armaturenbrett u.a. beim Ritmo sowie Flankenschutzleisten und Make up-Spiegel beim 132 ausmachen. Dafür fehlt jetzt beim 127 Sport die heizbare Heckscheibe und der Zigarettenanzünder, abblendbarer Rückspiegel, breitere Reifen usw. bei anderen Typen.

Mit der „Offensive“ soll die Steigerung der Fiat-Zulassungen im 2. Halbjahr 1980 um 13% gegenüber 1979 in der BRD fortgesetzt werden. Die Gesamtzulassungen auf dem westdeutschen PKW-Markt beliefen sich im Juli auf – 1,6%, im September auf + 5,5%

und im Oktober auf – 3,1%, bezogen auf 1979.

„Es wird höchste Zeit, daß wir dem Publikum reinen Wein einschenken, daß diese offensive Strategie Fiat einen deutlichen Konkurrenzvorsprung sichert, auch gegenüber den fernöstlichen Autobauern“. Das Prahlens des Vertriebschefs der Fiat Automobil AG begründet sich auf die Absicht, mit Entlassungen und Rationalisierungen diesen Konkurrenzvorsprung zu sichern (Zitat nach „fiatfahren 1/81“). Durch „Straffung der Modellpalette“ und fehlendem Zubehör, das teilweise erst im Zentralauslieferungslager für die BRD in Kippenheim (Südbaden) montiert wird, soll wohl in der BRD die Produktivität ebenfalls gesteigert



„Panda“-Produktion in Palermo: Automatische Transport- und Lackieranlagen wurden neu installiert.

werden. Die Anzahl der Beschäftigten in Kippenheim sank von 78 auf 79 bereits um 6,35% auf 354. Ende 1980 wurden in Heilbronn von den ca. 1000 Beschäftigten der Automobil AG (in der BRD 79 1741 Besch.) über 80 entlassen oder vorzeitig pensioniert, davon allein 70 Angestellte. Jetzt im Januar sollen weitere 10 Arbeitsplätze aus dem Austauschteilwerk (ca. 50 Besch.) „ausgegliedert“ werden.

Hessen

Kommunalwahlen: Bürgerliche Parteien einig

In den Kommunalwahlen Hessen 1977 verlor die SPD mit Ausnahme von Kassel, Marburg und Rüsselsheim alle Großstadt-Magistrate an die CDU. Verglichen mit Programm und Haushalt der CDU in Frankfurt hat die SPD nichts anderes anzubieten. Finanzen: Der Haushalt 1981, Gesamtumfang 3,8 Mrd. DM, wird zu 22% = 824 Mio. DM aus Krediten finanziert; bei einem Gesamtschuldenstand von 1,7 Mrd.

DM werden 110 Mio. DM Zinsen an die Banken bezahlt.

Schon in den letzten Jahren sind diese Gelder über umfangreiche Gebührenerhöhungen abgepreßt worden. Seit 1974 sind die Nahverkehrstarife des „FVV“ um 63% angehoben worden, bei bis zu 60% niedrigeren Sondertarifen für die Kapitalisten sind aus der Stromversorgung für die Einzelhaushalte 65 Mio. DM Gewinn herausgeholt worden. Die SPD fordert im Programm, das eingeleitet wird mit dem Schlachtruf: „Wir glauben, ... aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben“: „Verluste sind ... durch 'allgemeine Finanzmittel' abzudecken, ... besonders für den öffentlichen Personennahverkehr“. Das angebliche 150 Mio. DM-Defizit des FVV ist der Aufhänger. Die Steuerzahlungs-, Konzessions- und Wegegeldabgaben bei verringerter Streckenbedienung durch den FVV sind weit höher als der angebliche Verlust.

Die CDU brüstet sich mit dem „Verbot von 90% aller Demonstrationen und Kundgebungen“, darunter – erfolglos – auch gewerkschaftlicher; die SPD ergänzt: „Wir fordern den verstärkten Einsatz von Fuß- und Fahrradstreifen“ zur „persönlichen Sicherheit“. Da für den Ausbau des Polizeiparates die Landesregierung verantwortlich ist, konnten SPD und CDU gemeinsam dem „Null-Stellen-Plan“ des Magistrats zustimmen.

Wohnungen: Bei 50000 Wohnungssuchenden – allein bei der „Kommunalen Wohnungsvermittlung“ sind 21000 mit zwei Jahren Wartefrist gemeldet – wollen beide Parteien die „Eigentümer“ bei der „Modernisierung“ unterstützen, auch die SPD ist für die Zahlung Dutzender von Millionen an Spekulanten, damit „die Stadtverwaltung ... preiswerten Wohnraum bereithalten“ kann. Eine Monatsmiete von durchschnittlich 10 DM/qm stört keine der beiden Parteien. Wallmann, CDU, hat mitgeteilt, daß seit 1.7.80 keine „Asylanten“ mehr in Ffm aufgenommen worden seien, die SPD will, „daß Ausländer ... nicht ... benachteiligt werden“. Tatsächlich sind für jeden im ersten Arbeitsjahr ohne Arbeitserlaubnis anwesenden ausländischen Arbeiter 6600 DM/Jahr „Existenzhilfe“ angesetzt.

Insgesamt setzt die SPD darauf, mit „Denkpausen“ sich von den von dieser Partei bis 1977 getragenen und von der CDU nur fortgeführten aufwendigen Projekten wie „Innenstadtausbau“, „Autobahnen A49/66“ zeitweise abzusetzen, um Einfluß in der Jugend- und Bürgerinitiativenbewegung hinzu zu gewinnen. Grundsätzliche Unterschiede zur CDU gibt es keine. „Mitbestimmungs-“ und „Anti-Neonazi-Kampagnen“ ändern daran nichts.

Recht auf politisches Asyl faktisch beseitigt — Sondergesetze für imperialistische Einmischung

Nach Angaben des Innenministeriums entwickelten sich die Zahlen der Antragsteller auf politisches Asyl in Baden-Württemberg wie folgt: 1975 = 592, 1976 = 1265, 1977 = 1625, 1978 = 4749, 1979 = 14561, 1. Halbjahr 1980 = 20596. „Während in früheren Jahren zumeist Ausländer aus osteuropäischen Staaten um Asyl nachsuchten“ (IM), waren 1979 53% aus der Türkei (1980 = 70%), 12% aus Libanon, je 10% aus Indien und Pakistan und 8% aus Ostblockländern. Sie kommen also vorwiegend aus Ländern der Dritten Welt, in denen die Volksmassen aufgrund der imperialistischen Ausplünderung in größtem Elend leben und in denen revolutionäre Bewegungen zum Teil Niederlagen erlitten haben.

Allein innerhalb des Jahres 1980 hat die baden-württembergische Landesregierung einen ganzen Katalog von Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Asylsuchenden eingeleitet. Sie hat damit die von ihr als „halbherzig“ bemängelten Gesetze und Verordnungen der Bundesregierung (nur noch 1-köpfiger Anerkennungsausschuß; Sichtvermerkplicht für Einreisewillige aus Türkei, Indien, Pakistan, Bangladesh, Afghanistan, Äthiopien; keine Arbeitserlaubnis im 1. Jahr nach Antragstellung) auf die Spitze getrieben. Nachdem durch den Zwang, von den BRD-Botschaften ein Einreisevisum zu bekommen, bereits die Einreise eines Großteils der Asylsuchenden in die BRD von vorneherein und ohne irgendwelche rechtlichen Möglichkeiten verhindert wird, kommen die dennoch Eingereisten in Baden-Württemberg zwangsweise zunächst in die „Zentrale Aufnahmestelle“ in Karlsruhe, wo sie erkennungsdienstlich behandelt und einer Gesundheitsuntersuchung unterzogen werden. Von da werden sie zwangsweise in Lager in Rastatt, Horb, Göppingen, Donaueschingen und Konstanz verlegt, die insgesamt eine Kapazität von 3040 Plätzen haben. Arbeitserlaubnis gibt es für die gesamte Dauer des Asylverfahrens nicht, außer einem Taschengeld von 50 – höchstens 80 DM nur „Sachleistungen“, deutscher Sprachunterricht ist wegen „Integrationsgefahr“ verboten, Schulunterricht für Kinder gibt es nicht. „Die Integration kann aus Gründen der Wahrhaftigkeit bis zur Anerkennung als Asylberechtigter nicht das Ziel der Betreuung sein.“ Daß die Asylsuchenden sich mit der trotz Rechtlosigkeit erstarkenden Bewegung



14 Türken Anfang Januar im Hungerstreik gegen die Hilfe der Bundesregierung für die türkische Militärregierung (Ulm).

der ausländischen Arbeiter und ihrem wachsenden Zusammenschluß mit den deutschen Arbeitern in den DGB-Gewerkschaften verbinden können, ist das Problem, dem die Landesregierung durch KZ-artige Isolation begegnen will.

Wer sich dieser Unterdrückung nicht beugt, der wird in sein Heimatland abgeschoben, weil er „mit seinem Antrag asylfremde Zwecke verfolgt“. Schon am 23. Juli 1980 verkündet Ministerpräsident Späth erste Erfolge dieser Art von „Vorbeugung“ gegenüber einer „Aushöhlung des Asylrechts durch mißbräuchliche Asylanträge“: „weil nämlich die Buschtrommeln sehr schnell verkündet haben: Geht nicht mehr nach Baden-Württemberg, die machen Sammellager. Das ist der wichtigste Effekt, nämlich der Abschreckungseffekt.“ Die Zahl der Asylbewer-

ber sinkt wie folgt: März 5020, April 3336, Mai 2489, Juni 1401, Juli 1005, August 733, September 539, Oktober 335, November 261. Eine weitere Erfolgsmeldung hat Justizminister Eyrych parat: Bis Ende August 1980 hätten von 892 durch die Asylkammern bei den Verwaltungsgerichten Karlsruhe und Stuttgart erledigten Verfahren 891 mit Nichtanerkennung geendet.

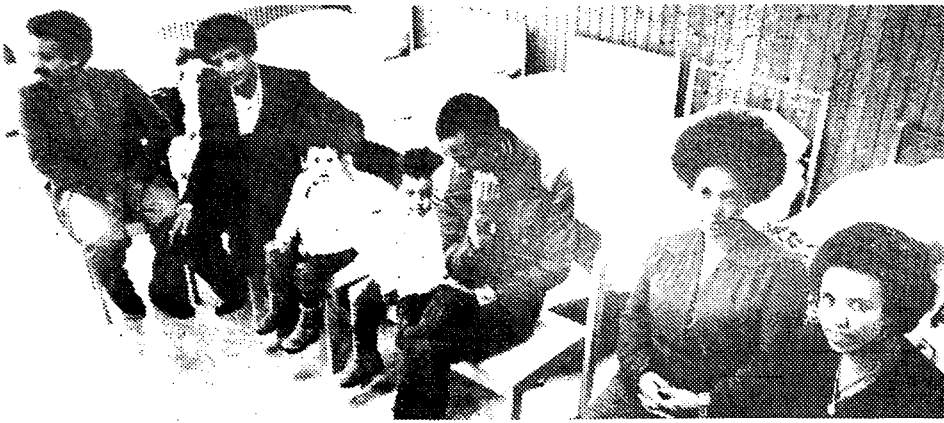
Währenddessen ist aber dem Anschein nach der Großmut der Landesregierung gegenüber den „in die Heimat ihrer Vorfahren zurückkehrenden Landsleuten“ (Späth) und den Indochinaflüchtlingen kaum zu bremsen. Jährlich rund 10000 Aussiedler werden in Baden-Württemberg aufgenommen und mit der Aufnahme von 3850 Indochinaflüchtlingen 1980 der bundesweit ausgehandelte Schlüssel bei weitem überschritten. Für diese Flüchtlinge

„Scheinasylanten“

Die Einstufung tausender Türken durch das Bundesamt ohne mündliche Anhörung als „Scheinasylanten“ geht nach folgendem Einheitstext:

„Es ist jedoch bekannt, daß die Heimatbehörden des Antragstellers außerordentliche Anstrengungen unternehmen, um solche Übergriffe zu verhindern und die Ruhe im Lande wiederherzustellen, worauf nicht zuletzt die Verhängung des Ausnahmezustandes hindeutet. Der Anerkennungsausschuß verkennt nicht, daß die türkische Regierung bei der

Durchsetzung dieses Zieles mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und die Sicherheit eines jeden einzelnen Bürgers nicht immer zu garantieren vermag. Der dadurch entstehenden eventuellen Gefährdung ist der Antragsteller gemeinsam mit vielen seiner Landsleute ausgesetzt; sie stellt mithin keine unmittelbar auf seine Person abzielende Verfolgungsmaßnahme im Sinne der Genfer Konvention dar. Es kann nicht Aufgabe des Asylrechts sein, Schutz vor allgemeinen Folgen aus innenpolitischen Unruhen und ähnlichen Krisensituationen zu gewähren.“



Eritreische Asylsuchende im Lager Leinfelden (bei Stuttgart)

Dokumente zur Beseitigung des Asylrechts

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht (Art. 16 GG). Als Asylberechtigte werden auf Antrag anerkannt ... Ausländer, die politisch Verfolgte nach Art. 16 Abs 2 GG sind (§ 28 Ausländergesetz).

Ein Begehren auf Anerkennung als Asylberechtigter liegt nicht vor, wenn sich aus eigenen Erklärungen des Ausländers ergibt, daß ein Anerkennungsgrund i.S.d. § 28 AuslG nicht geltend gemacht wird ... Entsprechendes gilt, wenn die Anerkennung als Asylberechtigter offensichtlich mißbräuchlich begehrt wird ... wenn eindeutig feststeht, daß ausschließlich asylfremde Ziele verfolgt werden ... wenn der Asylsuchende es an der notwendigen Mitwirkung fehlen läßt (*Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des AuslG, 1977*).

Asylbewerber, die noch keine Arbeitserlaubnis erhalten haben, wird im ersten Jahr des Aufenthaltes im Bundesgebiet keine Arbeitserlaubnis erteilt ... Dieser Erlaß gilt nicht für Ausländer, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen der BRD aufgenommen worden sind (*Mitteilung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung gem. Erlaß der Bundesanstalt für Arbeit, 19.6.80*). Der Asylbewerber hat in der einjährigen Wartezeit ... keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld ... Gezielte polizeiliche Personenüberprüfungen (z.B. auf Baustellen, Hafenbetrieben, Gaststätten, Bahnhöfen) dürften besonders geeignet sein, die Aufdeckungsquote (der illegal arbeitenden Asylanten) weiter zu verbessern (*Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit vom 8.8.1980*).

Die Landesregierung hat beschlossen, Asylbewerber im Rahmen der vorhandenen Kapazität in Sammelunterkünften unterzubringen. Die Neuregelung tritt am 15.9.80 in Kraft. (*Erlaß des Innenministeriums Baden-Württemberg vom 28.7.1980*).

Da bei echter politischer Verfolgung die Verfahren wesentlich abgekürzt werden können, wird in Baden-Württemberg in Zukunft die Arbeitsaufnahme für die gesamte Dauer des Asylverfahrens untersagt. Die Asylbewerber erhalten in den Sammelunterkünften Gemeinschaftsverpflegung. Geldzahlungen zur Bestreitung des Unterhalts werden nicht mehr gewährt ... Es wird erwartet, daß die Asylbewerber den Anordnungen der zuständigen Behörden nachkommen. Wenn Anordnungen der Behörden nicht befolgt werden, bringt der Asylbewerber sich selbst in Schwierigkeiten und zeigt damit, daß eine echte politische Verfolgung offensichtlich nicht vorliegt ... In diesen Fällen wird die Abschiebung angeordnet werden (*aus: Merkblatt des Innenministeriums Baden-Württemberg für Asylbewerber, August 1980*).

Über den Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter wird vom Bundesamt durch einen Bediensteten (bisher 3-köpfiger Ausschuß) entschieden. (2. *Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens vom 16.8.1980*). Durch die 11. und 12. Verordnung zur Änderung des Ausländergesetzes ist die allgemeine Sichtvermerkplicht gegenüber Bangladesch, Indien und Türkei eingeführt worden ... Der (Ein)reisezweck ist vom Antragsteller (für den Sichtvermerk) glaubhaft zu machen, und zwar zum Beispiel bei Geschäftsreisen Vorlage von Geschäftskorrespondenz ... bei Besuchs- und Touristenreisen Nachweis der Hotelbuchung, von Auslandsdevisen ... bei Verwandtenbesuchen besonders sorgfältige Prüfung bei Anhaltspunkten für das Fehlen einer Rückkehrabsicht ... grundsätzlich weder ein Familiennachzug noch Besuchsreisen zu Asylbewerbern. (*Erlaß des Innenministeriums NRW vom 29.9.1980 unter Wiedergabe der Anweisung des Auswärtigen Amtes an die deutschen Auslandsvertretungen*).

gibt es sofort Sprachkurse, Sozialhilfe und Ausbildung, wobei allerdings auch sie weitgehend kaserniert werden. Für die Indochinaflüchtlinge werden sofort 120 Mio. DM im Landeshaushalt bereitgestellt. Schon 1979 war die Zahl von aufgenommenen Aussiedlern und Indochinaflüchtlingen einerseits und Asylantragstellern aus anderen Ländern der Dritten Welt (ca. 13000) fast gleich groß. Ersichtlich läßt sich das Vorgehen der Landesregierung nicht einfach aus arbeitsmarktpolitischen oder haushaltspolitischen Überlegungen erklären. Indem zum Maßstab der Aufnahme oder Ablehnung von Flüchtlingen die jeweilige Zweckmäßigkeit für die weltweite Verbreitung der in der BRD geltenden „Grundwerte“ gemacht wird, dienen diese Aktionen direkt der imperialistischen Einmischung. Während etwa in Osteuropa oder Vietnam diese Grundwerte in Gestalt eines beherrschenden Einflusses der BRD nicht existieren und es daher ratsam erscheint, sich ganze Flüchtlingskontingente aus diesen Ländern als Manövriermasse für propagandistische oder gar erhoffte direkte Einmischung zu halten, ist es im Falle der Türkei anders. Hier gilt es gerade bis hin zum unverhohlenen Eintreten für den Ausnahmezustand (vgl. Kasten „Scheinasylanten“), den bestehenden Einfluß der BRD zu erhalten und jede Möglichkeit der Reorganisation des Unabhängigkeitskampfes durch Nutzung der BRD als Rückzugsgebiet zu verhindern. Weil das bisherige Asylrecht den gewachsenen Anforderungen solcher imperialistischer Manöver nicht mehr genügt, wird neben der völligen Beseitigung tatsächlicher Asylmöglichkeiten ein besonderes Recht für die Aufnahme von Flüchtlingskontingenten nach Entscheidung und Bedarf der Bundes- und Landesregierungen geschaffen. Am 22.7.80 hat der Bundestag hierzu das „Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommener Flüchtlinge“ verabschiedet. Zugleich ist mit der Ende Dezember im Bundesrat verabschiedeten Vorlage zum „Dritten Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens“ die völlige Beseitigung des Rechtsschutzes durch Zurückweisungsrecht der Anträge schon durch die Ausländerbehörden als „offensichtlich rechtsmißbräuchlich“ verbunden mit sofortiger Abschiebung und Besetzung des Verwaltungsgerichts nur noch mit einem Einzelrichter (bisher Kammern) vorgesehen. Justizminister Eyrich will darüberhinaus noch den „Grenzrichter“ einführen:

Er soll im Zimmer neben dem Beamten, der den Asylsuchenden schon an der Grenze zurückweist, gleich endgültig über dessen Antrag auf Aussetzung der sofortigen Vollziehung der Abschiebung entscheiden.

Julirevolution: Asylrecht durchgesetzt

1830 stürzte das französische Volk die Bourbonenherrschaft. Im gleichen Jahr wurde der Aufstand des polnischen Volkes gegen die zaristische Fremdherrschaft unter Duldung Preußens und Österreichs niedergeworfen. 29000 Polen flohen, ein großer Teil nach Frankreich. Unter dem Druck des Volkes mußte die französische Regierung erklären, in Zukunft keine Auslieferung vorzunehmen noch solche zu verlangen.

Reaktion: Asylverbot und Auslieferung

Abkommen zwischen Rußland und Preußen bzw. Österreich 1833: „Keine Person, die sich in den Staaten einer der vertragsschließenden Mächte des Hochverrats, der Majestätsbeleidigung, des bewaffneten Aufstandes schuldig gemacht hat oder die sich gegen die Sicherheit des Thrones und die legitime Regierung verschworen hat, darf weder Schutz noch Asyl in dem Staat des anderen finden.“ 1836 versicherten sich die feudalen Staaten des Deutschen Bundes gegenseitig die Auslieferung „politischer Verbrecher“ mit Ausnahme eigener Untertanen. „Die Bundesstaaten verpflichten sich gegeneinander, Individuen, welche der Anstiftung eines gegen den Souverain oder gegen die Existenz, Integrität, Verfassung oder Sicherheit eines anderen Bundesstaates gerichteten Verbindung, der Teilnahme daran oder der Begünstigung derselben bezichtigt sind, dem verletzten oder bedrohten Staate auf Verlangen auszuliefern.“ 1854 wurde der Vertrag auf andere „Vergehen und Verbrechen“ ausgedehnt.

„Attentatsklausel“

1881, nach dem gelungenen Attentat auf Zar Alexander II., betrieb das Deutsche Reich eine Internationale Konferenz, zur „Sicherung des allgemeinen Wohls der Staaten und ihrer Ruhe“. Ein Mord oder Giftmord, eine Versuchs- oder Vorbereitungshandlung zu diesen Verbrechen oder die Teil-

nahme daran wird in keinem Fall als politische Straftat angesehen werden.“ Die Konferenz platzte, England und Frankreich verweigerten die Teilnahme. 1885 schlossen Preußen bzw. Bayern mit Rußland ein Abkommen unter Einbeziehung dieser „Attentatsklausel“.

1905 wurde ein Antrag der SPD auf sofortige Kündigung dieser Verträge abgelehnt, sie blieben bis 1914 in Kraft.

Kein Asyl für spanische Revolutionäre

1921 wurde der spanische Ministerpräsident Dato, der in Spanien ein Schreckensregiment errichtet hatte, erschossen. Gegen die mögliche Ausweisung zweier nach Berlin gefloher Spanier erhob sich heftiger Protest. 1922 begründete der Justizminister die Ausweisung: „Es entsteht die Frage: wo ist das politische Verbrechen oder Vergehen, mit dem die Tat der angeblichen Mörder Datos in Zusammenhang steht? ... (Es) handelt sich ... um eine Tat, ... die zwar aus politischem Motiv ... aber nicht zu einem politischen Zweck begangen ist ... Um es einmal drastisch auszudrücken: hätten diese angeblichen Mörder Datos es schlimmer getrieben, so wäre es ihnen besser gegangen.“

Auslieferungsgesetz 1930

SPD und KPD traten entschieden gegen die Zulässigkeit der Auslieferung bei „besonderer Verwerflichkeit der Tat“ auf. Stoecker (KPD): Der Entwurf gestatte die Auslieferung „in all den Fällen, in denen (sie) der Regierung angenehm“ erscheine, was in der Sache auf die „Maßregelung gegen politisch kämpfende revolutionäre Arbeiter“ hinausliefe. 1930 trat folgende Fassung in Kraft: „Die Auslieferung ist zulässig, wenn sich die Tat als ein vorsätzliches Verbrechen gegen das Leben darstellt, es sei denn, daß sie im offenen Kampfe begangen ist.“

Faschismus: Beseitigung des Asylrechts

1940. Abkommen des Deutschen Reiches mit Italien,



Rundgeheide vor Europa im August 1949

Nach dem Sieg der Reaktion über die Revolution 1848/49 wurden viele Revolutionäre zur Emigration gezwungen, v.a. in die Schweiz, die Vereinigten Staaten und nach England. Preußen versuchte, mit Interventionsdrohungen von der Schweiz Auslieferungen zu erpressen.

Kroatien, Ungarn und der Slowakei. Auslieferung wird gewährt, wenn die Taten „eine besondere Gemeingefahr herbeigeführt haben“ oder „Furcht und Schrecken verbreiten sollen“, bzw. „die gemeinsamen Interessen der vertragsschließenden Parteien verletzt haben“ (Abkommen mit der Slowakei).

Grundgesetz: nur beschränktes Asyl

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“, heißt es im Grundgesetz von 1949. Der Parlamentarische Rat war aber von Anfang an gegen ein unumschränktes Asylrecht. Es sollte vielmehr ein Mittel zur Einmischung und Infiltration hergeben, durch Gewährung von Asyl für „Verfolgte aus der sowjetischen Zone“, der Sowjetunion und den osteuropäischen Volksdemokratien und dessen Verweigerung und Ausweisung bei denjenigen, die wegen „Wühltätigkeit gegen eine befreundete Demokratie verfolgt werden“. Im Parlamentarischen Rat vertrat der CDU-Abgeordnete Brentano: „Es gehe aber zu weit, wenn dem politisch Verfolgten generell das absolute Asylrecht gegeben werde, ... Solche Personen, (die gegen die FdGO tätig sind) sollten gegen Auslieferung geschützt sein, aber (es sollte) die Möglichkeit bestehen, sie wegen staatsgefährlicher Haltung des Landes zu verweisen.“ Andere CDU-Abgeordnete und die SPD hielten die ausdrückliche Aufnahme der Auswahlkriterien in den Artikel für falsch. Die Frage der Asylgewährung oder

Ausweisung sollte der Rechtsprechung im Rahmen des Grundgesetzes überlassen bleiben. Schmidt (SPD) sagte, „Asylrecht bedeute nicht, daß derjenige, der es in Anspruch nehme, Freizügigkeit genieße. Gewährung von Asylrecht sei sehr häufig mit Stellung unter Polizeiaufsicht verbunden.“ Er hielt es für besser, wenn die Gerichte über den konkreten Fall entscheiden und nicht das Außenministerium oder ein Polizeiminister.

Eyrich: „Bestes Asylrecht“

Vergleich der Anerkennungsquote der Asylsuchenden seit 1953 (veröffentlicht 1966): Deutschland = 21,5%, Belgien = 70%, Italien = 60% und Frankreich = 97%. Nach der Geiselnahme und dem Massaker in Fürstenfeldbruck 1972 forderte SPD-Wischnewski „harte Reaktionen“ gegenüber den Bürgern derjenigen arabischen Staaten, „die Terror dulden und unterstützen“. Die Bürger dieser Länder dürften in unserem Land weder arbeiten noch studieren. Kühn (SPD): „Ich bin für ein absolutes Verbot aller palästinensischen Organisationen auf unserem Boden.“ Barzel forderte neben rigorosen Abschiebungsmaßnahmen das Verbot von 50 ausländischen „Extremistenorganisationen“. Vom 5. September bis Anfang Oktober wurden 255 Ausweisungsverfügungen verhängt. Willkürmaßnahmen, Nacht- und Nebeldeportationen und gezielte Verhinderung von Rechtsschutz waren an der Tagesordnung.

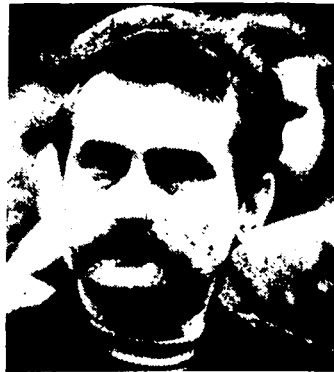
Ostafrika: Fortschritte bei Zusammenarbeit

Bei einer Konferenz am 17.1. in Kampala (Uganda) beschlossen die Staatschefs von Kenia, Uganda, Sambia und Tansania eine verstärkte Zusammenarbeit ihrer Länder. 1977 war die Ostafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft, der Kenia, Uganda und Tansania angehört hatten, vor allem aufgrund der ungleichmäßigen Wirtschaftsentwicklung in den Ländern auseinandergebrochen. So traf die Konferenz zunächst eine Vereinbarung über die Regelung der strittigen Besitzverhältnisse der Gemeinschaft, u.a. über die gemeinsame Schifffahrtslinie, an der auch Sambia beteiligt war. Das Konferenzkommunique betont den Willen zur gegenseitigen Zusammenarbeit und Partnerschaft und die Verpflichtung, für Frieden und Sicherheit in den Ländern und zwischen den Ländern zu sorgen. Durch regelmäßige Treffen der Staatschefs sollen der gegenseitige Handel gefördert und andere Formen der Zusammenarbeit entwickelt werden. Uganda ist für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau auf Unterstützung durch die Nachbarländer angewiesen. Seit 1977 war die Grenze zwischen Kenia und Tansania geschlossen und der Handel zwi-

Walesa besucht italienische Gewerkschaften

Auf Einladung der drei italienischen Gewerkschaftsbünde hat eine Delegation der polnischen Gewerkschaften unter Leitung Lech Walesas vom 14. bis 19. Januar Italien besucht. Im Abschlußkommunique wird die „volle und überzeugte Unterstützung der italienischen Gewerkschaftsbewegung für den Kampf der polnischen Werktätigen“ zugesichert und erklärt: „In Polen ist ein tiefer und positiver Prozeß der Erneuerung im Gang.“ Die Delegation wurde auch vom Papst empfangen. Wojtyla setzte bei dieser Gelegenheit sein Projekt

fort, den Revisionismus in die katholische Soziallehre einzubauen: „Die Schaffung einer freien Gewerkschaft ... zeigt, daß es keinen Widerspruch gibt zwischen einer so gearte-



ten autonomen, sozialen Initiative der arbeitenden Menschen und der Struktur des Systems, das sich auf die menschliche Arbeit als den grundlegendsten Wert des sozialen und staatlichen Lebens beruft.“ Auf einem Treffen mit Gewerkschaftsfunktionären in Rom unterstrich Walesa aber, daß „Solidarność“ weder katholisch ist noch werden will. „Ich bin gläubig, sicher, aber ich meine, daß das eine persönliche, private Sache ist. Es hat nichts mit „Solidarność“ zu tun, die keine konfessionelle Gewerkschaft ist und in ihren Reihen Atheisten und Religiöse katholischen und anderen Glaubens hat.“

schen beiden Ländern unterbrochen. Dadurch war auch Sambia getroffen, das seinen Außenhandel zum Teil über Kenia abwickelte.

Peru: Generalstreik gegen Teuerung

80% der peruanischen Lohnabhängigen haben sich nach Angaben des Gewerkschaftsbundes CGTP am 15.1. an einem Generalstreik gegen Preiserhöhungen für Benzin und Nahrungsmittel und für Preisstopp beteiligt. Die Polizei griff die Gewerkschaftsdemonstrationen an und erschoss in

Lima einen Studenten. Die Streichung von Subventionen auf Lebensmittel gehört zum „Sanierungs“programm, das der IWF Peru diktiert hat. Die von der Regierung verfüigten Lohnerhöhungen – 12% im öffentlichen, 17% im privaten Sektor – reichen bei weitem nicht, um die Teuerung von 60% auszugleichen.

Konferenz der blockfreien Staaten

Weder das Heng-Samrin-Regime, aber auch nicht Vertreter des Demokratischen Kampuchea sind zu der am 9. Februar in Neu-Delhi beginnen-

den Außenministerkonferenz der 93 blockfreien Staaten eingeladen. Indien als Gastgeber und Kuba, das den Vorsitz der Blockfreien-Bewegung innehat, haben mitgeteilt, daß „die internationale wirtschaftliche Situation“ und „die Entwicklungsbedürfnisse blockfreier Staaten“ im Mittelpunkt der Konferenz stehen sollen. Es solle „auf keinen Fall Streit über Afghanistan“ geben. Nachdem die Sozialimperialisten 1979 zwar eine Anerkennung ihres Heng-Samrin-Regimes in Kampuchea nicht erreichen konnten, sondern eine „Politik des leeren Stuhls“ Ergebnis ihres Vorstoßes war, fürchten sie nun die Verurteilung ihrer Afghanistan-Besatzung.

Kampuchea: Erfolge im Befreiungskrieg

Gefestigter denn je ist die Position der Armee und der Guerillas des Demokratischen Kampuchea zu Beginn des dritten Jahres des Befreiungskampfes gegen die vietnamesischen Invasoren. Während sich der Kampf zunächst auf Westkampuchea, auf Gebiete an der thailändischen Grenze konzentrierte, operieren heute die Guerillas im ganzen Land und haben viele neue Basen geschaffen. Im November er-

oberten sie für zwei Tage Teile der strategisch wichtigen Hafenstadt Kompong Som. Auch das Gebiet des sog. „Entenschnabels“ an der Grenze zu Vietnam ist umkämpft. Von Überfällen auf kleine Trupps der Feinde sind die Truppen des Demokratischen Kampuchea zu Angriffen auf vietnamesische Kompanien und Bataillone, auf Festungen, Kommandozentren und Flughäfen übergegangen. Vor Jahresende

konnten sie einen Angriff von 3000 vietnamesischen Soldaten in der Provinz Battambang zurückschlagen. Verbindungen für den vietnamesischen Nachschub werden ständig unterbrochen. Am 28.11. führten Guerillas des Demokratischen Kampuchea und der Khmer Serai den ersten gemeinsamen Angriff auf einen vietnamesischen Nachschubkonvoi durch. Verschiedene Widerstandsgruppen haben sich der von der Regierung des Demokratischen Kampuchea vorgeschlagenen Patriotischen und Demokratischen Front der großen nationalen Einheit angeschlossen. Der Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea Khieu Samphan (Bild mit Jeng Sary) betonte am 13.1. in einem Interview mit thailändischen Journalisten in den befreiten Gebieten: „Zuerst müssen alle Kräfte Kampuchees übereinstimmen, die Vietnamesen auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms zu bekämpfen.“

Lebensmittelpreise in Ungarn erhöht

Am 19. Januar 1981 sind in Ungarn Preiserhöhungen für Lebensmittel, aber auch für andere Güter des täglichen Bedarfs und für Baumaterial in Kraft getreten. Die Kraftfahrzeugsteuer dagegen wird gesenkt und für Autos mit weniger als 1500 ccm Hubraum abgeschafft. Die Erhöhungen werden mit gestiegenen Weltmarktpreisen und Herstellungskosten begründet. Die Preise für Mehl werden um 6%, für Fleischkonserven um durchschnittlich 5% und für Süßwaren um 11% erhöht. Die Preise für Normalbenzin steigen auf 1,08 DM, für Superbenzin auf 1,34 DM. Am 1. Februar folgen Erhöhungen der Postgebühren. Die ungarische Regierung gibt an, daß die Preiserhöhungen mit dem Wirtschaftsplan für 1981 in Einklang stehen.



Tschad

Imperialistisches Trommelfeuer gegen afrikanische Einheit

Der nordwestafrikanische Staat Tschad sei gegenwärtig Opfer einer Aggression des Libyen des Oberst Kadhafi. So jedenfalls lautet der Tenor der bundesdeutschen und westeuropäischen Presse. Umstritten ist allenfalls, wieweit die sozialimperialistische Supermacht hinter Libyen steckt. Bei dieser „Analyse“ jedoch verschwinden einige Tatsachen unter dem Tisch.

Zunächst einmal der Fakt, daß das tschadische Volk trotz 16 Jahre bewaffneten Kampfes gegen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich und trotz des erzwungenen Abzuges der Interventionstruppen Anfang 1980 die ökonomische und zum Teil auch politische Herrschaft der Imperialisten nicht hat abschütteln können. Auch mit der Bildung der „Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit“ (GUNT) im August 1979 änderte sich nichts an der auf Baumwolle ausgerichteten Monstruktur der Landwirtschaft, an der nahezu 100%igen Beherrschung von Landwirtschaft wie der kleinen Nahrungsmittelindustrie durch französische Monopole, an der Ausbeutung von Bauxit und Wolfram durch französische, der Ölprospektierung durch US-amerikanische Imperialisten. $\frac{2}{3}$ des Staatshaushaltes wurden noch 1980 durch französische „Entwicklungshilfe“ finanziert, die Außenschuld lag bei 60% des Haushaltsvolumens. Zweitens erschwerte der Charakter der GUNT selbst den notwendigen Bruch mit dem Imperialismus; nicht weil in ihr Vertreter der schwarzafrikanischen Stämme des Südens und der arabischen Stämme der Sahelzone, der Kleinbourgeoisie, der mit den Imperialisten verbundenen Bourgeois und, in geringerem Maße, der Bauern zusammenkamen. Ihre entscheidende Schwäche lag darin, daß die Einheit des Landes sich auf das Zusammenwirken dieser Kräfte gründen sollte, ohne daß ein Programm entwickelt wurde, das auf Grundlage der sozialen Interessen der Bauern (90% des Volkes) den Weg zur politischen Einigung andeutete. (s.a. Pol. Berichte 6/80)

Konnte die Masse des Volkes nicht viel von einer solchen Regierung erwarten, so war Raum zur Verfolgung von Sonderinteressen und für imperialistische Einmischung gegeben. Der Putsch des Verteidigungsministers Habré im März 80, von den französischen Bourgeois wohlwollend unterstützt, war diesen Anlaß, sich als „Vermittler“ aufzudrängen. Der Sieg, den die GUNT unter Staatschef Oueddei mit

libyscher Hilfe im Dezember errang, bedeutete für die Imperialisten nur die zweitbeste Lösung, eröffnete ihnen jedoch neue Spaltungsmöglichkeiten. Warum? Zweifellos erfolgte die libysche Militärhilfe auf Ersuchen der GUNT und auf Grundlage eines Beistandsvertrages mit Zustimmung aller Regierungsfraktionen. Dennoch mußte dieses Militärbündnis die kaum gewachsene Nation doppelt spalten, wenn unter der Flagge des Islam und des Panarabismus als Ausdruck und Motor der gemeinsamen nationalen Interessen der arabischen Völker libysche Truppen gegen arabische Volksteile des Tschad marschierten. Der dann am 6.1. von Staatschef Oueddei und der li-



Abflug französischer Interventionstruppen

byschen Führung bekanntgegebene Plan des Zusammenschlusses beider Staaten war nur der vorläufige Schlußpunkt einer bürgerlichen Politik, die sich im Kampf gegen die imperialistische Bedrohung nicht auf die Kraft der Volksmassen stützt, sondern die fehlende politische Einheit durch bürgerliche Regierungsbündnisse zu ersetzen sucht.

Derartige Vereinigungsprojekte fesseln zwangsläufig den revolutionären Elan der Volksmassen, der sich ja im Panarabismus ausdrückt. Ihr antiimperialistischer Anspruch wird schnell überdeckt von der Konkurrenz zwischen den jeweiligen Bourgeoisien. Die westeuropäischen Imperialisten unternehmen gegenwärtig alles, diese Widersprüche zu verschärfen, um die direkte Intervention der französischen Armee im Tschad zu ermöglichen. Der französische Ministerrat gab den Startschuß, indem er am 10.1. „die gesamte

Region durch den libyschen Expansionismus für gefährdet“ erklärte. Der Verstärkung der Militärbasis Boua im Nordosten Zentralafrikas mit 1400 Soldaten, schweren Waffen und Transall-Transportflugzeugen folgten Forderungen nach Stützpunkten in Kamerun und Niger. Eilfertig verabschiedete die Europäische Versammlung am 17.1. eine Resolution, die von einer „Invasion“ des Tschad durch Libyen und „Bedingungen, die an eine Annexion erinnern“, die Forderung nach Ausschluß des Tschad aus dem Lomé-Abkommen ableitet.

Sehr offen begründete der französische Außenminister vor wenigen Tagen die Interventionsdrohungen: „... denn dieser Kontinent ist ein Absatzmarkt für unsere Produkte, und wir kaufen dort viele Rohstoffe.“ Man werde reagieren, wenn „unsere westafrikanischen Freunde uns auffordern.“ Die Aufforderung ist bisher ausgeblieben. Kamerun und Niger verweigern die Militärstützpunkte. Eine Konferenz der 12 Tschad-Nachbarstaaten fordert „alle OAU-Mitglieder auf, außerafrikanischen Mächten die Benutzung ihres Territoriums als Basen zu bewaffneten Angriffen auf die Republik Tschad zu verweigern.“ Gleichzeitig kritisiert sie die Vereinigungspläne Libyens und Tschads. Sie fordert den Abzug der libyschen Truppen und eine afrikanische Friedensstreitmacht sowie baldige Wahlen unter Kontrolle der OAU. Libyen und die GUNT haben mittlerweile erklärt, eine Vereinigung sei nur langfristig und nach einem Referendum möglich. Eine Einigung auf dieser Grundlage kann der Souveränität des Tschad und der afrikanischen Einheit nützen. Sie schützt vor falschen Freunden.

Algierer Abkommen Politischer Erfolg, finanziell zwiespältig

Was die ehemaligen Angehörigen der Teheraner US-Botschaft über ihre vergangene Subversionstätigkeit ausplauschen könnten, ist für die US-Regierung augenscheinlich so brisant, daß sie die „Geiseln“ jetzt ihrerseits in Wiesbaden und Westpoint inhaftiert hält. Das Geheul über „Mißhandlungen“ wird durch die Erklärungen der „Geiseln“ selbst im iranischen Fernsehen und durch das Untersuchungsergebnis der algerischen Ärzte Lügen gestraft. Die USA haben in einem völkerrechtlich verbindlichen Abkommen auf alle Rechtsschritte wegen „Ergreifung“ und „Haft“ ihrer Botschaftsmitglieder verzichtet und damit zugegeben, daß für diese Haft gute Gründe

bestanden. Gleichzeitig mußten sie sich verpflichten, daß ihre Politik „fortan darin bestehen wird, weder direkt noch indirekt, politisch oder militärisch in die inneren Angelegenheiten Irans einzugreifen“. Insoweit ist das Abkommen ein Erfolg der Dritten Welt.

Sein in den USA beschlagnahmtes Eigentum (ohne Schahvermögen 14 Mrd. \$) kriegt Iran dagegen nur unter zwei einschränkenden Bedingungen zurück: 1. müssen laufende Kredite von US-Banken sofort zurückgezahlt werden. Daher hat Iran von den bisher nach London transferierten 8 Mrd. \$ nur 2,9 Mrd. direkt erhalten. Allerdings wird Iran damit praktisch gegenüber Banken schuldenfrei. 2. gehören zu den US-Forderungen gegen Iran, über die ein internationales Schiedsgericht entscheiden soll, auch Schadenersatzansprüche von US-Firmen wegen der Nationalisierungen im Iran. Von den weiteren 6 Mrd. \$, die von den USA noch zu zahlen sind, bleiben bis zum Abschluß des Schiedsverfahrens 0,5 bis 1 Mrd. \$ auf einem Londoner Garantiekonto. Das Schahvermögen muß Iran vor US-Gerichten einklagen, kann die USA aber vor dem Schiedsgericht belangen, wenn die US-Regierung ihre diesbezüglichen Verpflichtungen (Erfassung und Einfrierung des Schahvermögens, Anweisung an US-Gerichte, die Klage nicht, weil gegen einen „Souverän“ gerichtet, abzuweisen) nicht einhält.

Garantiert sind alle weiteren finanziellen Ansprüche Irans jetzt nur dadurch, daß die USA bei Verletzung des Abkommens das blockfreie Algerien brüskieren würden. Das Organ der New Yorker Banker hat bereits aufgefordert, die Vereinbarungen zu zerreißen. Reagan „prüft“ noch

Mittelamerika USA offiziell auf Interventionenkurs

Innerhalb weniger Tage haben die US-Imperialisten gleich zwei Marksteine auf dem Weg zu einer direkten Intervention in Mittelamerika gesetzt. Am 16.1., noch unter Carter, wird die Militärhilfe an die salvadorianische Junta mit 10 Mio. \$ verdoppelt. Hubschrauber, Sturmgewehre, Granaten und Munition werden zusammen mit weiteren „Militärberatern“ sofort in Marsch gesetzt. Gleichzeitig erklärt das US-Außenministerium, die Betreibungsbewegung wurde von Nicaragua mit Waffen und über einen „Untergrundsender“ unterstützt. Am 23.1. Reagan ist inzwischen im Amt – stellen die USA ihre „Wirtschaftshilfe“ an Nicaragua ein. Das nach langem Hin und Her vom Kongreß bewilligte 85



Mio.-\$-Programm war ausdrücklich dazu bestimmt, durch Unterstützung des „privaten Sektors“ das Klassenbündnis, das Somoza gestürzt hat, zu spalten und die bürgerlichen Kräfte an die Supermacht zu binden.

Mit den beiden Maßnahmen haben die USA offiziell den Kurs eingeschlagen, ihre Hegemonie und die Interessen der US-Nahrungsmittelkonzerne mit militärischen Mitteln zu behaupten, auch wenn – und weil – sie sich auf niemand als die grundbesitzenden Oligarchien stützen können. Die „FAZ“ hält es für ratsam, sich bei den „Verbündeten“ auf Marineinfanterieeinsatz im „amerikanischen Mittelmeer“ einzurichten. Nicaragua, das einen Angriff auf sein Territorium befürchten muß, hat angekündigt, es werde zur Verteidigung eine Miliz von 200 000 Menschen mobilisieren.

Die zu Jahresbeginn in El Salvador eingeleitete Großoffensive der Befreiungstreitkräfte hat einige Erfolge, aber keine Entscheidung gebracht. U.a. wurde fast die gesamte Luftwaffe des Feindes am Boden zerstört, verschiedene Städte wurden vorübergehend befreit. Aber der Generalstreik konnte gegen den Junta-Terror nicht durchgehalten werden. Trotz vieler Desertionen, auch von Offizieren, ist die Armee militärisch nicht geschlagen und noch kaum politisch gespalten.

Die katholische Kirche, an der sich seit dem ermordeten Erzbischof Romero große Teile der Massen politisch orientieren, hat gegen einen allgemeinen Aufstand zum jetzigen Zeitpunkt Stellung bezogen. Von vier Bedingungen, unter denen der Aufstand auch christlichen Segen finden könnte, sei, so der jetzige Erzbischof, erst eine gegeben: „schwerer Amtsmissbrauch der Machthaber“. Aber u.a. sei noch nicht gewiß, ob ein Aufstand erfolgreich sein könne. Wenn selbst Bischöfe sich bei Anerkennung der Ziele über die Erfolgsaussichten einer Revolution Gedanken machen müssen, ist die Lage gut

Afrika

„Zu hohe“ Rüstungsausgaben?

Daß die Länder der Dritten Welt gut daran täten, ihre Rüstungsausgaben zu beschränken, dies gibt der Vorsitzende der SPD und der Sozialistischen Internationale W. Brandt seit Jahren regelmäßig von sich. Daß sie noch besser täten, Rüstung „made in Germany“ zu kaufen, betonen jetzt lautstark die westdeutschen Imperialisten. Beides ist unannehmbar.

Die BRD gab 1980 umgerechnet 25,12 Mrd. \$ direkt für militärische Zwecke aus, pro Kopf der Bevölkerung 409,7 \$. Nigeria dagegen, mit über 76 Mio. Einwohnern der volkreichste Staat Afrikas und größer als die BRD, gab im gleichen Zeitraum 1,7 Mrd. \$ für Verteidigungszwecke aus, 22,3 \$ pro Kopf der Bevölkerung. Die Rüstungsausgaben aller schwarzafrikanischen Staaten zusammen machen mit höchstens 6 bis 7 Mrd. \$ nur einen Bruchteil der westdeutschen und nicht einmal 3% der NATO-Ausgaben einschließlich Frankreichs aus. Und noch ein Vergleich: Das südafrikanische Kolonialregime steckte 1980 2,56 Mrd. \$ in seine Aufrüstung, pro Siedlerkopf



Nur in wenigen afrikanischen Ländern gibt es die allgemeine Wehrpflicht.

673,7 \$. Seine Armee ist in voller Mobilisierungsstärke (404 500 Mann) den vereinigten Armeen der angrenzenden afrikanischen Staaten, die es direkt bedroht, an Größe und Ausrüstung bei weitem überlegen; z.B. stehen knapp 140 Kampfflugzeugen der Staaten im südlichen Afrika 204 südafrikanische gegenüber.

Die afrikanischen Völker haben ihre nationale Unabhängigkeit zum größten Teil erst in den letzten 20 bis 25 Jahren erkämpft. Jeder Pfennig für die Rüstung fehlt beim Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft, vor allem bei der Entwicklung der Landwirtschaft. Nigeria z.B. muß Lebens-

mittel importieren und dafür ebensoviel ausgeben wie für seine Verteidigung. Dennoch ist jeder Pfennig für die Verteidigung der nationalen Souveränität bitter notwendig, und eher sind die Rüstungsausgaben niedrig als etwas „zu hoch“, wie die wenigen Zahlen deutlich zeigen.

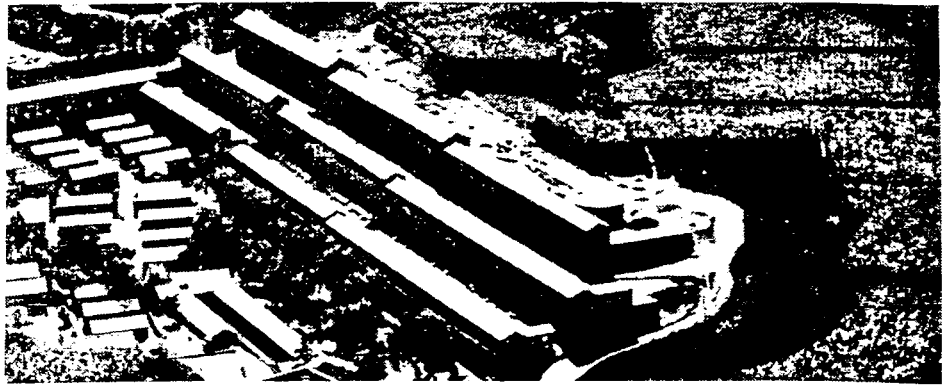
Zweitens sind die meisten schwarzafrikanischen Staaten ohnehin nur eingeschränkt souverän. Die USA, die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich und Belgien, sowie die Sowjetunion haben zusammen rund 30 „Verteidigungs“- und/oder Militärhilфеabkommen in Afrika durchsetzen können. Bis heute sind hier französische Truppen stationiert, imperialistische und sozialimperialistische Instrukteure und Ausbilder wirken in den afrikanischen Armeen, die überwiegend mit aus imperialistischen Ländern importierten Waffen ausgerüstet sind. Die Folge? Seit der Unabhängigkeit haben die Imperialisten mehr als ein halbes Dutzend Mal in Schwarzafrika direkt intervenieren können.

VR China Reformen in der Landwirtschaft

Um 10–15 Mio. t unter dem Rekordergebnis von 324 Mio. t 1979 liegt nach Angaben des chinesischen Landwirtschaftsministeriums die Getreideernte 1980. Dagegen produzierten Chinas Bauern 10% mehr Baumwolle, 8% mehr Ölpflanzen, über 10% mehr Zuckerpflanzen und 14,6% mehr Seidenkokons als 1979. U.a. ungünstige Witterungsverhältnisse und die Einschränkung des Getreideanbaus zugunsten von Wirtschaftspflanzen – teilweise spontan vorgenommen wegen der höheren Preise dafür – haben den Rückgang der Getreideproduktion verursacht.

Chinas Landwirtschaft kann den Bedarf der Bevölkerung im wesentlichen decken, obwohl die landwirtschaftliche Nutzfläche mit 0,1 ha je Einwohner nur 40% der Nutzfläche in Indien oder 29% der Nutzfläche im Weltdurchschnitt erreicht. Die Getreideeinfuhren 1980 – mit über 10 Mio. t absolut sehr hoch – machen aber nur 3% der eigenen Produktion aus. Bei bestimmten Wirtschaftspflanzen – z.B. Zucker und Gummi – ist der Importbedarf höher. Die Agrarimporte kosten nach Äußerungen des Vizepremiers Yü Qiuli jährlich mindestens 3 Mrd. \$ und belasten das ohnehin knappe Devisenkonto. Nicht vor 1990 könne die Landwirtschaft das Land völlig selbstversorgen.

Die vorherrschenden intensiven Anbaumethoden beruhen auf Handarbeit. 300 Millionen arbeiten in der



1964 würdigte Mao Zedong die Aufbauarbeit der Bauern in Dazhai, die u.a. durch kleine Industriebetriebe die Produktivkräfte in dem armen Gebiet entwickelten und die Kollektiveinnahmen steigerten.

Landwirtschaft, und 4/5 der Bevölkerung Chinas (knapp 1 Mrd. Menschen) leben davon. Die Landwirtschaft ist vorwiegend noch Subsistenzwirtschaft; 80% des Getreides kommen nicht in die Zirkulation. Das erwirtschaftete Mehrprodukt, Grundlage für die sozialistische Modernisierung der VR China und benötigt für Investitionen der Kommunen und Produktionsbrigaden, ist niedrig. Im Kreis Taoyüan in der Provinz Hunan z.B., einem Kreis mit typischen Produktionsbedingungen, wird der Geldbedarf für die Mechanisierung auf 400 Mio. Yüan geschätzt, doch die jährliche Akkumulation aus der Landwirtschaft erreicht gerade 10 Mio. Inzwischen ist der Ende 1977 verkündete Plan, bis Anfang der 80er Jahre die Landwirtschaft zu mechanisieren, aufgegeben; neben dem Kapitalmangel würde die Freisetzung von Arbeitskräften das Land vor unlösbare Probleme stellen.

Statt auf die Senkung der in der Landwirtschaft verausgabten Arbeitszeit zielt die Agrarpolitik jetzt auf die Steigerung des Flächenertrages als ersten Schritt. Daneben soll, wie es in dem Aufsatz „Der chinesische Weg der landwirtschaftlichen Modernisierung“ (Wirtschaftsverwaltung 9/79) heißt, die Unterstützung von armen Brigaden und Kommunen „bei der Entwicklung einer vielfältigen Wirtschaft und bei der Einrichtung von brigade- und kommuneeigenen Industriebetrieben“ die Akkumulation beschleunigen, die Produktivkräfte auf dem Lande heben und den Arbeitskräfteüberschuß absorbieren.

Ende 1978 beschloß das ZK der KPCh Reformen der Agrarpolitik, die u.a. Preiserhöhungen für Agrarprodukte, Preissenkungen für Landmaschinen und Kunstdünger, garantierte Entscheidungsbefugnisse der Produktionseinheiten sowie die Garantie von Privatparzellen als Ergänzung der Kollektivwirtschaft beinhalteten. Damit sollte „den Bauern eine Phase des Regenerierens und Kräftesammelns zugestanden werden ... , um so die Aktivität der Bauern zu mobilisieren.“

1979 ist tatsächlich eine deutliche Verbesserung der Lage der Bauern eingetreten. Das Geldeinkommen pro Arbeitskraft erhöhte sich gegenüber 1978 um fast 20% auf 160 Yüan im Jahr, wovon 102 Yüan (+ 14%) aus der Kollektivwirtschaft und 44 Yüan (+ 25%) aus Privatparzellen und häuslichem Nebengewerbe erwirtschaftet wurden. Die Inflation in dem Zeitraum wird mit 5,8% angegeben.

Diese Reformen sind inzwischen in verschiedenen Provinzen ergänzt worden durch die Bestimmung der Bauernfamilie als grundlegender Wirtschaftseinheit der Kollektivwirtschaft – gebunden an den Staatsplan. Diese teilweise Zurücknahme der Kollektivwirtschaft, verbunden mit dem Wirken der Marktgesetze über die freien Märkte, kann allerdings die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft empfindlich stören und die Unterschiede im Entwicklungsgrad der Regionen wie auch die Einkommensunterschiede zwischen den Bauernfamilien weiter vergrößern.

Samen/Norwegen Kampf gegen Wasser- kraftwerk in Finnmark

Der Kampf der samischen Bevölkerung (Lappen) gegen das Vorhaben der norwegischen Regierung, ein Wasserwerk in Finnmark, der nördlichsten Provinz Norwegens, zu errichten, dauert schon zehn Jahre an. Ein erneuter Beschluß der Regierung – der vierte dieser Art – legte fest, am 14.1.81 mit dem Bauvorhaben am Altafluß zwecks Errichtung eines Stausees zu beginnen.

Seit Bekanntgabe des Beschlusses richteten die Gegner dieses Projektes ein Zeltlager in der Nähe des Bauplatzes, um die Bauvorhaben zu verhindern. Am 13.1.81 fand eine Demonstration mit 1000 Teilnehmern aus allen Teilen Norwegens statt. Elva Skal Leve! – Der Fluß soll leben! ist in den Schnee geschrieben (siehe Foto).

Das Argument der Regierung: Die Provinz Finmark sei ohne Elektrizität, eine Industrialisierung dieses Gebietes brauche als Vorbedingung Elektrizität. Dieses Argument unterstützen auch Teile der einheimischen Bevölkerung, denn in der Tat sinkt die Bevölkerungszahl wegen Abwanderung. Tatsa-



che ist aber auch, daß durch ein Alta-stauwerk wichtige Weidegebiete für Rentiere überschwemmt werden, allein 30 Samenfamilien, die in der Nähe ansässig sind, würden dadurch ihre Lebensgrundlage verlieren. Der Bau des Kraftwerks setzt die Kolonialpolitik der skandinavischen Staaten gegenüber den Samen fort, deren Weidegebiete auf immer weniger Fläche eingeschränkt wurde, denen Steuern auferlegt wurden und deren Fischereiwirtschaft niederkonkurriert wurde. Es leben heute ca. 50000 Samen, davon 30000 in Norwegen (15000 allein in Finmark), 15000 in Schweden, 5000 in Finnland, einige Tausend in der Sowjetunion.

Der norwegische Staat geht mit großer Härte vor. Eine Mannschaft von 600 Polizisten ist am Bauplatzgelände stationiert, die die Durchführung der Bauarbeiten sicherstellen soll. 300000 DM kostet diese Stationierung pro Tag. Dazu wurde eigens ein Sonderetat im Parlament bewilligt, den aber viele Abgeordnete ablehnten. Am 14.1.81 begann die Polizei, das Zeltlager der Kraftwerksgegner zu räumen und Demonstranten, die den Weg zum Baugebäude versperren, wegzuschleppen. Jeder Demonstrant, der festgenommen wird, erhält eine Strafe von ca. 1000 DM, bereits 523 solcher Strafen sind verteilt. In der norwegischen sowie der gesamten skandinavischen Bevölkerung stößt das Vorgehen auf Ablehnung. So nahmen viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst Urlaub, um sich an der Demonstration beteiligen zu können. Allein im Landwirtschaftsministerium waren es elf. Der dänische Juristenverband hat eine Anzeige veröffentlicht, in der er das Vorgehen der norwegischen Regierung als Verletzung des Völkerrechts angreift. 1200 Protesttelegramme wurden am 12.1. an die Regierung gesandt. Der norwegische Rentierzüchterverband sowie der norwegische Reichsbund der Samen haben erklärt, falls die Regierung ihre Pläne nicht aufgebe, wollen sie jegliche Zusammenarbeit mit den Behörden aufgeben, und weitere, gewaltsamere Aktionen würden folgen.

Großbritannien

Risse im „konservativen Lager“, Kapitalisten mit Thatcher unzufrieden

In der Ausgabe vom 7. Januar beschäftigt sich Peter Riddell, Wirtschafts-Chefkorrespondent der „Financial Times“, mit einem Artikel von Premierministerin Margaret Thatcher in der Sonntagszeitung „News of the World“.

Riddell wirft Thatcher mindestens vier „Irrtümer“ in dem Artikel vor. Thatcher behauptet darin, ihre Regierung sehe sich „der schwersten Weltwirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren“ gegenüber. Das ist falsch, antwortet Riddell, 1975 und Ende der vierziger Jahre war die Weltwirtschaftslage prekärer.

Thatcher meint, „daß sich die Verkaufszahlen britischer Waren im Ausland in letzter Zeit gut gehalten

Bankiers auf die Regierung Thatcher unmöglich gewesen. Aber in der britischen Bourgeoisie gibt es Unruhe über die Politik der Regierung Thatcher, und noch mehr darüber, wie sie diese Politik zu verkaufen versucht.

Das Bruttosozialprodukt Großbritanniens lag 1980 nach bisherigen Berechnungen um 3% unter dem des Vorjahres; die Warenproduktion sinkt rapide, selbst die Regierungsstatistiker nehmen an, daß der Ausstoß 1981 noch einmal bis zu 14% unter dem von 1980 liegen wird; und im Januar zeigte die offizielle Statistik 2,4 Mio. Arbeitslose (bei Regierungsantritt Thatcher waren es 1,3 Mio.) – und weiterhin behauptet die Regierung, es laufe alles



Thatcher mit ihrer Königin auf der Commonwealth-Konferenz 1980 in Lusaka. Über das Commonwealth sucht der britische Imperialismus seinen neokolonialen Einfluß auszuweiten.

haben“. Tatsächlich, so Riddell, habe sich der britische Anteil am Welthandel weiter verringert. Den Rentnern, so sagt Thatcher, habe die Regierung reale Einkommenserhöhungen beschert. Aber nur aus Versehen, erwidert Riddell, weil die Inflationsrate schneller gefallen ist als angenommen. Und im November plane die Regierung schließlich eine reale Rentensenkung, wenn die Rentenanstieg deutlich unter der Inflationsrate bleiben soll.

Die Arbeitslosigkeit sei gestiegen, weil mehr Frauen Arbeit suchten, schreibt Thatcher. Wieder falsch, sagt Riddell, nach einem scharfen Anstieg der Zahl arbeitssuchender Frauen sinke deren Zahl jetzt. Das sei jedenfalls nicht der Grund für die hohe Arbeitslosigkeit. Abschließend greift Riddell den Stil des Artikels, „bedeutungslose Wörter, pompöse Satzstellungen, unpassende Bilder“, an.

Noch vor einem Jahr wäre eine solche Attacke des Zentralorgans der

nach Plan, ihre Politik zeige Erfolg, der Silberstreif am Horizont werde jeden Tag breiter.

Die Kapitalisten verfallen nicht in den Irrtum, der Regierung die Krise selbst anzulasten. Denen, die Autoren wie Peter Riddell zahlen, paßt nicht, daß die Regierung ihren Zweck noch nicht erfüllt hat, aber ihre politische Basis dahinschwindet.

Margaret Thatcher war im Mai 1979 mit einem Programm der „Förderung der Eigeninitiative durch Steuerersenkungen“, der „Schaffung von Arbeitsplätzen durch höhere Profite“, „Stärkung der Wirtschaftskraft durch Begrenzung der Macht der Gewerkschaften“ in Whitehall angetreten. Grundlage dafür sollte eine strikt „monetaristische“ Politik nach den Auffassungen des Amerikaners Milton Friedman sein (siehe Politische Berichte 2/81, S. 37).

Unter dem Banner „monetaristische Politik“ begann das britische Finanz-

Spaltung in der Labour-Partei

Mit 3,375 Millionen gegen 2,865 Millionen Stimmen beschloß der Sonderparteitag der britischen Labour-Partei am 24.1.1981 den neuen Modus für die Wahl des Parteiführers. Danach haben die Gewerkschaften 40% der Stimmen, die Parteibeirke und die Parlamentsfraktion je 30%. Bislang bestimmte die Parlamentsfraktion allein den Parteiführer. Der angenommene Antrag kam von der Gewerkschaft der Ladenangestellten (USDW) und wurde von der Mehrzahl der Gewerkschaften unterstützt. Ein Antrag der Gemeindearbeitergewerkschaft, der Parlamentsfraktion 50% und den Gewerkschaften und Parteibeirken je 25% zu geben, scheiterte. Der jetzige Parteiführer Michael Foot hatte diesen Antrag unterstützt.

Wie schon bei der grundlegenden Entscheidung auf dem Labour-Parteitag im Oktober letzten Jahres, den Wahlmodus überhaupt zu ändern und damit der Fraktion ihr Privileg zu nehmen, versagten auch diesmal die Gewerkschaftsführungen mit ihren Blockstimmen dem regierungssozialdemokratischen Flügel der Parteiführung die Gefolgschaft.

Obwohl es eine Abstimmung über die Wahlordnung war, die zum ersten Mal im Oktober praktische Bedeutung erhalten wird, hat die Entscheidung weitreichende Folgen für die Labour-Partei. Auf dem letzten Parteitag war bereits beschlossen worden, daß alle Parlamentskandidaten

sich vor der Aufstellung von Bezirksparteitage bestätigen lassen müssen, auch wenn sie bereits im Parlament sind. Jetzt wird auch der Parteiführer auf einem Parteitag gewählt. D.h., damit kann der Parteitag, bei dem die Gewerkschaften etwa 90% der Stimmen haben, verbindlicher die Politik der Parlamentsfraktion bestimmen. Labour-Parteitage haben in den letzten Jahren unter anderem für die Verstaatlichung der Banken, gegen die EG-Mitgliedschaft, gegen die Stationierung von US-Raketen in Großbritannien und gegen die britische Atomrüstung gestimmt, Entscheidungen, um die sich die entsprechenden Labour-Regierungen einen Deut geschert haben.

Unmittelbar nach der Konferenz gaben drei frühere Labour-Minister, Shirley Williams, David Owen und William Rodgers, sowie der bisherige Vorsitzende der EG-Kommission Roy Jenkins die Gründung des „Council for Social Democracy“ bekannt, des „Rates für Soziale Demokratie“. Elf Parlamentsabgeordnete unterstützen bislang diese Gruppe.

Die offene Spaltung von der Labour-Partei haben sie bislang nicht vollzogen. In der Gründungserklärung heißt es: „Der schlimme Ausgang des Labour-Parteitages in Wembley erfordert einen neuen Anfang in der britischen Politik. Eine Handvoll von Gewerkschaftsführern kann jetzt über die Wahl eines künftigen Premierministers entscheiden.“ Nötig seien ein „gesunder öffentlicher Bereich (der Wirtschaft) und ein gesunder privater Bereich“. „Großbritannien muß sein Selbstbewußtsein wiederfinden und nach außen schauen und darf nicht isolationistisch, fremdenfeindlich oder neutralistisch sein. Wir wollen, daß Großbritannien eine vollständige und konstruktive Rolle im Rahmen der EG, der NATO, der Vereinten Nationen und dem Commonwealth spielt.“

Die bürgerliche Presse macht inzwischen Propaganda für eine neue „Centre Party“, eine Partei der Mitte. Die Bourgeoisie erhofft sich eine stärkere Isolierung der Arbeiterklasse als Folge der Labour-Spaltung.



kapital einen in der Tat viel Geld einbringenden Plünderungsfeldzug. Zwar wurden die direkten Steuern etwas gesenkt, dafür aber die Mehrwertsteuer erhöht. Inzwischen sind durch die Progression die Lohnsteuern höher als vor der Senkung, und die Regierung erhöht die indirekten Steuern im neuen Budget noch weiter. Milliardenkürzungen für die Gemeindehaushalte bedeuten höhere Gemeindesteuern und Gebühren bei schlechteren Leistungen. Unter dem Stichwort „Kreditverknappung“ erhöhten die Banken die Zinsen auf eine Rekordhöhe von mehr als 20% – das trifft die kleinen Kapitalisten und die Bauern besonders, unter denen die Bankrottgerichte reiche Ernte halten. Aber auch viele Arbeiter und Angestellte, die sich auf Hypothek mit variablem Zinssatz ein Haus gekauft haben, wurden von der Erhöhung voll getroffen. Der Preisindex für Mieten und Hypotheken stieg deshalb im letzten Jahr um 50%. Industrieminister

Joseph will jetzt, des billigeren Gases für die Industrie und der Marktkräfte wegen, das Haushaltsgas um 20% plus „Inflationserhöhung“ verteuern.

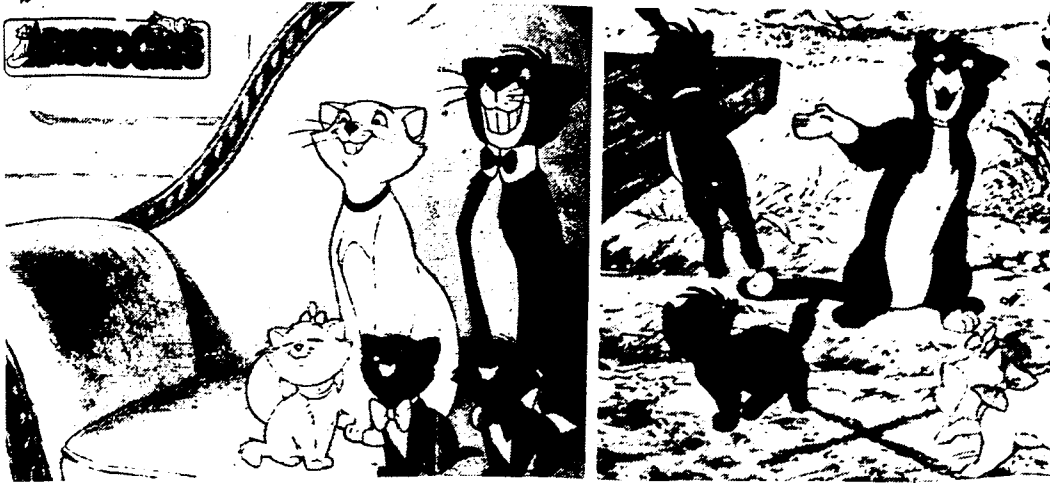
Gewählt wurde Thatcher von den traditionellen Tory-Wählern, also den Kapitalisten, der großen Zahl kleiner Couponschneider, den Bauern, weiten Teilen der Angestellten und wenigen Arbeitern. Inzwischen zeigt dies „konservative Lager“ kräftige Risse. Die konservativen Lokalparteien kritisieren die Zuschußkürzungen für die Gemeinden heftig. Die Abschaffung der Schulmahlzeiten konnte die Regierung nur mühsam, die Abschaffung des Schultransports nicht mehr im Oberhaus durchsetzen. Thatchers Regierungsumbildung vor drei Wochen diente der Unterdrückung von Opposition in der eigenen Fraktion und sogar in der Regierung. Selbst einzelne Kapitalisten kritisieren die Regierung (und meinen das Finanzkapital, das mit hohen Zinsen und gestrichenen Zu-

schüssen große Mengen Kapital vernichtet bzw. weiter zentralisiert.)

Die Vorhaben der Regierung gegen die Arbeiterbewegung sind bisher nur halb gelungen. Zwar konnte die Regierung gerade jetzt wieder einen 7,5%-Abschluß (bei 15% Inflation) gegen die eine Mio. Gemeindearbeiter durchsetzen. Aber die erklärten Ziele, Streikrecht und Gewerkschaftsrechte im Betrieb durch Gesetz weitgehend einzuschränken und die Arbeitslosen- und Versicherungszahlungen noch mehr zu senken, sind an zäher Gegenwehr der Arbeiter gescheitert. Und gerade die bislang treuesten Tory-Wähler, die Regierungsbeamten, wollen jetzt für 15% streiken.

Die Risse in der Basis der Regierung macht es für die Finanzbourgeoisie viel schwerer, den Entrechtungs- und Plünderungsfeldzug gegen die bislang so erfolgreich isolierte Arbeiterklasse erfolgreich fortzusetzen. Deshalb die Verärgerung über Thatcher.

Aristocats



Aristocats

Miefige Geschichte, aber gekonnte Zeichentrickfilmtechnik

Im Dezember und Januar ist in vielen Kinos der Zeichentrickfilm *Aristocats* gelaufen. Er ist eine Walt-Disney-Produktion.

Die Millionärin Adelaide Bonfamille will ihr Vermögen ihrer Angorakattenfamilie vermachen. Der Butler Edgar soll die Katzen nach ihrem Tod versorgen, aber erst nach dem Tod der Katzen kann er erben. Edgar hört ab und beschließt, die Katzenfamilie zu ermorden. Er verschleppt die Katzen.

Katzenmutter Duchess, Sohn Berlioz, Sohn Toulouse und die auf Liebe dressierte Tochter Marie wachen bei Gewitter am Fluß auf und sind verzweifelt. Aber Rettung naht. Tom O'Mally, Straßenkater, wie der kleine Toulouse verächtlich bemerkt, kommt singend und swingend den Weg entlang. Es gibt viele Abenteuer zu bestehen, aber geführt von Tom gelangen die Katzen zurück nach Paris. Dort lernen sie das Leben der Armen kennen, die aber glücklich sind. Den versoffenen Ganter Waldo, der in einem Restaurant in Weißwein gebraten werden soll, die Freunde von Tom, die ein bißchen verkommen sind, aber swingende Musik machen. Zum Schluß wird Tom in den Haushalt der Millionärin aufgenommen. Er muß sich für ein Familienfoto eine Schleife und einen Mittelscheitel anlegen.

Diese miefige Geschichte zieht Leute an, denn es ist ein guter Trickfilm, mit Musikelementen unterlegt. Die Herstellung des Films hat fast vier Jahre gedauert. 35 Zeichner haben 325000 Zeichnungen



angefertigt. Walt Disney hat die Technik der Animation, d.h. der Belebung, entwickelt. Grundlage seiner Zeichentrickfilme sind Tierstudien, die mit der Kamera gefilmt sind. Der Film wird in Bewegungsphasen eingeteilt.

Jede einsekundige Bewegungsphase wird in 18 oder 24 Bilder zerlegt. Auf diese Weise können die Zeichner den Ablauf der Bewegung der Tiere zeichnen. Sie reduzieren die Fotos auf die Hauptbewegungsformen und -charakteristika der Tiere und zeichnen

für jede Bewegung wieder 24 Bilder. Die Zeichnungen werden Bild für Bild aufgenommen, und durch das Abspulen des Films bewegt sich das Tier. Durch diese Methode können die Tiere in ihren Bewegungen ganz charakteristisch dargestellt werden. Der Witz entsteht dadurch, daß die Bewegungen „tierisch“, die Charaktere menschlich sind, oder zumindest so, wie sich Disney das „Menschliche“ vorstellt. So besteht die Stärke des Films in der Technik, und die Langlebigkeit kommt von Disneys Darstellung der Leute.



Noch ein Käfig voller Narren

Ein alterndes Schwulenpaar gerät in eine Spionageaffäre, in der die französische Spionageabwehr sich des Transvestiten Albin als Lockvogel bedient, um an einen Mikrofilm heranzukommen, auf dem die Namen eines feindlichen Spionagerings aufgeführt sind.

Die Attraktion dieses Filmes geht sicher nicht von diesem dürftigen klischeehaften Handlungsgerüst aus, sondern von einer gut gesetzten Situationskomik, die sich im wesentlichen aus einer Kette von Verwechslungen nährt:

Albin, seit über 20 Jahren von der Polizei verfolgt, weil er Frauenkleider trägt, will, um aus der Spionagegeschichte rauszukommen, „einen auf echten Mann machen“. Er wird nun wiederum von der Polizei gezwungen, sich auffällig als Frau in der Öffentlichkeit zu bewegen. Er versteckt sich vor der Verfolgung des Spionagerings mit seinem Partner in dessen süditalienischen Heimatdorf und muß hier, sonst nur Salons, Seide und Schönheitsschlaf gewohnt, um vier Uhr morgens den Männern das Frühstück machen und in harten Kattunkleidern die Dielen scheuern und, und, und ...

Daß man in diesem Film recht vorbehaltlos lachen kann, liegt daran, daß die Witze nicht auf Kosten von Schwulen gemacht werden, sondern die, die es verdienen, wie die Bullen der Spionageabwehr und ein Abgeordneter, der in die Geschichte verwickelt ist, ihr Fett wegstriegen.

„Lösegeld für Marx“, ein politischer Krimi

In der bürgerlichen Propaganda wird der wissenschaftliche Sozialismus nicht selten als menschenfeindliche Irrlehre verkertzt und die Begründer Marx und Engels als wahre Teufel gebrandmarkt. Eine andere Variante läßt keine Gelegenheit verstreichen, um den Nachweis zu führen, daß die Ziele der Kommunisten undurchführbar sind. Die Rückschläge der proletarischen Weltrevolution nähren diese kursierenden Ideen. In keinem entwickelten kapitalistischen Land konnte bislang der Sozialismus erkämpft werden, und die kommunistischen Organisationen haben geringen Einfluß. Diesem Problem nimmt sich der Action-Thriller

„Lösegeld für Marx“ von Michael Butterworth liebevoll an und verpackt es in eine aufregende Geschichte.

Der Taschendieb Fernworthy, der Amerikaner James J. Coker und die Werbemanagerin Angela Carruthers haben die geniale Idee entwickelt, die sterblichen Überreste von Karl Marx aus dem Grab im Londoner Highgate zu klauen und an Meistbietende zu verkaufen. Der Coup gelingt, über die Presse wirds bekanntgemacht, das Innenministerium steht Kopf, vermutet den sowjetischen Geheimdienst dahinter, und die NATO wird in Alarmbereitschaft versetzt. Seitenweise annoncieren Marxverehrer in der Zeitung und wollen für viel Geld einen Knochen. Die Bauern einer chinesischen Volkskommune, die sich durch Revolution vom feudalen Joch befreit haben, werden so als religiöse Wirrköpfe abgestempelt, die einen Teil ihrer kargen Jahresernte für einen heiligen Knochen hergeben.

Der Verkauf gestaltet sich jedoch als schwierig, bis die süditalienische kommunistische Partei (ML) auf den Plan tritt und als Alleinkäufer sich anbietet. Das Trio gerät in die Fangarme der Mafia, und der geniale Plan – schnell viel Geld zu bekommen – zerplatzt wie eine Seifenblase. Die Mafia macht das Geschäft.

Durch die versehentliche Vertauschung der Marx-Knochen mit denen eines katholischen Kardinals während dieser Transaktion bekommt die Geschichte noch einen Dreh gegen die katholische Kirche.

Michael Butterworth, Lösegeld für Marx, Ullstein-Krimi Nr. 1975

Zum Volkstheater von Dario Fo

Dario Fo wurde 1926 in Italien geboren. Bis heute hat er etwa 50 Stücke geschrieben, allesamt Farcen, Grotesken und Komödien. Bezeichnend für die Art seines Theaters sind bereits die Titel, wie z.B. „Isabelle, drei Segelschiffe und ein Jagdfezt“ über Kolumbus' Reise nach Amerika und den Raubzug des Ferdinand von Aragon; „Die Dame zum Wegwerfen“, ein Zirkusspektakel gegen den amerikanischen Imperialismus; „Zufälliger Tod eines Anarchisten“ über die Pinelli-Affäre; „Mama hat den besten Shit“ über das Drogenproblem. Aus Protest gegen die revisionistische Linie trennte sich Fo 1970 von der

KPI und gründete ein eigenes Theaterkollektiv, „La Comune“, das ständig auf Tournee ist und in ganz Italien pro Jahr etwa 700000 Zuschauer erreicht.

Dario Fo will mit seinem Theater Kenntnisse und Einsichten vermitteln, Agitation betreiben. Er begnügt sich nie mit einer bloßen oder rührseligen Darstellung von Verhältnissen und Vorfällen. Dieses „Lehrtheater“ ist ähnlich dem epischen Theater von Brecht, „wo nicht die Personen die Handlung vorantreiben, sondern die Situation“. Neu bei Fo ist sein ausdrücklicher Bezug auf die italienische Volkstradition. Er studierte ausführlich das Volkstheater der Spielleute und fahrenden Sänger, das Volkslied, die Tradition der mittelalterlichen Spielleute usw. Auf dieser Grundlage hat Fo sein Theater entwickelt: „Wir machen volkstümliches Theater, und das Volkstheater hat immer die Groteske, die Farce – sie ist eine Erfindung des Volkes – benutzt, um ein dramatisches Moment auszudrücken ... Das Volk verwendet nie die dramatische Methode der oberen Schichten, die nur das Herz anspricht, sondern zielt auf das heftige Gelächter des Zuschauers ab ... Wahres Volkstheater ist immer lustig, auch wenn es ernste Themen behandelt. Die Satire ist die Waffe des Volkes, sie ist der höchste Ausdruck des Zweifels, die wichtigste Hilfe der Vernunft.“ Diese Verbindung von Agitation und Unterhaltung, die Tatsache, daß politische Erkenntnis mit einem Augenzwinkern statt mit dem erhobenen Zeigefinger vermittelt wird, die Entlarvung durch Sa-



ture und Groteske, die Agitation durch Lachen macht das Theater von Dario Fo so anziehend. Einige seiner Stücke werden seit Jahren in westdeutschen Theatern und in Jugendzentren gespielt. Ein Besuch lohnt sich.

Rüstungsexport

Regierung plant Steigerung der Kriegsfähigkeit der BRD

Im Windschatten der Präsidentschaft Reagans, aber schon ange-nagt vom öffentlichen Zweifel der Finanzbourgeoisie an ihrer Regierungsfähigkeit, ist Kanzler Schmidts Regierungspartei in einiger Hektik damit befaßt, die Bedingungen für das Auftreten der westdeutschen Bourgeoisie als imperialistischer Führungsmacht in Europa und imperialistischer Weltmacht im Bündnis mit den USA, Großbritannien und Frankreich zu verbessern.

Die BRD sei in eine „neue Rolle hineingewachsen“ und hätte für Frieden nicht nur in Mitteleuropa zu sorgen – unter dieser Losung haben Schmidt, Wehner und Bahr in der SPD-Fraktion eine Debatte eröffnet, die zur Aufhebung noch bestehender Exportbeschränkungen für Kriegswaffen führen soll. Der Aufhänger ist der geplante Verkauf von Leopard 2-Panzern an Saudi-Arabien und die Genehmigung für die Lieferung von zwei U-Booten an Chile.

Unter der scheinheiligen Debatte: „Wie erkennt man ein Spannungsgebiet?“ und „Sind Waffenlieferungen in gehöriger Menge und gut verteilt nicht ein Mittel der Friedensstiftung?“, geht es zunächst um die regierungsamtliche Änderung der Ausführungsrichtlinien zum Kriegswaffenkontrollgesetz von 1961. In ihren Ausführungsgrundsätzen zum Kriegswaffenkontrollgesetz hatte die Regierung am 16.6.71 vertreten, Kriegswaffenexporte in Länder außerhalb der NATO seien nur in Ausnahmefällen, in „Spannungsgebiete“ grundsätzlich nicht zu genehmigen. Noch 1978 brüstete sich Kanzler Schmidt vor der UN-Sondergeneralversammlung für Abrüstung: „Nur in insgesamt geringfügigen Ausnahmefällen erlauben wir überhaupt Waffenlieferungen an Staaten außerhalb unseres eigenen Bündnisses ... in internationale Spannungsgebiete lassen wir Waffenlieferungen grundsätzlich nicht zu.“ Allerdings, schon im Sommer letzten Jahres hatte die Zeitschrift „Wirtschaftswoche“, untermauert mit den entsprechenden Forderungen der Vertreter waffenproduzierender Konzerne, klargestellt: Eine Änderung der Genehmigungsrichtlinien für Rüstungsexporte sei nur ein erster Schritt. Das eigentliche Problem sei, daß Kriegswaffenexporte überhaupt der Regierungskontrolle unterworfen seien.

Denn behindert das Kriegswaffenkontrollgesetz zwar in keinster Weise alle Arten von staatlicher „Militärhilfe“ oder „NATO-Ausrüstungshilfe“, so erzwingt es andererseits, jeglichen Export von Kriegswaffen – im Unterschied zu anderem Warenexport – per Genehmigung durch die Regierung als öffentlichen Staatsakt durchzuführen. Kooperationsgeschäfte und Gründung von ausländischen Tochterfirmen sind da auf die Dauer auch keine Lösung, und Dreiecksgeschäfte sind auch nur solange gut, wie sie nicht auffliegen. Worauf die SPD aber noch keine rechte Antwort gefunden hat: Das Kriegswaffenkontrollgesetz ist ein Ausführungsgesetz zum Grundgesetz.

In ihr Grundgesetz hatte die westdeutsche Bourgeoisie 1949 als Zugeständnis an die Niederlage des deutschen Faschismus und an den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Wiederaufrüstung aufnehmen müssen: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das nähere regelt ein Bundesgesetz.“ (GG, Art. 26, Abs. 2) Mit dem Beitritt zur Westeuropäischen Union (WEU) mußte sich die BRD zum Verzicht auf die Herstellung von atomaren, chemischen und biologischen Waffen bereiterklären sowie zum Verzicht auf die Herstellung von verschiedenem schweren Kriegsgerät, u.a. Langstreckenraketen, Lenk Waffen, Kriegsschiffen. Mit dem Beitritt zur NATO hat sich die westdeutsche Bourgeoisie die Möglichkeit zur Umgehung dieser Rüstungsbeschränkungen beschafft. Seit 1959 wurden durch die WEU fortlaufend Produktionsbeschränkungen aufgehoben. Zunächst für panzerbrechende Waffen, zuletzt 1980 für Kriegsschiffe über 6000 t. Trotz der bestehenden Beschränkungen konnte die BRD erneut eine Rüstungsproduktion aufbauen und ist gegenwärtig der fünftgrößte Waffenexporteur. Bereits Mitte der 70er Jahre waren die Waffenexporte größer als die Importe. Mitte der 60er Jahre bereits erreichte das Militärhilfeprogramm

der damaligen CDU-Regierung mit den Lieferungen an Israel und der NATO-Hilfe an Griechenland, Portugal und die Türkei einen Höhepunkt mit einem Volumen von nahezu einer Mrd. DM, wovon der größte Teil über den Regierungshaushalt abgewickelt wurde. Ein Ziel der „Friedenspolitik“ Brandts beim Regierungsantritt war die Einschränkung des Rüstungsexports.

Noch in den 70er Jahren waren die Kapazitäten der westdeutschen Rüstungsproduktion mit der Ausrüstung der Bundeswehr und den diversen NATO-Hilfen im wesentlichen ausgelastet. Jetzt vertreten Regierung und waffenproduzierende Konzerne bereits das ehrgeizige Ziel, den Inlandsabsatz auf unter 50% der Gesamtproduktion zu drücken. Dazu sollen die Exportbeschränkungen in Nicht-NATO-Länder fallen.

In der Gewerkschaftsbewegung wächst die Kritik an der Beseitigung noch bestehender Exportbeschränkungen für Kriegswaffen, weil die Steigerung des Waffenexports nur der Ausdehnung der Rüstungskapazität der westdeutschen Bourgeoisie und damit der Hebung ihrer Kriegsfähigkeit sowie der Ausweitung der imperialistischen Einmischung dient. Die IG Metall hat die Bundesregierung aufgefordert, die Richtlinien nicht zu ändern.

Tanzkultur

Die Reaktion zittert vor dem Haß oder ergötzt sich an der Ohnmacht

Die arbeitenden Klassen brechen in der französischen Revolution auch mit der Kultur der alten Gesellschaft. Sie tanzen, um den Freiheitsbaum und um die Guillotine, aber nicht den überkommenen Reigen, sondern in haßerfülltem, wildem, vorwärtsstompfendem 2/4-Takt einen neuen Tanz – die Carmagnole. Und die europäischen Feudalen und die Bourgeoisie erzittern.

Es waren gewiß nicht weniger als fünfhundert Menschen, und sie tanzten wie fünftausend Dämonen. Sie hatten keine andere Musik als ihren eigenen Gesang. Sie tanzten nach dem beliebten Revolutionslied in einem wilden Takt, der



einem einstimmigen Zähneknirschen glich. Männer und Weiber, Weiber und Weiber, Männer und Männer tanzten miteinander, wie sie der Zufall zusammengeführt hatte. Anfangs war es bloß ein Gewühl von groben roten Mützen und groben wollenen Lumpen, aber als sie die Straße füllten und vor Lucie auf der Stelle tanzten, wurde der gespenstische Umriss einer toll gewordenen Tanzfigur unter dem Haufen sichtbar. Sie avancierten, retriierten, schlugen einander an die Hände, packten einander am Kopf, drehten sich allein im Kreis, faßten einander und drehten sich paarweise, bis viele erschöpft hinsanken. Während diese am Boden lagen, reichten sich die übrigen die Hand und tanzten im Kreis herum; dann löste sich der Reigen, und in kleinen Kreisen von zweier oder vierer drehten sie sich weiter, bis alle gleichzeitig stillstanden, wieder anfangen, die Hände aneinanderschlugen, sich packten und fortrissen und dann in umgekehrter Richtung herumwirbelten. Plötzlich blieben sie wieder stehen, machten eine Pause, schlugen einen neuen Takt an, bildeten Reihen die Straße entlang und stoben mit tiefgesenkten Köpfen und hoch erhobenen Händen kreischend von dannen. Kein Gefecht hätte erschreckender sein können als dieser Tanz. Es war so recht ein gefallener Tanz, etwas ehemals Unschuldiges, das jetzt jeder Teufel ausgeliefert war, eine gesunde Zerstreuung, jetzt in ein Mittel verwandelt, das Blut zu entzünden, die Sinne zu verwirren und das Herz zu verhärten. Die Grazie, die sich dabei noch zeigte, machte es nur um so häßlicher, denn sie verriet, wie verkehrt und verderbt alle von Natur guten Dinge geworden waren. Der in diesem Tanz entblößte Mädchenbusen, der fast noch kindliche Kopf, im Wahnwitz erhitzt, der zarte Fuß, der in diesem Sumpf von Blut und Schmutz tänzelte, waren Zeichen der aus den Fugen geratenen Zeit. Das war die Carmagnole. (Aus: Dickens, Die Geschichte ...)



In der Julirevolution 1830 erheben sich die Pariser Plebejer erneut; der Aufstand endet in der Julimonarchie, der Herrschaft der Finanzaristokratie, von Bankiers, Börsenkönigen, Eisenbahnkönigen, einem Teil des mit ihnen verschwisterten Grundeigentums. Die Volksmassen sind erneut betrogen, geschlagen. Die ganze bürgerliche Gesellschaft verfällt. „Indem die Finanzaristokratie ... über sämtliche organisierte öffentliche Gewalten verfügte, die öffentliche Meinung durch die Tatsachen und durch die Presse beherrschte, wiederholte sich in allen Sphären, vom Hofe bis zum Café Borgne dieselbe Prostitution, derselbe schamlose Betrug, dieselbe Sucht, sich zu bereichern, nicht durch die Produktion, sondern durch die Eskamotage schon vorhandenen fremden Eigentums, brach namentlich an den Spitzen der bürgerlichen Gesellschaft die schrankenlose, mit den bürgerlichen Gesetzen selbst jeden Augenblick kollidierende Geldendmachung der ungesunden und liederlichen Gelüste aus, worin der aus dem Spiel entspringende Reichtum naturgemäß seine Befriedigung sucht, wo der Genuß ausschweifend wird, wo Geld, Schmutz und Blut zusammenfließen.“ (Marx)

Seit 1823 (und bis zum Verbot 1835) lief auf der Pariser Bühne das Schauspiel „Hotel Sonnenhang“ mit der Hauptfigur des Robert Macaire, dem Typ des skrupellosen, durchtriebenen Geschäftemachers, der nun, nach der Julirevolution, „auf dem Throne“ ist. In Paris wird der Cancan kreiert; die öffentlichen Ballsäle, in die das Volk strömt, beherrscht eine Variante des Cancan, noch zügelloser, noch gemeiner, noch ekstatischer – der Robert-Macaire.

„Wer von Robert Macaire einen ungefähren Begriff hat, begreift jene unaussprechlichen Tänze, welche eine getanzte Persiflage, nicht bloß die geschlechtlichen Beziehungen verspotten, sondern auch die bürgerlichen, alles, was gut und schön ist: Begeisterung, Vaterlandsliebe, Treue, Glauben, Familiengefühle, Heroismus, Gottheit. Mit unsäglichlicher Trauer erfüllte mich immer der Anblick des tanzenden Volkes an den öffentlichen Vergnügungsorten von Paris, besonders in den Karnevalstagen, wo der tolle Mummenschanz die dämonische Lust zum Ungeheuerlichen steigert.“ (Heinrich Heine, zitiert nach: Otterbach, Die Geschichte ...)



„Stippeföttche“

Dieser Tanz ist eine Persiflage auf die herrschenden Verhältnisse; beißend kritisieren die Volksmassen die Orgien der Finanzaristokratie, die „auf den erhabensten Bühnen der bürgerlichen Gesellschaft dieselben Szenen öffentlich aufführt, welche das Lumpenproletariat regelmäßig in die Bordells, in die Armen- und Irrenhäuser, vor den Richter, in die Bagnos und auf das Schafott führen.“ Aber ihre Kritik bleibt ohnmächtig. Politisch geschlagen und desorganisiert treiben sie im Tanz hilflos und umso ungehemmter auf die Spitze, was die Finanzaristokratie vorexerziert. Die Blüte des Robert-Macaire scheint auch kurz gewesen zu sein, und der Cancan hielt sich ebenfalls nur in der Welt, die ihn hervorgebracht hat, der Halbwelt.

Ähnliche Elemente ohnmächtiger Kritik finden sich, wenn gleich stark abgeschwächt, in den Tänzen und Bräuchen vor allem des Kölner Karnevals wieder. Z.B. ist das „Stippeföttche“ der „Roten Funken“ – dieser erste Karnevalsverein entstand 1823 während der bürgerlichen Reform des Karnevals in Anlehnung an die Stadtsoldaten der alten Reichsstadt und rekrutiert sich ebenso wie diese hauptsächlich aus dem städtischen Kleinbürgertum – eine Parodie auf den Drill der verhaßten preussischen Armee, jedoch eine ordinär abgeflachte. Die dumpf empfundene Abscheu des Kleinbürgertums gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse gebärdet sich hier so recht zotig bis obszön und trägt Züge von Prostitution. Letzten Endes ist es die Bourgeoisie, die sich ergötzt.

Literaturhinweise: Marx, Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, MEW Bd. 7; Daumier, Robert Macaire, der unsterbliche Betrüger, Insel-Taschenbuch 249; Charles Dickens, Eine Geschichte zweier Städte, Winkler Dünndruckausgabe; Hasek, Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk; Friedemann Otterbach, Die Geschichte der europäischen Tanzmusik, Heinrichshofen's Verlag 1980.

„Man spielte eine magyrische Operette, deren Hauptrollen mit mollen jüdischen Schauspielerinnen besetzt waren, deren fabelhafter Vorzug darin bestand, daß sie beim Tanzen die Beine in die Höhe warfen und weder Trikots noch Hosen anhatten. Der größeren Attraktionskraft auf die Offiziere zu lieb rasierten sie sich unten aus wie die Tatarinnen. Die Galerie hatte davon allerdings keinen Genuß, einen um so größeren aber die Artillerieoffiziere, die unten im Parkett saßen und dieses schönen Anblicks halber ins Theater ihre Artillerietrierer mitnahmen.“ (Aus: Hasek, Die Abenteuer ...)



Karnevalsballt beim Cancan

Zukunft

Voraussagen von US-Behörden über die Entwicklung der Erde

In Erfüllung eines Untersuchungsauftrages des eben abgetretenen US-Präsidenten Jimmy Carter vom Mai 1977 „über die voraussichtlichen Veränderungen der Bevölkerung, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt auf der Erde bis zum Ende dieses Jahrhunderts“ haben die einschlägigen Bundesbehörden einschließlich der CIA nach drei Jahren einen Bericht als Grundlage für die längerfristige Planung vorgelegt. Die Untersuchungen sind schlecht integriert. Verwendet wurde die Methode, Ergebnisse einer Spezialstudie, beginnend mit der Bevölkerungsprognose, als Eingabedaten für die nächste zu verwenden. In Wirklichkeit würden Ressourcen, z.B. Wasser, in vielen Fällen nicht gleichzeitig für die Bewässerung, die Industrie, als Vorrat usw. zur Verfügung stehen. Insgesamt beruht die Methode darauf, die jetzt herrschenden Verhältnisse ins Jahr 2000 zu verlängern. Das Datum ist willkürlich und dient der Anmeldung des Anspruchs der USA, die weltbeherrschende Stellung, die sie in diesem Jahrhundert erreicht hat, im nächsten Jahrtausend fortzusetzen.

Als Planungszeitraum zur Beeinflussung der Geschichte der Menschheit sind 20 Jahre sehr wenig. Für diese kurze Zeit wird jedoch das Verschwinden der Hälfte der Wälder, das Aussterben von 20% der Tier- und Pflanzenarten vorausgesagt. Das beeinträchtigt nicht nur die Holzressourcen, sondern auch die Nahrungsmittelproduktion, da zahlreiche wilde Pflanzen gebraucht würden zur Kreuzung mit Kulturpflanzen, um widerstandsfähige und ertragreiche Sorten zu erhalten. Dazu kommt die Verschlechterung des Bodens und der Verlust seiner Fähigkeit, überhaupt wieder Wälder derselben Qualität hervorzubringen.

Schuld daran sollen im wesentlichen die UL sein, wie die „unterentwickelten Länder“ durchgängig genannt werden, die zu meist das Schicksal haben würden, bei der zunehmenden Spaltung der Welt in wohlhabende und verhungerte Nationen so arm zu sein, daß sie sich kein Öl zum Heizen, geschweige denn für die Entwicklung ihrer industriellen Produktion kaufen könnten. Sie holzten daher die unersetzlichen tropischen Urwälder ab, verfeuerten sie und verschmutzten die Atmosphäre mit Kohlenstoff. Die Attitüde der brennenden Sorge um das Schicksal der Menschheit wird nur aus Versehen durchbrochen, wenn über die ständig beschworenen Rettungsmaßnahmen ein konkretes Wort fällt: „Die thailändische Regierung kündigte ... 1978 an, sie würde nunmehr ihre Autorität zu Schnellverfahren und sogar zu Hinrichtungen einsetzen, um unautorisierten Holzschlag in den Staatswäldern zu bestrafen ... Es bleibt abzuwarten, ob die UL die ... Bauern und Holzfäller daran hindern können, ... die Wälder kahlzuschlagen.“

Wenn nicht, bieten sich die USA an als Umweltschutzpolizei, die weltweit durchgreift, um die „Teufelskreise“ zu durchbrechen. Daß sie sich allmählich wieder trauen können, mit solchen Ansprüchen gegenüber den Völkern aufzutreten, dafür können sie Jimmy Carter und seiner Menschenrechtskampagne ein Denkmal setzen.

Global 2000, Der Bericht an den Präsidenten. Zweitausendundeins, Frankfurt 1980. 20 DM.

Theoretiker der Dritten Welt

Nyerere: Auf die eigenen Kräfte stützen!

Das Entwicklungsmodell, das IWF-Erpresser und Weltbank-„Berater“ Ländern der Dritten Welt verordnen, sieht etwa so aus: Mit imperialistischen Krediten und Direktinvestitionen werden „Entwicklungspole“ geschaffen, z.B. eine Coca-Cola-Abfüllfabrik, die bewirken sollen, daß die Wirtschaft des Landes „abhebt“. In Wirklichkeit ist das Hauptergebnis neben tiefer Verschuldung jedesmal Zerrüttung der traditionellen Produktionsweise gewesen. Die Bauern konnten die Produkte der modernen Fabriken weder brauchen noch zahlen. Die „Pole“ stellten sich als imperialistische Brückenköpfe heraus.

Dagegen hat der tansanische Präsident Nyerere Mitte der 60er Jahre die theoretische Konzeption eines „tansanischen Sozialismus“ entwickelt, der an die traditionelle gemeinschaftliche Produktionsweise anknüpft. Mit der von Nyerere verfaßten Arusha-Deklaration (1967) wurde dieses Konzept als Grundlage für den weiteren Aufbau beschlossen.

Nyerere geht von zwei Tatsachen aus. Erstens: Es ist unmöglich, „in unserer Entwicklung weitgehend von ausländischen Regierungen und Gesellschaften abhängig (zu) sein, ohne diesen Regierungen und Ländern einen Teil unserer Entscheidungsfreiheit abzugeben“. Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist nur „gestützt auf die eigene Kraft“ zu erreichen. Zweitens: „In der absehbaren Zukunft wird die große Mehrheit unseres Volkes weiter in den Landgebieten leben und auf dem Land arbeiten. Das Land ist die einzige Basis für die Entwicklung Tansanias.“

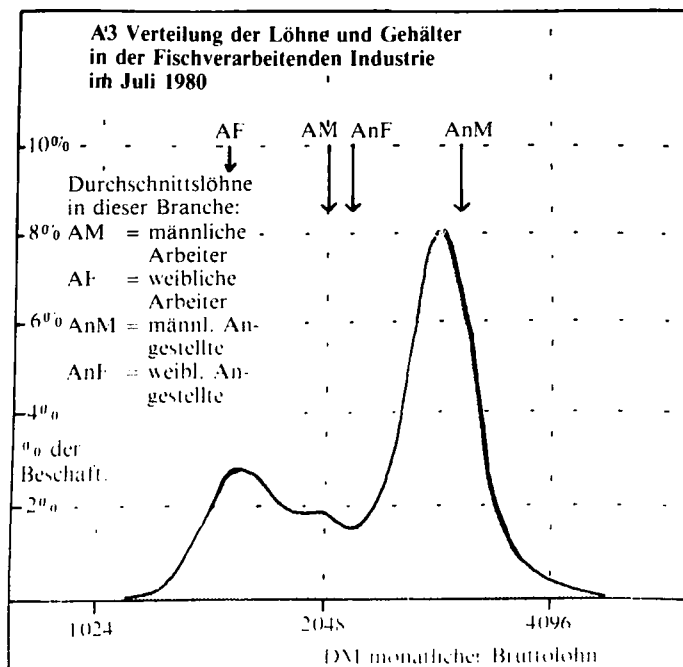
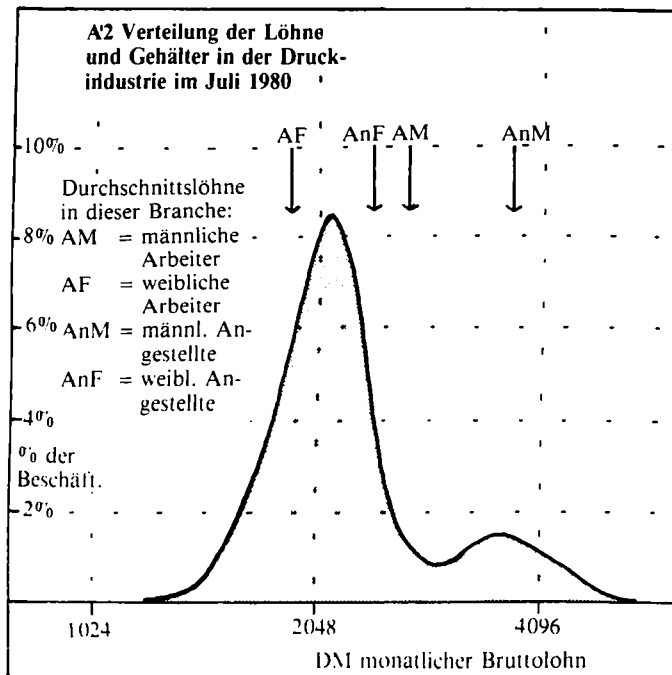
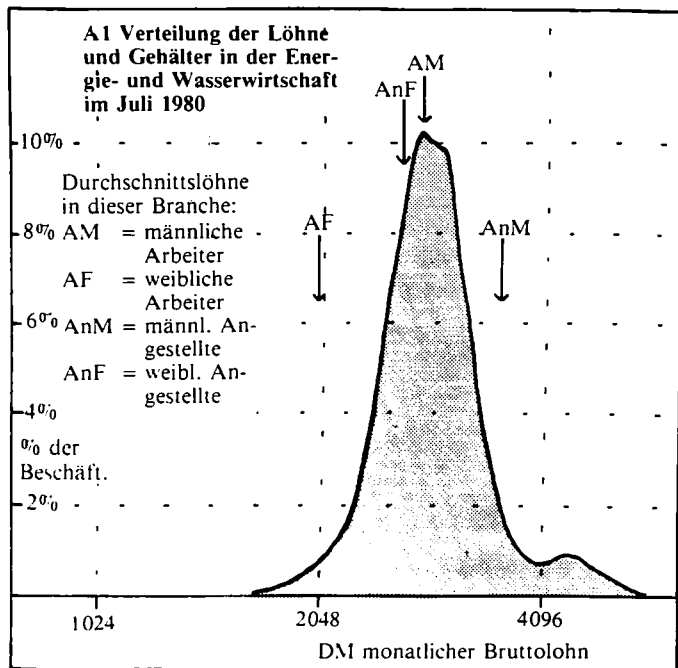
Der Kolonialismus hatte das herkömmliche Gemeineigentum an Boden zerstört. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit (1961) betrieb der größte Teil der Bauern Subsistenzwirtschaft auf eigenem Land. Die Spaltung in kapitalistische Grundbesitzer und Landarbeiter begann sich zu entwickeln. Der Zusammenschluß der Bauern in gemeinschaftlich produzierenden Ujamaa-Dörfern soll diese Klassenspaltung aufhalten und die Armseligkeit, die der traditionellen Produktionsweise anhaftete, überwinden.

Ein einziger Arbeitsplatz in einer hochmechanisierten Fabrik, rechnet Nyerere vor, koste mindestens 40000 TSh. Dagegen könne ein Bauer durch Anschaffung eines Ochsenpflugs für 250 TSh seine Getreideanbaufläche verdoppeln. „Statt große Farmen anzustreben, die Traktoren und anderes modernes Gerät benutzen und Landarbeiter beschäftigen, sollten wir anstreben, überall im Land Ochsenpflüge zu haben. Die Jumbe (Hacke) muß durch den Ochsenpflug eliminiert werden, bevor der letztere durch den Traktor eliminiert werden kann.“

Dementsprechend wurde auch mit der übermäßigen Konzentration der gesamten (kleinen) Industrie in den wenigen Städten Schluß gemacht. „Wir können gleichzeitig Kleinindustrie und Service-Stationen in den Landgebieten entwickeln, wo die Leute leben, und so die ländliche Wirtschaft diversifizieren.“ Auch bei größeren Fabriken müsse aber geprüft werden, ob „die modernste Maschinerie, die es in der Welt gibt, notwendig ist. Wir müssen überlegen, ob einige ältere Anlagen, die mehr, aber weniger hochqualifizierte Arbeitskraft brauchen, unseren Bedürfnissen nicht besser entsprechen.“

Das Streben nach uneingeschränkter nationaler Unabhängigkeit hat die tansanische Führung, an der das Proletariat nicht mit einer eigenen Klassenpartei beteiligt ist, veranlaßt, einen sozialistischen Weg einzuschlagen. Eine Reihe von theoretischen wie praktischen Fragen blieb dabei noch ungeklärt. So bezieht Tansania noch immer den größten Teil seiner Exporterlöse aus landwirtschaftlichen Rohstoffen wie Sisal und Kaffee und muß moderne Produktionsmittel importieren. Häufig sind durch die Bildung der Ujamaa-Dörfer Bauern, die vorher nur für den Eigenbedarf produzierten, überhaupt erst in diese vom Imperialismus aufgezwungene Arbeitsteilung hineingezogen worden. Die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter erscheinen bei Nyerere oft ökonomisch als „Ausbeutung“ der Bauern und politisch als Anschlag auf die nationale Einheit gegenüber dem Imperialismus. Daß mit dem Aufbau einer Schwerindustrie begonnen worden ist, wird die Klärung dieser Fragen sicher beschleunigen.

Nyerere. „Afrikanischer Sozialismus“ und „Bildung und Befreiung“, in: Texte zum kirchlichen Entwicklungsdienst, 5 und 14. 1979 bzw. 1977, 4,50 DM und 6,50 DM.



Ausgleichende Lohnpolitik führt zu Löhnen und Durchschnittsgehältern

In der Arbeiterbewegung Westdeutschlands und Westberlins ist das Bestreben stark, Lohnpolitik durch besondere Berücksichtigung der untersten Lohn- und Gehaltsklassen zu machen. Für dies Bestreben stehen nicht nur die entsprechenden Lohnforderungen, sondern auch die tägliche Arbeit von tausenden Betriebsräten, die stets versuchen, durch Ausnutzung tarifvertraglicher Bestimmungen Bezahlung zu Niedrigstlöhnen in ihrem Betrieb zu verhindern. Für dies Bestreben stehen auch die oft wenig durchsichtigen Versuche der zuständigen Tarifabteilungen der Gewerkschaften, in die Tätigkeitsbeschreibungen usw., welche die Kapitalisten so gestaltet wissen wollen, daß eine Nagelung auf niedrigst je mögliche Löhne herauskommt, Schlupflöcher zu reißen, die dem Betriebsrat was ermöglichen, wenn die Kräfteverhältnisse gerade danach sind.

Die Arbeiterbewegung führt den Lohnkampf mit dem Ziel, die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse sicherzustellen, und konfrontiert mit dem Profitstreben der Kapitalisten, die akkumulieren wollen. Für die Akkumulationsgeschwindigkeit des Kapitals ist es egal, wie die Lohnsumme unter die verschiedenen Sorten Arbeitskräfte zur Verteilung kommt, den Kapitalisten interessiert, wieviel er überhaupt für Löhne und Gehälter zahlen muß und daß er möglichst wenig dafür zahlen müsse.

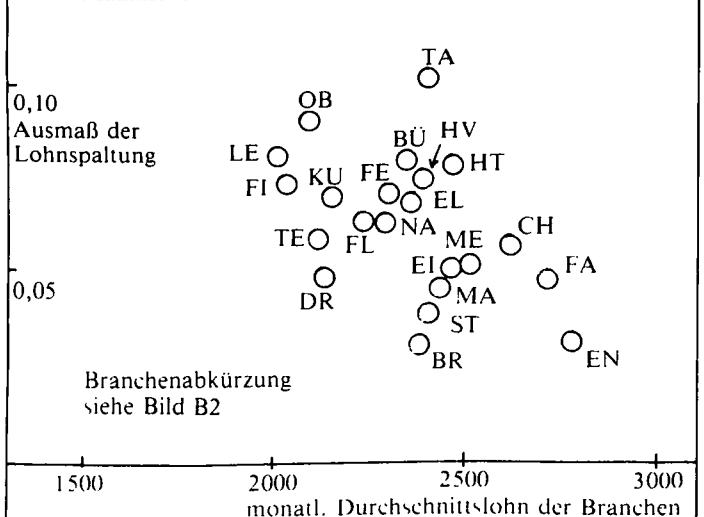
Wieso kommt es dann gerade um die Frage der Verteilung der Lohnsumme, also wieviel für welche tarifizierte Sorte Arbeitskraft zu zahlen ist, zu derartigen Konflikten? Woher der glühende Haß der Kapitalisten gegen „Nivellierung“, gegen „Gleichmacherei“ usw? Um dieser Frage näherzukommen, macht man sich am besten eine vereinfachte Vorstellung von der Wirkung „nivellierender“ Forderungen.

Von einer Belegschaft werde ein Drittel mit 1800 DM bezahlt, ein weiteres Drittel mit 2250 DM, ein weiteres Drittel mit 2812,5 DM. Die Gesamtlohnsumme beträgt, pro Kopf gerechnet, 2287,50 DM. In Prozenten des Durchschnitts stünden die Gruppen auf 78,7%, 98,4% und 123,0% des Durchschnittslohnes. Bei einer Festgelderhöhung um z.B. 200 DM würde diese Relation verändert. Auf 80,4%, auf 98,5% und auf 121,1%. Der Abstand zum Durchschnitt hätte sich also verringert.

Die Wirkung der Lohnpolitik, die von den Kapitalisten unter dem Schlartruf „leistungsfeindlich, gleichmacherisch, nivellierend“ bekämpft wird, müßte also in einer Verringerung der Streuung der Löhne und Gehälter um ihren Durchschnitt bestehen.

Die Verringerung der Streuung der Löhne und Gehälter um ihren Durchschnitt würde als Kampfziel ein bißchen komisch klingen. Schließlich geht's um den Lohnkampf, und von einem guten Varianzkoeffizienten, der diese Streuung ausdrückt, kann man

**B1 Effektivlohn-Durchschnitte
Männlicher Arbeiter Juli 1980**



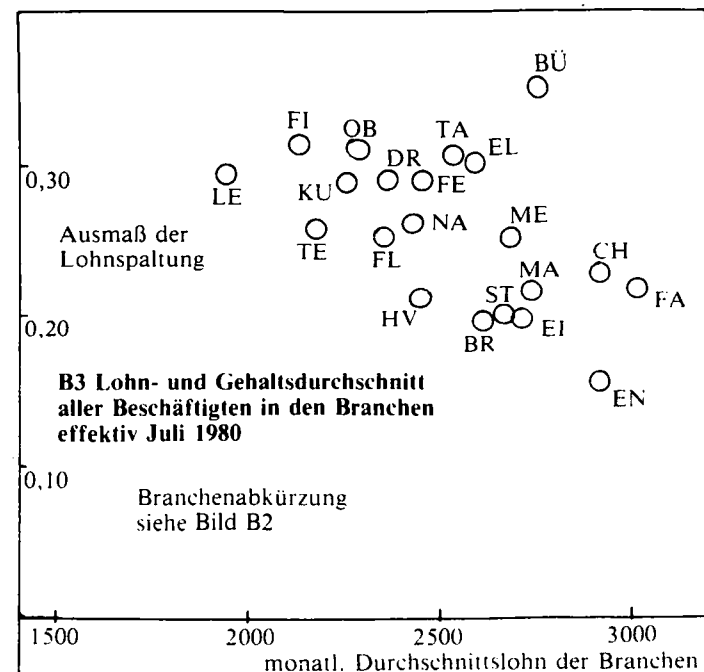
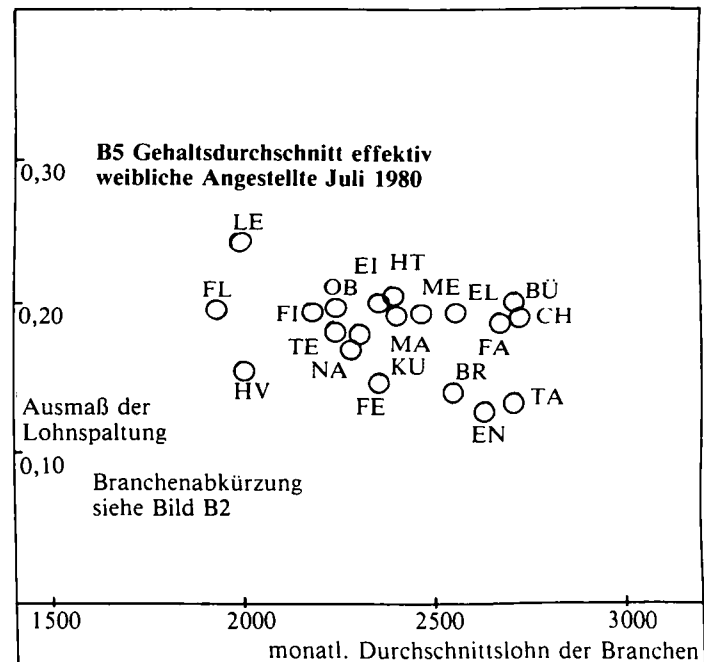
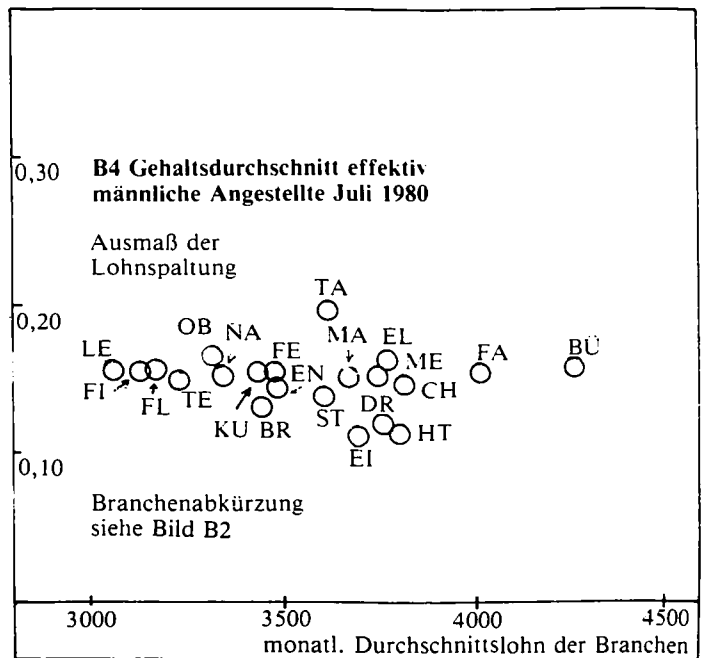
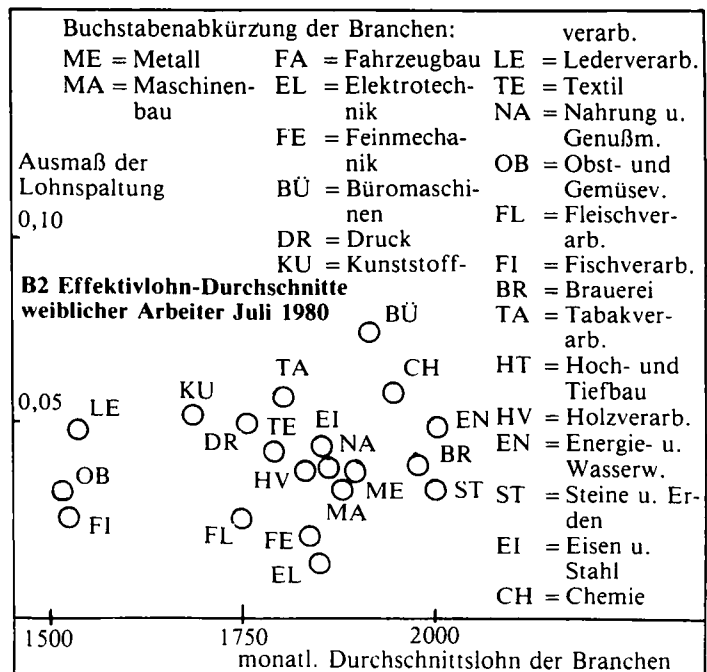
heren Durchschnitts-

sich auch nichts kaufen. So steht dann schon die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen einer solchen Lohnpolitik und der Lohnsumme, die den Kapitalisten konkret entrisen werden kann, besteht, und wenn er besteht, dann worin?

In dem vorhin benützten Beispiel würde die Frage dann lauten: Würde diese Belegschaft, die jetzt per 200 DM für alle gleich eine Erhöhung der Lohnsumme um 8,7% entrisen hat, mit einiger Wahrscheinlichkeit annehmen können, daß sie z.B. mit einer reinen Prozentforderung genau dasselbe Ergebnis erzielt haben würde, oder aber ein niedrigeres, z.B. 7,0%, oder aber ein höheres, z.B. 10,0%?

Selbstverständlich kann man in so einer Sache nicht mit Sicherheiten handeln, sondern bloß mit Wahrscheinlichkeiten, da ziemlich viele Umstände wirksam sein würden. Aber dennoch ergibt die statistische Untersuchung der Lohnverteilungen der verschiedenen Industriebranchen, daß in der BRD und Westberlin in jenen Branchen, in denen die Streuung der gezahlten Löhne und Gehälter um den Durchschnittslohn niedriger ist, der Durchschnittslohn höher ist und umgekehrt. Die Tatsache selber ist für die BRD und Westberlin feststehend. Die Tatsache selber macht auch die verbitterte Gegenreaktion der Kapitalisten erklärlich, denn sie können ganz gut rechnen und sind große Empiristen. Für sie beginnt das Lied mit der Strophe von der Besserung der niedrigsten Löhne und Gehälter und endet aber bei einer beachtlich höheren Lohnsumme. Ebenso erklärt sich, warum diese Art von Lohnpolitik so entschiedene Anhängerschaft in der Arbeiterbewegung hat und zwar durchaus auch bei Leuten, die selber nicht unerheblich mehr verdienen.

Wieso aber diese nachweisbaren Wirkungen auf die Höhe der Lohn- und Gehaltssumme und also den Durchschnittslohn entstehen und wie, das ist einigermaßen schwierig. Denn die Streuung der Löhne und Gehälter um ihren Durchschnitt ist nicht beliebig, nicht von reinen Zufälligkeiten abhängig, sondern eine Größe, die durch zwei Kräfte geformt wird: Die Reproduktionskosten für die Arbeitskraft, die den Wert dieser Arbeitskraft bestimmen, und die Marktlage für den Verkauf der Arbeitskraft, die ausgedrückt wird in der Konkurrenz der Arbeiter untereinander, die als Verkäufer den Markt betreten, der Konkurrenz der Kapitalisten gegeneinander, die als Käufer den Markt betreten, und der Konkurrenz zwischen beiden, die sich als Gewerkschaft und Kapitalistenverband gegenüberstehen. Mit dieser Frage werden wir uns in einem der nächsten Hefte beschäftigen, einstweilen liefert die bloße Tatsache ein Argument und macht erklärlich, wieso um diese Frage mit solcher Erbitterung gekämpft wird.



Kommunen

Angesetzt auf Gebührenplünderung und Lohnsenkung



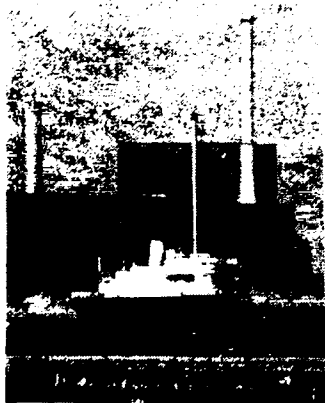
„Die Kommunen werden durch Umwandlung der staatlichen Zweckzuweisungen in Stand gesetzt, ihre Aufgaben frei von staatlicher Lenkung zu erfüllen“, so Ministerpräsident Albrecht. – „Frei von staatlicher Lenkung“? Durch sinkenden Steueranteil und sinkende Zuweisungen werden die Kommunen auf steigende Gebührenplünderung, auf Rationalisierung und Lohnsenkung im öffentlichen Dienst angesetzt. Der Widerstand in den Gewerkschaften wächst.

Karibik

Die Länder Mittelamerikas wollen keine „Bananenrepubliken“ mehr sein

Fast jedes Land dieser Region ist schon mindestens einmal von den USA überfallen worden, Puerto Rico ist bis heute US-Kolonie. Reagan will die uneingeschränkte US-Hegemonie zunächst im „Hinterhof“ der Supermacht wiederherstellen, wo sie durch die Revolution in Nicaragua und den

Bürgerkrieg in El Salvador erschüttert ist. Neue Interventionen sind angekündigt. Die Inselstaaten kämpfen nach jahrhundertelanger Kolonialherrschaft um wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit. Sozialimperialisten und EG-Länder versuchen ihren Einfluß auszudehnen.



Brokdorf

Bund und Land eine Front für KKW

Mit der Zustimmung zur zweiten Teilerrichtungsgenehmigung hat die Bundesregierung grünes Licht für den Bau des KKW Brokdorf gegeben. Auch wenn der Hamburger SPD-Parteitag sich gegen Brokdorf entscheidet, wofür die Jusos eine Demonstration durchführen, wird die bundeseigene Preußen-Elektra die HEW (Hamburger Elektrizi-

tätswerke)-Anteile übernehmen. Inbetriebnahme ist für 1986/87 geplant. Verhaftung von 3 KKW-Gegnern, die Brandanschläge verübt haben sollen, Prophezeiungen von „gewaltsamen Ausschreitungen“ („tote Polizisten eingeplant“) sollen die Gegner des KKW spalten. Diese bereiten eine Großdemonstration zwei Wochen nach Baubeginn vor.

VR China

„Viererbande“-Prozeß: Anklage, Strafantrag, Urteil

Alle, die den Sozialismus wollen, halten die Klärung der Rechte der Werktätigen im Sozialismus für dringend. Der Prozeß, unter dem Anspruch begonnen und im Fortgang gegen die Kulturrevolution gerichtet, hat dazu schwerlich genutzt. In Frage gestellt ist das Recht auf Revolution, das auch durch Streichung des Rechts auf Wandzeitungen berührt wird. Die Aussetzung der Todesstrafe zwecks „Bewährung“ läßt Willkür zu.

